

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

7-2024

Spendenempfehlung: 4,00 €

Kritik der Volksfrontpolitik

**Dokumentation der Texte und
Referate des Jugendcamps der KPD
vom 26./27. August 2023
und ergänzende Arbeiten**

Redaktionsnotiz.....	3
Die Kommunistische Internationale über Faschismus und Antifaschismus, I. bis VI. Weltkongress.....	5
<i>Julia Meinke</i> : Eckpunkte zur Entwicklung der Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale bis zum VI. Weltkongress 1928.....	5
Dokumente des VII. Weltkongresses der KI.....	19
<i>Wilhelm Pieck</i> : Bericht an den VII. Weltkongress der KI– Über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der KI 1935.....	19
<i>Georgi Dimitroff</i> : Arbeiterklasse gegen Faschismus	39
<i>Georgi Dimitroff</i> : Die Einheitsfront der Arbeiter gegen den Faschismus	56
Theoretische und historische Reflexionen über die Auswirkungen der Volksfrontpolitik.....	67
<i>Frank Flegel</i> : Thesen zu den Auswirkungen der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der KI 1935 auf die kommunistische Bewegung.....	67
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Warum 1945 in Italien die Revolution ausfiel..	75
<i>Ideologische Kommission der KPD</i> : Zur Kritik der kleinbürgerlichen Volksfront-Orientierung der KP.....	93

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Im August 2023 fand das Sommercamp der KPD-Jugend in Berlin statt. Das Thema war die Volksfrontpolitik. Ein Thema, welches natürlich auch die Einheitsfront – auch Arbeitereinheitsfront genannt – streift.

Die dort vorgestellten Referate und auch einige zusätzlichen Arbeiten hielten wir für so interessant, dass wir uns zu ihrer Veröffentlichung als Sonderheft der offen-siv entschlossen haben.

Das Thema ist ein äußerst strittiges. Aber das muss heutzutage kein reiner Meinungsstreit mehr sein, denn wir können die 1935 von der Kommunistischen Internationale beschlossene Politik der Einheitsfront- und Volksfrontorientierung inzwischen historisch überprüfen, schauen, welche positiven und negativen Folgen sie hatte, ob und wenn ja wo und warum Gefahren liegen, ob und wenn ja wo und warum sie Erfolge zeitigte und ob und wenn ja wo und warum es Niederlagen gab – also eine klassische Reflexion anstellen. Dazu soll dieses Heft einen bescheidenen Beitrag leisten.

Wir gehen historisch vor. Zunächst gibt es einen Überblick über die Diskussionen in der KI seit ihrer Gründung 1919 bis 1928, dann Originaltexte des berühmten VII. Weltkongresses 1935, danach sowohl eine eher theoretisch angelegte Analyse der Gefahren und Risiken dieser Politik als auch ein historisch-konkretes Beispiel ihrer Folgen in Italien 1945. Den Abschluss des Heftes bildet eine aktuelle Kritik an der Volksfrontorientierung der gerade neu gegründeten KP, ehemals KO Göttingen.

Wir machen uns diese Arbeit, weil wir eine kritische Reflexion der bisherigen Praxis der kommunistischen Bewegung immer für sinnvoll halten und weil uns jeder Baustein, der die Klarheit über die Gründe unserer Niederlage verbessert, interessiert.

Um das Gesagte zu illustrieren hier ein Zitat aus Georgi Dimitroffs Rede beim VII. Weltkongress der KI:

„Im Jahre 1923 konnte man in Sachsen und Thüringen ein anschauliches Bild der rechtsopportunistischen Praxis einer »Arbeiterregierung« sehen. Der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung zusammen mit den linken Sozialdemokraten (Zeigner-Gruppe) war an und für sich kein Fehler,

im Gegenteil, dieser Schritt wurde durch die revolutionäre Situation in Deutschland vollauf gerechtfertigt. Aber als die Kommunisten sich an der Regierung beteiligten, hätten sie ihre Positionen vor allem zur Bewaffnung des Proletariats ausnützen müssen. Sie haben das nicht getan. Sie haben nicht einmal eine einzige Wohnung der Reichen beschlagnahmt, obwohl die Wohnungsnot der Arbeiter so groß war, daß viele von ihnen mit Frau und Kind kein Obdach hatten. Sie unternahmen auch nichts, um die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu organisieren. Überhaupt verhielten sie sich wie gewöhnliche parlamentarische Minister »im Rahmen der bürgerlichen Demokratie«. Wie bekannt, war das das Resultat der opportunistischen Politik Brandlers und seiner Gesinnungsgenossen. Das Endergebnis war ein solcher Bankrott, daß wir auch heute noch gezwungen sind, die sächsische Regierung als klassisches Beispiel dafür anzuführen, wie sich Revolutionäre in der Regierung nicht verhalten dürfen.“¹

Bitte vergesst unser Spendenkonto nicht.

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

¹ Zitiert nach: http://www.mlwerke.de/gd/gd_001.htm

Die Kommunistische Internationale über Faschismus und Antifaschismus, I. bis VI. Weltkongress

Julia Meinke: Eckpunkte zur Entwicklung der Faschismus-Analyse der Kommunistischen Internationale bis zum VI. Weltkongress 1928

Um die Analyse der Kommunistischen Internationale (KI) zum Faschismus und die von ihr angestrebte Strategie und Taktik der Kommunisten zu verstehen, ist es wichtig, die Entwicklung der KI als solche sowie die jeweiligen gesellschaftlichen Hintergründe der damaligen Zeit zu kennen. Deswegen fällt dieser Beitrag auch nicht mit der gängigsten Faschismus-Definition der KI ins Haus, sondern entwickelt sich mehr oder weniger ausführlich entlang ihrer jeweiligen Weltkongresse mit besonderem Fokus auf Veröffentlichungen zum Faschismus/Antifaschismus.

1) I. und II. Weltkongress der KI (1919/1920)

1.1) Geschichtlicher Hintergrund

Die Gründung der Kommunistischen Internationale fand im März 1919 in Moskau statt. Vorausgegangen war ihr der Erste Weltkrieg, welcher Vernichtung und Verelendung von Millionen, Versklavung des Proletariats und Bereicherungen der kriegstreiberischen Bourgeoisie bedeutete hatte. Der Kampf mündete in der Neuaufteilung der Welt unter den Siegermächten.

Unter den Arbeitern herrschte jedoch nicht nur das Elend, sie hatten zu großen Teilen auch ihre Illusionen in die „Vaterlandsverteidigung“ sowie ihre Hoffnungen in die Sozialdemokratie verloren. Deren Burgfriedenspolitik und Mitbestimmen in das Kriegsgeheul hatte das Proletariat dem Fleischwolf des Krieges preisgegeben. Diejenigen Genossinnen und Genossen, die das schon während der Zeit des Krieges anprangerten – die Kommunisten – trennten sich auch organisatorisch von den Sozialdemokraten. Ein Vorgang, der nicht nur in Deutschland, sondern international stattfand. Dementsprechend folgte auch die notwendige Neukonstituierung der kommunistischen Kräfte

Deutschlands in Form der KPD sowie international mit Gründung der Kommunistischen Internationale 1919. Dieser Konstituierungsprozess beschäftigte die Internationale Kommunistische Bewegung in den Folgejahren. Der II. Weltkongress der KI beschäftigte sich also mit organisatorischen Fragen – es wurde ein Statut beschlossen und 21 Bedingungen zur Aufnahme in die KI festgelegt.²

2) III. und IV. Weltkongress der KI (1921/1922)

2.1) Geschichtlicher Hintergrund

In den Jahren 1921 und 1922, in denen der III. und IV. Weltkongress der Kommunistischen Internationale stattfand, festigte sich die von der Sozialdemokratie gelöste kommunistische Bewegung mehr oder weniger. Eine führende Rolle im Proletariat konnten sie jedoch nicht einnehmen. Trotz der Enttäuschung nach dem Verrat der Sozialdemokratie in Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg und bei der aktiven Niederschlagung der revolutionären Kräfte während der Novemberrevolution in Deutschland hielten die Sozialdemokraten in den meisten Arbeiterorganisationen die Führung.

Ein ausschlaggebender Teil des Proletariats war in festen Organisationseinheiten wie den Arbeiterparteien (vor allem SPD und KPD), den Gewerkschaften oder anderen Massenorganisationen organisiert.

In diese Jahre fällt auch (mit Schwankungen und Konjunkturen) ein fortschreitender Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft. Es gibt Handels-, Kredit- und Wirtschaftskrisen. Um dem entgegenzuwirken findet eine Offensive des Kapitals gegen das Proletariat statt. Löhne werden gedrückt, die Ausbeutung der Arbeiterklasse verschärft, Arbeitslosigkeit steigt an. Um das revolutionäre Potential der Arbeiterklasse zu bekämpfen, nimmt der weiße Terror – also

² Lenin, W.I.: *Referat über die internationale Lage und die Hauptaufgabe der Kommunistischen Internationale* (19. Juli 1920): http://ciml.250x.com/archive/comintern/german/2_congress_lenin_lage_und_hauptaufgaben_28_7_1920.html, sowie:

II. Kongress Kommunistische Internationale: *Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale* (1920): http://ciml.250x.com/archive/comintern/german/2kongress_aufnahmebedingungen_1920.html.

gewaltsame Maßnahmen der Konterrevolution – zu. Gleichzeitig erstarken faschistische Kräfte, die durch sozialdemagogische Methoden und pseudorevolutionäre Rhetorik die revolutionäre Wut der Arbeiterklasse vom Kampf für den Sozialismus ablenken oder gewaltsam gegen solche Kräfte vorgehen. Immer wieder begeht auch die Sozialdemokratie durch ihren Reformismus und das Mittragen arbeiterfeindlicher Maßnahmen Verrat an der Arbeiterklasse.³

Vor diesem Hintergrund entwickelt die Kommunistische Internationale auf dem III. Weltkongress 1921 die „Einheitsfront“-Taktik unter der Parole „Zu den Massen“, welche auf dem IV. Weltkongress der KI 1922 verankert wird. Auf dem IV. Weltkongress der KI werden außerdem die gesammelten Erfahrungen mit dem Faschismus in einer Resolution verarbeitet.

2.2) Kernelemente der „Einheitsfront“-Taktik

Das Kernanliegen der Einheitsfront beschreibt die KI 1922 in ihren *„Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale“* wie folgt:

„Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Jeder Kampf um die kleinste Tagesforderung bildet eine Quelle revolutionärer Schulung, denn die Erfahrungen des Kampfes werden die Werktätigen von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus überzeugen.“⁴

³ III. Weltkongress der Komintern: *Thesen über die Taktik (angenommen in der 24. Sitzung des III. Weltkongresses vom 12. Juli 1921)*: http://www.ciml.250x.com/archive/comintern/german/3kongress_12_juli_1921_thesen_ueber_die_taktik.html. sowie:

Kommunistische Internationale: *Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale (Resolution des IV. Kongresses der Komintern)* (1922): http://ciml.250x.com/archive/comintern/german/4_kongress_1922_resolution_zur_taktik_der_komintern.html.

⁴ Kommunistische Internationale: *Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale (Resolution des IV. Kongresses der Komintern)*, a.a.O.

Es geht also darum, mit den Arbeitern die elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse zu verteidigen und sie im Kampf von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus zu überzeugen. Worum es dabei NICHT geht, ist das Verschmelzen mit den sozialdemokratischen oder anderen Parteien oder das Anbiedern an eben jene.

*„Die Existenz selbständiger kommunistischer Parteien und deren vollständige Aktionsfreiheit gegen die Bourgeoisie und gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie ist die wichtigste historische Errungenschaft des Proletariats, auf die die Kommunisten unter keinen Umständen verzichten werden.“*⁵

Ganz im Gegenteil, geht es darum, die sozialdemokratischen und reformistischen Führer in ihrer konterrevolutionären und spalterischen Rolle zu entlarven, die Notwendigkeit der Revolution aufzuzeigen und die Arbeiter diese Erfahrungen selber im Kampf machen zu lassen. Dazu schreibt die KI in *„Die proletarische Einheitsfront“* (1921):

*„Unter den allgemeinen Verhältnissen, in denen sich die Arbeiterbewegung jetzt befindet, wird jede ernste Massenaktion, auch wenn sie nur von Teilforderungen ausgeht, unvermeidlich allgemeinere und grundlegendere Fragen der Revolution auf die Tagesordnung stellen. Die kommunistische Vorhut kann nur gewinnen, wenn neue Arbeiterschichten sich durch ihre eigene Erfahrung von den Illusionen des Reformismus und dem Verhängnis des Kompromisslertums überzeugen.“*⁶

Als Bedingung für eine erfolgreiche Anwendung der „Einheitsfront“-Taktik gilt der KI die absolute Selbständigkeit und Unabhängigkeit der kommunistischen Partei (KP) und die freie Darlegung ihrer Anschauungen:

„Für die Hauptbedingungen, die für die kommunistischen Parteien aller Länder gleich und unbedingt ultimativ sind, hält die Exekutive der Kommunistischen Internationale die absolute Selbständigkeit und die völlige Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei [...] in der Darlegung ihrer Anschauungen und in der Kritik der Gegner des Kommunismus. [...] Indem sie die

⁵ ebenda

⁶ Flugschrift der Kommunistischen Internationale: *Die proletarische Einheitsfront* (1921): http://ciml.250x.com/archive/comintern/german/die_proletarische_einheitsfront_1922.pdf

Parole größtmöglicher Einheit aller Arbeiterorganisationen in jeder praktischen Aktion gegen die kapitalistische Front unterstützen, können die Kommunisten indessen keinesfalls von der Darlegung ihrer Anschauungen Abstand nehmen, die allein der konsequente Ausdruck der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse als Ganzes sind.“⁷

Eine Gefahr sieht die KI darin, dass ungefestigte kommunistische Kräfte mit Hang zum Zentrismus die oben beschriebene Losung in so einer Art und Weise ausführen, dass sie sich selbst in dem einheitlich formlosen Block auflösen. Ideologische Klarheit ist also unbedingt nötig, um die „Einheitsfront“-Taktik wie oben beschrieben erfolgreich anzuwenden.

„[...] Nicht alle kommunistischen Parteien sind genügend ausgebaut und gefestigt, nicht alle haben mit der zentristischen und halbzentristischen Ideologie gänzlich gebrochen. Es sind Fälle der Überschreitungen möglich, Tendenzen, die tatsächlich die Auflösung der kommunistischen Parteien und Gruppen in dem einheitlichen formlosen Block bedeuten würden. Um mit Erfolg für die Sache des Kommunismus die vorgezeichnete Taktik durchzuführen, ist es notwendig, dass die kommunistischen Parteien selbst, die diese Taktik durchführen, stark und fest zusammengeschlossen werden, und dass ihre Führung sich durch ideelle Klarheit auszeichne.“⁸

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass es damals wie heute zur Ausführung der „Einheitsfront“-Taktik nicht immer Klarheit gab und gibt – mit fatalen Folgen. Im Kopf behalten sollte man daher unbedingt, dass es nicht primär darum geht, so viele Menschen wie möglich zu vereinen, um x oder y reformistisches Ziel zu erreichen. Es geht primär darum, Arbeiter in ihrem Kampf für ihre grundlegendsten Interessen zu unterstützen und sie in den Erfahrungen, die sie im Kampf sammeln, von der Notwendigkeit der Revolution zu überzeugen und für den Sozialismus zu gewinnen. Eine Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und insbesondere sozialdemokratischen Führern ist dabei der „saure Apfel“, in den man beißen muss, weil sie in der Arbeiterklasse stark verankert sind. Es geht aber darum, die Arbeiter von eben jenen loszueisen und den im Reformismus begründeten Verrat der Sozialdemokratie offenzulegen.

⁷ ebenda

⁸ ebenda

2.3) *Faschismus-Analyse*

Auf dem IV. Weltkongress 1922 ist auch erstmalig explizit die Analyse des Faschismus fester Bestandteil ihrer Resolutionen. Die erstarkenden konterrevolutionären Kräfte und insbesondere die Konstituierung der Faschisten in Italien machten dies notwendig. In ihren „*Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale*“ bezeichnet die KI den Faschismus als politische Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft:

*„Im engsten Zusammenhang mit der Offensive des Kapitals auf ökonomischem Gebiet steht die politische Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft wie sie sich am krassesten im internationalen Faschismus äußert.“*⁹

Sie stellen fest, dass die zunehmend verelenden Massen an revolutionärem Potential gewinnen, sodass die legalen Methoden zur Herrschaftssicherung der Bourgeoisie nicht mehr ausreichen. Die „weißen Garden“ (gewalttätige Konterrevolutionäre und Faschisten), richten sich speziell gegen revolutionäre Bestrebungen des Proletariats. Ihr charakteristisches Merkmal ist, dass sie nicht nur konterrevolutionär und bewaffnet sind, sondern auch soziale Demagogie betreiben und Enttäuschung ausnutzen, um sich in Teilen der Arbeiterschaft, Bauernschaft, Kleinbürgertum zu verankern. Diese wahnwitzigen Faschistenorganisationen sieht die KI 1922 als „letzte Karte“ der Bourgeoisie im Niedergang. Die offene Herrschaft der weißen Garden richtet sich zugleich auch gegen die Grundlagen der bürgerlichen Demokratie. Mit aller Härte und völlig unverhüllt zeigt sich darin die Diktatur der Bourgeoisie über das Proletariat, wodurch sie wiederum dazu beiträgt, dem Volk und insbesondere den Arbeitern eben jenes Herrschaftsverhältnis völlig blank aufzuzeigen und revolutionäres Potential weiter anzufachen. Als wichtigste Aufgabe der Kommunisten dabei sieht die KI den Widerstand und dass die Kommunisten der Arbeiterschaft unter Anwendung der Einheitsfront im Kampfe vorangehen müssen.¹⁰

⁹ Kommunistische Internationale: *Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale (Resolution des IV. Kongresses der Komintern)*, a.a.O.

¹⁰ ebenda

3) V. Weltkongress der KI (1924)

3.1) Geschichtlicher Hintergrund

Auf dem V. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1924 ging die KI von den Organisationsprinzipien der alten Sozialdemokratie zur leninistischen Linie in inhaltlichen, strategischen und organisationspolitischen Fragen über. Dieser Prozess wird als „Bolschewisierung“ bezeichnet. Im Kern wurde hier die demokratisch-zentralistische Funktionsweise der kommunistischen Parteien national wie international, die notwendige Verankerung in den Betrieben und die Notwendigkeit der Partei als Kaderorganisation verankert. Auf Genaueres kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Vorausgegangen war diesem Weltkongress die weitere Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Lage in vielen Ländern Europas. Krisen schüttelten die junge Weimarer Republik, Hunger, Arbeitslosigkeit und Ausbeutung nahmen weiter zu und „revolutionäre Umtriebe“ flammten auch nach der niedergeschlagenen Novemberrevolution immer wieder auf. Einen Höhepunkt dessen stellte der sogenannte „Deutsche Oktober“ 1923 dar, in dem die Kommunisten geplant hatten, die zugespitzte innenpolitische Lage für einen revolutionären Umsturz auszunutzen. Der Versuch scheiterte unter blutiger Niederschlagung der Aufstände, Streiks u.s.w. durch die Regierung und Reichpräsident Friedrich Ebert (SPD) – ein erneuter schwerer Verrat der Sozialdemokratie an der Sache der Arbeiterklasse und den Kommunisten. Unter diesen Erfahrungen und dem weiteren Erstarren der faschistischen Organisationen (1923 fand auch der sogenannte „Hitlerputsch“ statt) entwickelte die KI ihre Faschismus-Analyse weiter. Die Taktik der „Einheitsfront“ blieb weiterhin gültig.

3.2) Faschismus-Analyse

Die KI zeichnet in ihrer „*Resolution über den Faschismus*“ verstärkt nach, dass der Faschismus Ausdruck des Verfalls der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist und die Funktion des außerlegalen Kampfmittels der Bourgeoisie zum Erhalt ihrer Herrschaft und Festigung ihrer Diktatur einnimmt:

„Der Faschismus ist eine der klassischen Formen der Konterrevolution in der Verfallsepoche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in der Epoche der proletarischen Revolution, im Besonderen dort, wo das Proletariat den

Machtkampf aufgenommen, aber weil es ihm an revolutionärer Erfahrung mangelt und weil keine führende revolutionäre Klassenpartei da ist, nicht verstanden hat, die proletarische Revolution zu organisieren und die Erhebung der Massen bis zur Errichtung der proletarischen Diktatur zu steigern. ¹¹

„Der Faschismus ist das Kampfinstrument der Großbourgeoisie gegen das Proletariat, zu dessen Niederwurf die legalen staatlichen Machtmittel nicht mehr ausreichen; er ist das außerlegale Kampfmittel der Großbourgeoisie zur Aufrichtung und Festigung ihrer Diktatur. Aber seiner sozialen Struktur nach ist der Faschismus eine kleinbürgerliche Bewegung. Seine Wurzeln hat er in den infolge der kapitalistischen Krise dem Untergang geweihten Mittelschichten sowie in den durch die Folgen des Krieges deklassierten Elementen (gewesenen Offizieren usw.) und teilweise sogar in den in ihren revolutionären Erwartungen enttäuschten und verbitterten Elementen des Proletariats. ¹²

Im selben Dokument wird auch herausgestellt, dass im fortschreitenden Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft die Sozialdemokratie eine zunehmend konterrevolutionäre bis faschistische Rolle spielt. Mit den Erfahrungen der Niederwerfung der revolutionären Aufstände in Deutschland unter Führung der SPD wird die folgende logische Schlussfolgerung getroffen:

„Bei fortschreitendem Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft nehmen alle bürgerlichen Parteien, insbesondere die Sozialdemokratie, einen mehr oder weniger faschistischen Charakter an, bedienen sich seiner Kampfweise gegen das Proletariat und lösen so selbst die Gesellschaftsordnung auf, zu deren Erhaltung sie sich gebildet haben. Der Faschismus und die Sozialdemokratie sind die beiden Seiten ein und desselben Werkzeuges der großkapitalistischen Diktatur. Die Sozialdemokratie kann daher im Kampfe gegen den Faschismus niemals eine zuverlässige Bundesgenossin des gegen den Faschismus kämpfenden Proletariats sein. [...]“ ¹³

¹¹ V. Weltkongress der Komintern: *Resolution über den Faschismus* (1924): http://ciml.250x.com/archive/comintern/german/1924_16_september_5_kongress_komintern_resolution_faschismus.pdf

¹² ebenda

¹³ ebenda

Es wird also herausgestellt, dass Faschismus und Sozialdemokratie sich in ihrem Kern – nämlich als Instrument zur Niederwerfung und Unterdrückung des Proletariats – gleichen.

4) VI. Weltkongress der KI (1928)

4.1) Geschichtlicher Hintergrund

Bis zum VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Jahr 1928 hatte die Menschheit und die kommunistische Bewegung also die Erschütterung der Welt und des Kapitalismus durch den Ersten Weltkrieg und die Verschärfung des Klassenkampfes miterlebt. Der unmittelbare Einfluss der erfolgreichen Oktoberrevolution in Russland rief eine Reihe weiterer Versuche zu Revolutionen und revolutionären Aktionen hervor – viele endeten jedoch nicht im Aufbau und in der Befestigung der Diktatur des Proletariats wie in der Sowjetunion sondern häufiger in Niederlagen des Proletariats in vielen anderen Ländern. Die Niederlagen waren oft Ergebnis des Verrates sozialdemokratischer Führer und reformistischer Spitzen der Gewerkschaften und SPD, aber auch Folge der mangelnden Verankerung der Kommunisten in der Arbeiterklasse oder Schwäche bis Inexistenz der Kommunistischen Partei. Der Kapitalismus konnte sich teilweise durch verstärkte Ausbeutung des Proletariats und der Kolonialvölker stabilisieren.¹⁴

4.2) Faschismus-Analyse

Vor diesem Hintergrund hält die KI in ihrem 1928 beschlossenen „*Programm der Kommunistischen Internationale*“ fest, dass der Faschismus eine Methode und Form der Herrschaft der Bourgeoisie ist, sobald ihre Interessen mit dem Parlamentarismus nicht mehr durchzusetzen sind:

„In der Epoche des Imperialismus führte die Verschärfung des Klassenkampfes und die Zunahme der Elemente des Bürgerkrieges - besonders nach dem imperialistischen Weltkrieg - zum Bankrott des Parlamentarismus. Daher die neuen Methoden und Formen des Regierens [...]. Unter besonderen histori-

¹⁴ VI. Weltkongress der Komintern: *Programm der Kommunistischen Internationale* (1928): <http://ciml.250x.com/programm.html>

schen Bedingungen nimmt dieser Prozess der Offensive der bürgerlich-imperialistischen Reaktion die Form des Faschismus an.“¹⁵

„Um ihrer Macht größere Stetigkeit und Festigkeit zu sichern, ist die Bourgeoisie in steigendem Maße gezwungen, vom parlamentarischen System zu der faschistischen Methode überzugehen, die von Beziehungen und Kombinationen zwischen den Parteien unabhängig ist.“¹⁶

Als charakteristische Züge dieser Methode der unmittelbaren Diktatur der Bourgeoisie werden die soziale Demagogie, die Korruption, der weiße Terror und die zum Äußerten gesteigerte imperialistische Aggressivität der Außenpolitik bezeichnet. Als Hauptaufgabe die Verhinderung und Vernichtung der Revolution:

„Der Faschismus ist eine Methode der unmittelbaren Diktatur der Bourgeoisie, ideologisch verkleidet mit der Idee der Volksgemeinschaft und der Vertretung nach Berufsständen [...]. Es ist eine Methode, die durch eine besondere soziale Demagogie [...] planmäßig die Unzufriedenheit der Massen des Kleinbürgertums, der Intellektuellen und anderer ausnützt. Es ist eine Methode der Korruption, durch den Aufbau einer geschlossenen, besoldeten Hierarchie der faschistischen Kampfverbände, des faschistischen Parteiapparates und der faschistischen Bürokratie. [...] Die Hauptaufgabe des Faschismus ist die Vernichtung der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse, d.h. Der kommunistischen Schichten des Proletariats und ihrer führenden Kader. Die Verquickung von sozialer Demagogie und Korruption mit dem aktiven weißen Terror, sowie die zum Äußeren gesteigerte imperialistische Aggressivität der Außenpolitik sind charakteristische Züge des Faschismus.“¹⁷

In ihrem Programm von 1928 legt die KI in Bezug auf die Rolle der Sozialdemokratie eine Analyse vor, für die sie bis heute scharf kritisiert wird. Sie vertritt, dass die Sozialdemokratie als Methode der bürgerlichen Herrschaft eine ebenso faschistische Rolle spielen kann wie der Faschismus selbst. Diese Ansicht wird als sogenannte „Sozialfaschismus-These“ bezeichnet (obwohl dieser Begriff von der KI selbst in ihrem Programm nicht genutzt wird).

¹⁵ ebenda

¹⁶ ebenda

¹⁷ ebenda

*„Je nach politischer Konjunktur bedient sich die Bourgeoisie der faschistischen Methoden oder der Methoden der Koalition mit der Sozialdemokratie, die nicht selten, besonders in für den Kapitalismus kritischen Zeiten, eine offen faschistische Rolle spielt. Die Sozialdemokratie zeigt im Laufe der Entwicklung faschistische Tendenzen, was sie jedoch nicht hindert, im Falle einer Änderung der politischen Konjunktur gegen die bürgerliche Regierung als oppositionelle Partei aufzutreten. Faschismus und Koalition mit der Sozialdemokratie sind beide für den normalen Kapitalismus ungewöhnliche Methoden. Sie sind Anzeichen für das Bestehen einer allgemeinen Krise des Kapitalismus und werden von der Bourgeoisie benützt, um den Vormarsch der Revolution zu hemmen.“*¹⁸

Der Faschismus und die Sozialdemokratie werden in Folge der Erfahrungen mit den in erster Linie durch die Sozialdemokratie niedergeschlagenen revolutionären Aufständen und Bewegungen sowie der Angriffe seitens der Faschisten als stärkste konterrevolutionäre Kräfte bezeichnet:

„Als stärkste Kraft der Konterrevolution bewährten sich im Verlauf der internationalen Revolution durch ihre aktive Bekämpfung und die Förderung der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus die führenden Kader der sozialdemokratischen Parteien und reformistischen Gewerkschaften sowie auch die kapitalistischen Kampfverbände faschistischer Art.“

Im Jahr 1928 wird die Sozialdemokratie mit ihrem offen rechten, konterrevolutionären Flügel aber auch dem gefährlicheren linken Flügel, der die Arbeiter im Besonderen einhegt und ihrer Ablehnung der Einheitsfront als Hauptstütze des Imperialismus gesehen:

„Zur systematischen Durchführung dieser konterrevolutionären Politik bedient sich die Sozialdemokratie ihrer beiden Flügel: der rechte, offen konterrevolutionäre Flügel ist unentbehrlich für Verhandlungen und die unmittelbare Verbindung mit der Bourgeoisie, während der linke Flügel besonders feingesponnene Betrugsmanöver an der Arbeiterschaft durchzuführen hat. Die linke Sozialdemokratie, die mit pazifistischen und manchmal selbst mit revolutionären Phrasen spielt, wendet sich besonders in kritischen Augenblicken

¹⁸ ebenda

gegen die Arbeiter; sie ist daher die gefährlichste Fraktion der sozialdemokratischen Parteien.“¹⁹

„Die Hauptrolle der Sozialdemokratie ist heute die Untergrabung der im Kampfe gegen den Imperialismus notwendigen Einheit des Proletariats. Durch die Spaltung und Zerschlagung der Einheitsfront des proletarischen Kampfes gegen das Kapital wird die Sozialdemokratie zur Hauptstütze des Imperialismus in der Arbeiterklasse.“²⁰

Durch die Ablehnung und sogar Bekämpfung der Revolution und der Notwendigkeit der proletarischen Diktatur wird die Sozialdemokratie bei gleichzeitig starkem Einfluss auf das Proletariat zum Hauptfeind der proletarischen Revolution:

„Alle die gekennzeichneten Strömungen und Richtungen [Anarchismus, revolutionärer Syndikalismus, Austromarxismus, konstruktiver Sozialismus uvm.] stimmen mit der Sozialdemokratie, dem Hauptfeind der proletarischen Revolution, in der Arbeiterbewegung in der Grundfrage der Politik überein in der Stellung zur proletarischen Diktatur. Daher treten sie alle in einer Front mit der Sozialdemokratie gegen die Sowjetmacht auf. [...]“²¹

4.3) Schlussfolgerungen für Strategie und Taktik gegen den Faschismus

Zum Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte und für Diktatur des Proletariats sind die bestimmenden **strategischen** Ziele der KI und der ihr angehörenden kommunistischen Parteien die eigene Stärkung und die Verankerung in den Massen:

„Der siegreiche Kampf der Kommunistischen Internationale um die proletarische Diktatur setzt in jedem Lande das Bestehen einer geschlossenen, kampfgestählten, disziplinierten und zentralisierten Kommunistischen Partei voraus, die aufs engste mit den Massen verbunden ist.“²²

¹⁹ ebenda

²⁰ ebenda

²¹ ebenda

²² ebenda

Um die Mehrheit des Proletariats zu gewinnen, streben die KPen an, ihren Einfluss auf die Massenorganisationen der Arbeiter auszubauen und zu sichern. Dazu gehören Gewerkschaften, Betriebs- und andere Räte, Genossenschaften, Sport- und Kulturorganisationen uvm. Für den revolutionären Kampf in den Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Ländern zielt die KI strategisch darauf, die breitesten Massen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft der Kolonien unter die Fahne der Revolution zu bringen.

Die taktischen Ziele der KI und ihr angehörenden KPen müssen je nach innerer und äußerer Lage, Kräfteverhältnissen etc. abgewogen werden. In Zeiten des revolutionären Aufschwungs werden Frontalangriffe auf die Herrschaft der Bourgeoisie durch stufenweise gesteigerte Übergangslösungen angeraten. In Zeiten ohne revolutionären Aufschwung sollte sich auf Teilforderungen konzentriert werden, die mit den Hauptlosungen der KI verknüpft sind.

Die Taktik der „Einheitsfront“ ist weiterhin elementarer und zentraler Bestandteil der Politik der KI:

„Die Taktik der Einheitsfront als Mittel des erfolgreichen Kampfes gegen das Kapital, der Klassenmobilisierung der Massen, und der Entlarvung und Isolierung der reformistischen Führer, ist so ein wesentlicher Bestandteil der Taktik der Kommunistischen Internationale während der ganzen vorrevolutionären Periode.

Die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik und die Gewinnung der Massen hat die systematische, beharrliche Arbeit in den Gewerkschaften und in den anderen Massenorganisationen des Proletariats zur Voraussetzung. Die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, selbst zur reaktionärsten - wenn sie nur Massencharakter hat – ist die unmittelbare Pflicht jedes Kommunisten.“²³

5.) Ausblick auf den VII. Weltkongress der KI (1935) und die darauf folgenden Debatten

Auf dem VII. und letzten Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Jahr 1935 verarbeitete die KI ihre Erfahrungen mit dem Faschismus an der Macht. Auf diesem Weltkongress etablierte sich nicht nur die bis heute in der

²³ ebenda

kommunistischen Bewegung gängigste Faschismus-Definition von Georgi Dimitroff:

„Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das 13. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“²⁴

Es wurde außerdem die Politik der „Volksfront“ entwickelt und die scharf ablehnende Haltung zur Sozialdemokratie relativiert.

Unter anderem dadurch, dass die weiter gesammelten Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegungen wegen der Auflösung der KI gezielt ausgewertet und diskutiert werden konnten, gibt es bis heute Dissense in der Bewertung der Losungen des VI. und VII. Weltkongresses.

Die unterschiedlichen Interpretationen der „Einheitsfront“ und „Volksfront“ führen bspw. einerseits häufig dazu, dass der Fokus nicht darauf liegt, proletarische Massen für die Revolution zu gewinnen und die Sozialdemokratie zu entlarven, sondern eine „Sammlungsbewegung“ für diverse reformistische Ziele oder im vermeintlich antifaschistischen (Abwehr)Kampf zu erreichen oder die revolutionären Ziele und Prinzipien zugunsten von reformistischer Regierungsbeteiligung abzulegen.

Auf der anderen Seite liegt in der überspitzenden Missinterpretation der sogenannten „Sozialfaschismus-These“ die Gefahr, sich von den sozialdemokratisch beeinflussten Massen zu isolieren.

Auch wird immer wieder die Unterscheidung zwischen strategischen und taktischen Losungen der KI nicht trennscharf gezogen. Die „Einheitsfront“ und „Volksfront“ ist somit oftmals ein Ziel für sich – eine Strategie – geworden, statt sie als taktische Politik zu begreifen und anzuwenden.

²⁴ Dimitroff, G.: *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Bericht auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (1935)*: <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/dimitroff/1935/bericht/index.htm>

Der VII. Weltkongress sowie Folgen und Konsequenzen werden im Folgenden näher erläutert, zunächst mittels Originalquellen, danach mittels der Reflexion historischer Erfahrungen.

Dokumente des VII. Weltkongresses der KI

Wilhelm Pieck: Bericht an den VII. Weltkongress der KI– Über die Tätigkeit des Exekutivkomitees der KI 1935, Auszüge²⁵

1. Zur Weltlage

Im Gegensatz zu allen sozialdemokratischen und rechtsopportunistischen Auffassungen über die Dauerhaftigkeit und Festigkeit der kapitalistischen Stabilisierung, über den Triumph des Kapitalismus und über die Möglichkeit einer friedlichen und krisenlosen Entwicklung stellte Genosse Stalin schon im Dezember 1927 folgende Perspektive auf: „Aus der Stabilisierung selbst, aus der Tatsache, dass die Produktion, dass der Handel wächst, dass der technische Fortschritt und die Produktionsmöglichkeiten wachsen, während der Weltmarkt, die Grenzen dieses Marktes und die Einflusssphären einzelner imperialistischer Gruppen mehr oder weniger stabil bleiben - gerade hieraus erwächst die tiefste und schärfste Krise des Weltkapitalismus, die neue Kriege heraufbeschwört und jede wie immer geartete Stabilisierung in Frage stellt.“

Genosse Stalin sagte: „Wenn eine solche Tatsache wie die Ermordung von Sacco und Vanzetti als Anlass zu Demonstrationen der Arbeiterklasse dienen konnte, so ist das ohne Zweifel ein Beweis dafür, das sich innerhalb der Arbeiterklasse revolutionäre Energien angehäuft haben, die nach einem Anlass, nach einer Gelegenheit, zuweilen einer äußerlich ganz unbedeutenden Gelegenheit suchen und suchen werden, um sich Luft zu schaffen und sich auf das kapitalistische System zu stürzen.“

²⁵ Auszüge nach: www.321ignition.free.fr/pag/de/lin/pag_003/1935_07_26_KI_VII_Pieck.htm

Auf Grund dieser richtigen marxistisch-leninistischen Analyse der Weltlage durch den Genossen Stalin gab der VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale - entgegen der Sozialdemokratie und den Rechtsopportunisten - die Orientierung, dass die anbrechende neue dritte Periode der Nachkriegsentwicklung die Periode der Verschärfung aller Gegensätze des Kapitalismus, die Periode eines neuen revolutionären Aufschwungs und der Erschütterung der Stabilisierung des Kapitalismus ist. Wir zeigten auf, dass nicht eine friedliche Entwicklung, sondern die Verschärfung des Klassenkampfes und das Ansteigen der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges bevorstehe. [...]

Die Perspektive, die der VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale über die Weltentwicklung aufstellte, die Perspektive des siegreichen Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion und die Erschütterung der kapitalistischen Stabilisierung wurde durch den ganzen Verlauf der Entwicklung bestätigt.

Die hinter uns liegende Periode war eine Periode des Umschwungs in der ganzen Weltentwicklung. In der Sowjetunion war sie eine Periode des stürmischen Aufschwungs und des Sieges des Sozialismus, in den kapitalistischen Ländern eines unaufhaltsamen Niedergangs: eine beispiellose, tiefe Wirtschaftskrise, ein fruchtloses Suchen nach einem Ausweg, eine Periode der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Die Sowjetunion wurde in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht eine kraftstrotzende sozialistische Großmacht, die in steigendem Maße auf die gesamte Weltentwicklung einwirkt. Die kapitalistische Welt dagegen ist durch die Krise geschwächt und durch tiefe Gegensätze zwischen den Klassen und Staaten - Gegensätze, deren Weiterentwicklung zum Heranreifen der Voraussetzungen für den Sturz der Herrschaft der Ausbeuterklasse führen – in ihren Grundfesten erschüttert.

Die revolutionäre Bewegung der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern wuchs im Laufe dieser sieben Jahre unaufhörlich an. Die kommunistischen Parteien, die den Massen richtige Losungen gaben und sie auf den Kampf orientierten, sind gewachsen und werden in einer immer größeren Anzahl von Ländern zu wichtigen Faktoren des politischen Lebens. Die große historische Schwenkung der Massen vom Reformismus zum Kommunismus, von der

Unterstützung des Kapitalismus zum Kampfe um den Sozialismus hat begonnen.“ (...)

Im Herbst 1929 setzte in Amerika die Industriekrise ein, die sich mit der Agrarkrise in den bäuerlichen Ländern und mit der Krise in den Kolonien verflocht und die mit ungewöhnlicher Schnelligkeit die ganze kapitalistische Welt erfasste. Diese Krise brachte ein ungeheures Elend über die werktätigen Massen. Viele Millionen von Industriearbeitern und Angestellten wurden aus den Betrieben, Gruben und Kontoren entlassen. [...] Millionen von Arbeitern wurden auf Kurzarbeit zu entsprechend verminderten Löhnen gesetzt. Gelern- te Arbeiter wurden auf das Lebenshaltungsniveau ungelerner Arbeiter und die beschäftigten Arbeiter auf das Lebenshaltungsniveau von Arbeitslosen herabgedrückt. (...)

Doch die Not und das Elend der werktätigen Bauern ist nicht minder groß. Um die breiten Bauernmassen auszuplündern, drückt das Monopolkapital, die Trusts und Banken, die Preise der von den Bauern erzeugten landwirtschaftlichen Produkte, hält aber gleichzeitig die Preise für die Industriewaren weiter aufrecht. Die Banken treiben rücksichtslos die Darlehenszinsen und die Hypothekenschulden ein. Die Steuerlast wird immer größer, weil der Staat den bankrotten Banken und Trusts Subventionen zahlt. (...)

In der gleichen Lage befindet sich das städtische Kleinbürgertum, dessen Pauperisierung sich die Trusts und Großkapitalisten zunutze machen, um das kleinbürgerliche Eigentum an sich zu reißen. Die kleinbürgerliche Intelligenz verliert immer mehr ihre Existenzmöglichkeit, Tausende von Lehrern, Ärzten, Rechtsanwälten, insbesondere Ingenieure und Agronomen, fristen als Arbeitslose ein klägliches Dasein. Kenntnisse und Fähigkeiten verlieren jeden Sinn, weil die Kapitalisten aus ihnen keinen Profit herauschlagen können.

Aber noch verzweifelter gestaltet sich die Lage der Völker der Kolonien und abhängigen Länder, die durch eine noch größere Senkung der Preise ihrer Arbeitsprodukte unter dem Druck der imperialistischen Monopole und durch die hohen Preise der Industriewaren zugrunde gerichtet werden. Hunderte von Millionen kolonialer Bauern hungern. Epidemien, die früher als ausgerottet galten, brechen mit erneuter Heftigkeit wieder aus und reiben die physisch erschöpfte Bevölkerung auf. Unbeschreiblich ist der Hunger der Arbeitslosen

in China, in Indien, Indochina und Afrika, für die durch keinerlei Unterstützungen gesorgt wird.

Die Profitgier der imperialistischen Bourgeoisie, die keine Rücksicht auf die hungernden Massen nimmt, löst eine immer stärker ansteigende Welle von Bewegungen der Werktätigen gegen ihre Ausbeuter und Peiniger aus. Immer mehr wird die Herrschaft der Imperialisten in den Kolonien und abhängigen Ländern durch diese Bewegungen bedroht. (...)

Die imperialistische Bourgeoisie kann sich nicht auf die Ausplünderung der werktätigen Massen des eigenen Landes und des von ihr geraubten Kolonialbesitzes beschränken. Die Zuspitzung der Klassenkämpfe, die Schrumpfung der Profite, die Bankrotte, der Rückgang des Außenhandels treibt die Bourgeoisie zur Vorbereitung des Krieges, um ihre Profite durch Eroberung und Ausplünderung fremder Länder zu vergrößern. Diese Vorbereitung des Krieges ist zugleich und in erster Linie auf die Vernichtung der Sowjetunion als Herd, Basis und Bollwerk der proletarischen Revolution gerichtet. So setzt ein tolles Wettrüsten ein. [...] In der Tat, wenn es sich für die Bourgeoisie darum handelt, ihre Profite zu erhöhen oder noch mehr, wenn es heißt, das Fallen der Profite aufzuhalten, ist sie zu den allerschrecklichsten, allergrausamsten und allerblutigsten Verbrechen bereit.

Doch das Anwachsen des revolutionären Aufschwungs und der Sympathien der werktätigen Massen zur Sowjetunion, und andererseits die beispiellose Ausplünderung der Massen, die tollen Rüstungen zum neuen Kriege und die Organisierung der faschistischen Kräfte durch die Bourgeoisie zeigen, dass gewaltige Klassenkämpfe im Anzug sind. Sie zeigen zugleich die Schwäche der Bourgeoisie.“

2. Zur Taktik "Klasse gegen Klasse"

Die Taktik "Klasse gegen Klasse" war gegen den Block der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie gerichtet und zielte auf eine Sprengung des Blockes der Führer der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie hin. Diese Taktik war nicht gegen die Einheitsfront der Kommunisten mit den Sozialisten zum Kampf gegen die Bourgeoisie gerichtet, sondern setzte sie im Gegenteil voraus. Sie war auf die Schaffung einer revolutionären Führung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe des Proletariats gerichtet.

Die Resolution des EKKI vom Februar 1928 über die Taktik "Klasse gegen Klasse" in England sagt das ganz deutlich. Es heißt dort: „Insofern bedeutende Schichten der Arbeiterklasse noch den reformistischen Führern folgen, ist es absolut notwendig, die Einheitsfront im Landesmaßstab wie auch im örtlichen Rahmen anzubieten, um ein übriges Mal Gelegenheit zu haben, die Führer der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften zu entlarven, die der Einheit mit den revolutionären Arbeitern die Einheit mit den Kapitalisten vorziehen.“

Die Durchführung eines scharfen Trennungsstriches zwischen der reformistischen und der kommunistischen Politik, die eine absolute Notwendigkeit und eine der wesentlichen Grundlagen unserer Taktik "Klasse gegen Klasse" ist, schließt keineswegs aus, dass die Kommunisten bei den Wahlen unter selbständiger Führung ihrer Wahlkampagne sich verpflichten, z.B. in England diejenigen Labour-Kandidaten zu unterstützen, die für die brennenden Forderungen der Arbeiterklasse stimmen, oder in Frankreich in besonderen Fällen Wahlabkommen mit den Sozialisten einzugehen, um die Wahl reaktionärer Kandidaten zu verhindern. Ohne die Schaffung einer solchen Einheitsfront der Arbeiter gegen die Kapitalisten ist es unmöglich, die Lebensinteressen der Arbeiter im Kampfe mit der Bourgeoisie wirksam zu verteidigen.

Die Durchführung der Taktik "Klasse gegen Klasse" hat die kommunistischen Parteien gefestigt und es ihnen ermöglicht, vor der Arbeiterklasse als selbständige Kraft in der Führung des Klassenkampfes aufzutreten. In England begannen die Kommunisten zum ersten Mal selbständig im ganzen Lande große Massenkampagnen durchzuführen. In Frankreich stellten sich die Kommunisten als selbständiger Faktor dem Linksblock entgegen. Der kommunistischen Partei Deutschlands war es nur durch die entschlossene Durchführung einer selbständigen Linie möglich, bedeutende Gruppen der breiten Massen, die sich von der Sozialdemokratie abkehrten, mit sich zu reißen, gewaltige Streikaktionen und Demonstrationen zu organisieren und eine starke Front des revolutionären Klassenkampfes aufzurichten.

Diese Erfolge dürfen uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei der Durchführung dieser Taktik "Klasse gegen Klasse" eine Reihe sektiererischer Fehler gemacht wurden. So richtig die Kommunisten darin taten, dass sie in England bei den Parlamentswahlen selbständige Kandidaten gegen die Führer der Arbeiterpartei aufstellten und für sie kämpften, so war es doch falsch, dass die kleine Kommunistische Partei die gesamte Aufmerksamkeit auf ihre eige-

nen Kandidaten konzentrierte und sich wenig darum bemühte, durch Arbeiterkonferenzen der örtlichen Gewerkschaften und der Organisationen der Arbeiterpartei Kandidaten aufstellen zu lassen. So richtig es war, dass die Kommunisten in Deutschland sich entschieden von der Sozialdemokratie abgrenzten und einen rücksichtslosen Kampf gegen Zörgiebel und Severing führten, so war es hingegen falsch, dass die Kommunisten begannen, sich auch von den sozialdemokratischen Arbeitern abzugrenzen und sie als "kleine Zörgiebels" zu bezeichnen. So richtig es war, dass unter den Verhältnissen der Jahre von 1928 bis 1929 die Kommunisten in Deutschland, Frankreich, England und in einer Reihe anderer Länder sich nicht mit Einheitsfrontangeboten an die Spitzen der Sozialdemokratie wandten, so falsch war es dagegen, die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale so auszulegen, als dürften sich unsere Genossen auch nicht an die Ortsorganisationen der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften mit solchen Angeboten wenden.

Infolge dieser mangelhaften Durchführung unserer Taktik "Klasse gegen Klasse" und sogar ihrer vielfachen Entstellung, die darauf hinauslief, dass diese Taktik angeblich die Einheitsfront ausschließe, erzielten unsere Sektionen in diesem Kampfabschnitt nicht die Erfolge, die zu erreichen gewesen wären.

Erst als der Aufschwung in der Streikbewegung einsetzte und die Sozialdemokratie sich dieser Bewegung entgegenstellte, die staatliche Schlichtungsmaschine in Bewegung setzte und die Streiks abzuwürgen begann, gewann die revolutionäre Taktik der Kommunisten die Sympathien breiter Arbeitermassen. Unsere Sektionen begannen zu begreifen, welche Bedeutung die Organisierung selbständiger, von den Arbeitern selbst gewählter Streikleitungen für den Kampf der Arbeiter hat. (...)

Die Kommunisten, die sich an die Spitze einer Reihe großer und zahlreicher kleiner Streiks stellten, Streikposten und Demonstrationen organisierten und die Massen von den wirtschaftlichen Kämpfen zum politischen Kampf emporrissen, bekundeten hierbei den stärksten Kampfgeist und brachten selbst die größten Opfer. Sie gewannen dadurch bedeutenden Einfluss in den Arbeitermassen und in sämtlichen Massenorganisationen der Arbeiter. (...)

Warum blieben diese stürmischen politischen Bewegungen der Werktätigen nur ein grelles Aufflackern, ohne ernstliche Ergebnisse für den Befreiungs-

kampf? Warum schlugen sie nicht in einen politischen Massenkampf gegen den bürgerlichen Staat um?

Die Ursachen liegen in folgenden vier Hauptschwächen:

1. Diese Bewegungen entstanden zum größten Teil spontan, ohne ernste Vorbereitungen, ohne eine organisatorische Zusammenfassung aller Kräfte, ohne konkrete Kampfziele. Nur zum geringen Teil waren es Bewegungen, die auf den Ruf der Kommunistischen Partei erfolgten.

2. Die Kommunistische Partei versuchte zwar, diesen Bewegungen konkrete Losungen zu geben, ihren Rahmen auszudehnen und sie auf eine höhere Stufe des politischen Bewusstseins der Massen zu heben; aber die Führer der Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaften stemmten sich mit aller Kraft dagegen. Die kommunistischen Parteien waren noch nicht stark und einflussreich genug, um die Massen, die sich spontan zum politischen Kampf erhoben, zu organisieren und ihnen eine feste Führung zu geben.

3. An diesen Bewegungen waren Kommunisten, Sozialdemokraten und Unorganisierte beteiligt. Diese spontan in den Kampf getretenen Massen hätten nur dann auf längere Zeit zusammengehalten und weiter in den Kampf geführt werden können, wenn eine Einheitsfront zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Organisationen geschaffen worden wäre. Aber gegen eine solche Einheitsfront wandte sich die Sozialdemokratie und machte sie unmöglich. Es wäre ferner nötig gewesen, ständige, von den Massen selbst gewählte, aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Unorganisierten zusammengesetzte Organe zur Leitung des Kampfes zu schaffen, Organe, die genügend Autorität in den Massen gehabt hätten, um immer breitere Massen in den Kampf einzu beziehen und gleichzeitig damit die revolutionäre Führung der gesamten Bewegung zu sichern. Solche Organe wurden jedoch nicht geschaffen.

4. Der Gedanke an solche ständigen Organe tauchte zwar in der Erwerbslosenbewegung auf. Aber die hie und da von den Kommunisten geschaffenen Stadt- und Bezirkskomitees der Erwerbslosen waren weder auf genügend breiter Basis organisiert, noch hatten sie genügend Autorität in den Massen, um diese große Aufgabe zu erfüllen. Sie wurden nirgends zu einem irgendwie bemerkenswerten politischen Zentrum, zu einem Mittelpunkt der Sympathie aller Werktätigen, nicht zu einer Sache der ganzen Klasse. Es wurde nicht einmal von den Kommunisten ernstlich versucht, den Werktätigen den Sinn

und die Bedeutung dieser Organe zu erklären. Die Folge davon war, dass die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie die Möglichkeit erhielten, diese Organe als "verantwortungslose", zufällige Körperschaften oder als "rein kommunistische Parteimache" hinzustellen und dadurch ihren Einfluss auf die nichtkommunistischen Arbeiter abzuschwächen.

Die kommunistischen Parteien hatten unter den Verhältnissen der Krise überaus große und schwierige Aufgaben in der Leitung der Massen zu übernehmen; die Kommunisten mussten mit Millionen rechnen und versuchen, alle Schichten der Werktätigen in die Kampffront einzubeziehen. Die Erfüllung dieser Aufgabe war um so schwieriger, als die kommunistischen Parteien in den meisten Ländern vor der Krise zahlenmäßig schwache Organisationen waren und auf verhältnismäßig schmale Schichten von Arbeitern Einfluss hatten.

Der rasche Wechsel der Situation sowie das ungeheure Anwachsen der Unzufriedenheit der Massen, das Wachstum der faschistischen Gefahr und der Kriegsgefahr erforderten von den Kommunisten eine ständige Nachprüfung der Situation, der Rolle der verschiedenen Parteien, Gruppen und Personen, die rechtzeitige Aufstellung von Losungen, die der veränderten Situation entsprachen. Diese Kompliziertheit der Lage erforderte auch eine gewaltige organisatorische Arbeit. Die Kommunisten legten bei der Erfüllung dieser Aufgabe manche glänzenden Beispiele einer vorbildlichen Arbeit an den Tag.

Aber angesichts der stürmischen und politisch komplizierten Entwicklung verspäteten sie sich manchmal mit ihren Losungen, schätzten sie das Kräfteverhältnis der Klassen nicht immer richtig ein und beharrten manchmal auf Losungen und Kampfmethoden, die noch vor kurzem richtig gewesen, aber nach der eingetretenen veränderten Situation bereits veraltet waren. Die kommunistischen Parteien haben sich zwar die grundlegenden Feststellungen des VI. Weltkongresses, dass ein neuer revolutionärer Aufschwung im Anwachsen ist, zu eigen gemacht. Dabei haben sie sich aber manchmal nicht genügend vergegenwärtigt, dass der revolutionäre Aufschwung von der revolutionären Krise nicht durch eine chinesische Mauer getrennt ist. Sie machten sich manchmal reichlich vereinfachte Vorstellungen über die Art und Weise, wie die Arbeitermassen mit ihrer alten reformistischen Führung brechen und auf die Seite des revolutionären Kampfes übergehen werden. (...)

In einer Reihe von Fällen überschätzten die Kommunisten auch die politische Reife der Massen und glaubten, dass es keiner zähen und schweren Arbeit mehr bedürfe, um die Massen für den politischen Kampf zu erziehen und sie von seiner Notwendigkeit zu überzeugen. Sie glaubten, dass es genüge, die Sowjetmacht zu propagieren und den Massen das Programm zu erklären, das die Kommunisten bei der Machtergreifung durchführen werden und glaubten, damit allein schon die Arbeiter zu bewegen, sich unter ihre Führung zu begeben. Diese falschen Vorstellungen führten dazu, dass einige kommunistische Parteien sich zeitweilig schlechthin in Propagandaorgane unseres Programms verwandelten, statt mit der Propagierung des Programms die Aufgabe zu verbinden, den Massen rechtzeitig Losungen zu geben, die sie auf der gegebenen Etappe zum Kampf mobilisierten.

3. Zur Gewerkschaftsarbeit

Die reformistischen Gewerkschaftsführer gingen deshalb in Deutschland, in England und in den Vereinigten Staaten Amerikas, wie auch in einer Reihe anderer Länder dazu über, die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen. Die Kommunistische Partei Deutschlands schlug gegen diese Maßnahmen eine durchaus richtige Kampfpolitik ein, als sie ihren Anhängern empfahl, die ihnen von den reformistischen Gewerkschaftsführern vorgelegten Reverse über die Unterordnung unter die Gewerkschaftsdisziplin zu unterschreiben, um sich dadurch die Möglichkeit des weiteren Verbleibens in den Gewerkschaften zu erhalten.

Die wachsende Empörung der revolutionären Arbeiter gegen die Ausschlüsse und gegen die reformistische Spaltungspolitik veranlasste manche kommunistischen Funktionäre zu der scheinradikalen, aber durchaus sektiererischen Aufforderung zur Sperrung der Mitgliedsbeiträge. Das wurde natürlich von den reformistischen Gewerkschaftsführern sofort dazu benutzt, noch stärker mit dem Ausschluss der Opposition vorzugehen. Eine ähnliche Spaltungstaktik führten die Reformisten auch in den Sport- und Bildungsorganisationen durch.

Diese Politik der Reformisten erforderte eine organisatorische Festigung der revolutionären Gewerkschaftsopposition, vor allem in Deutschland und Polen. Tatsächlich wurden in den Jahren 1928 und 1929 einige Erfolge erzielt. Aber gleichzeitig wurde dabei wieder ein sektiererischer Fehler gemacht, indem die

RGO in neue Gewerkschaften verwandelt wurde und sich damit von der Hauptmasse der Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften isolierte. Ein anderer Fehler bestand noch darin, dass unsere Sektionen in anderen Ländern diesen Beschluss der KPD mechanisch übernahmen, ohne dabei die ganz anders geartete, konkrete Lage ihres Landes zu berücksichtigen. (...)

Gerade die Unterschätzung der Kraft der Traditionen, die die Arbeitermassen mit den alten Gewerkschaftsorganisationen verbinden, und die Verlegung des Schwergewichts unserer Arbeit auf die Verstärkung der roten Gewerkschaften und den Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition führte dazu, dass die Kommunisten einige Jahre hindurch die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften vernachlässigten, obwohl eine solche Arbeit durchaus möglich war. Das musste sich selbstverständlich äußerst hinderlich auf die Ausbreitung unseres Einflusses unter den gewerkschaftlich organisierten Massen auswirken. (...)

Die Kommunisten beachteten nicht, was Genosse Stalin am 9. Mai 1925 in der Versammlung des Moskauer Parteiaktivs ausführte: *„Wenn die kommunistischen Parteien zu einer wirklichen Massenkraft werden wollen, die fähig ist, die Revolution voranzutreiben, müssen sie sich mit den Gewerkschaften verbinden und sich auf sie stützen.“*

Genosse Stalin wies darauf hin, dass einige Kommunisten *„nicht verstehen, dass der einfache Arbeiter in den Gewerkschaften, mögen sie schlecht oder gut sein, dennoch seine Festungen sieht, die ihm helfen, seinen Arbeitslohn, seine Arbeitszeit usw. zu schützen.“*

Gerade in der Krisenzeit, als über die werktätigen Massen die große Not hereinbrach, fühlte der einfache Arbeiter besonders stark, dass seine Gewerkschaft, so schlecht sie auch sein mochte, doch imstande ist, ihm Rechtsschutz und eine, wenn auch geringe materielle Hilfe zu gewähren, dass diese Gewerkschaft doch eine bestimmte Kraft darstellt und er deshalb mit ihr nicht brechen will.

In einer Reihe von Ländern machten die Kommunisten den Fehler, dass sie auf diese Stimmungen der Massen keine Rücksicht nahmen, keine Arbeit in den Gewerkschaften leisteten und es nicht verstanden, rechtzeitig ihre Haltung gegenüber den Gewerkschaften zu ändern und von der Einheitsfront von unten zur Einheitsfront mit den Organisationen überzugehen. In Deutschland

sprachen einzelne Kommunisten sogar angesichts der Offensive des Faschismus von der Notwendigkeit der "Zerstörung" der reformistischen Gewerkschaften und trugen dadurch dazu bei, dass sich die Kommunisten von den organisierten Arbeitern isolierten. (...)

4. Faschismus

Ein ebenso großer Fehler wie die Unterschätzung der faschistischen Gefahr war andererseits die Tatsache, dass man den Faschismus sogar dort sah, wo er noch gar nicht existierte. Dieser Fehler kam daher, dass eine Reihe kommunistischer Literaten die Hinweise des VI. Kongresses, dass die Bourgeoisie in immer stärkerem Maße bemüht ist, zu faschistischen Herrschaftsmethoden zu greifen, mechanisch auffassten.

In Deutschland waren die Kommunisten ziemlich lange der Meinung, dass die sozialdemokratische Regierung Hermann Müller die Faschisierung betreibe, dass die Brüning-Regierung bereits eine Regierung der faschistischen Diktatur sei. Andererseits unterschätzten sie die Hitlerbewegung in der Annahme, dass in einem Lande wie Deutschland, mit einer so hoch organisierten Arbeiterschaft, die Hitlerianer unmöglich die Macht ergreifen könnten und dass die den Hitlerianern spontan zuströmenden kleinbürgerlichen Massen ihnen ebenso schnell wieder den Rücken kehren würden. (...) Diese falschen Auffassungen vom Wesen des Faschismus und das Fehlen einer ernsthaften Untersuchung des italienischen und polnischen Faschismus führten dazu, dass die Kommunisten außerstande waren, rechtzeitig Losungen zur Verteidigung der Reste der bürgerlichen Demokratie vor dem zum Angriff übergehenden Faschismus herauszugeben und die Gegensätze innerhalb der Bourgeoisie auszunützen.

In Deutschland traten die Kommunisten erst bei den Präsidentenwahlen zum Preußischen Landtag 1932 mit der Erklärung hervor, dass sie für die Kandidaten der Sozialdemokratie und des Zentrums stimmen werden, um die Wahl der Faschisten zu verhindern. [...] Diese Fehler²⁶ ergaben sich aus der absolut falschen Vorstellung, dass sämtliche bürgerlichen Parteien faschistisch seien, dass es "keine zwei Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie" gäbe, dass es den

²⁶ Gemeint ist der Fehler, dies erst so spät zu tun (d.Red.)

Kommunisten nicht gezieme, die Reste der bürgerlichen Demokratie zu verteidigen.

Solange wir nicht die bürgerliche Demokratie durch die proletarische Demokratie, durch die Diktatur des Proletariats, ersetzen können, ist das Proletariat an jeden Fetzen bürgerlicher Demokratie interessiert, um sie zur Vorbereitung der Massen auf den Sturz der Macht des Kapitals, zur Eroberung der proletarischen Demokratie auszunutzen. (...)

Die Niederlage des deutschen Proletariats und die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland ist das größte Ereignis dieser ersten Krisenjahre in den kapitalistischen Ländern. Die ältesten unter dem Banner des Marxismus geschaffenen Organisationen der Arbeiterklasse wurden von einer bestialischen Räuberbande zerschlagen. Eines der fortschrittlichsten und kulturell hochstehendsten Völker gelangte unter die Fuchtel der am meisten reaktionären und chauvinistischen Partei des Finanzkapitals. Ein kulturell hochstehendes Land wurde zum Herd der europäischen Reaktion, zur grausamen Folterkammer und zum Anstifter eines neuen Krieges.

Bedeutungsschwer steht die Frage, ob die werktätigen Massen Deutschlands diese Katastrophe hätten abwenden können. Es besteht kein Zweifel, dass sie dazu in der Lage gewesen wären. Aber dazu musste die Arbeiterklasse die Einheitsfront herstellen, musste sie die konterrevolutionäre Front der sozialdemokratischen und reformistischen Gewerkschaftsführer mit der Bourgeoisie sprengen, durfte sie sich nicht durch die sozialdemokratische Theorie betören lassen, dass während der Krise der Klassenkampf unmöglich sei und man sie passiv überdauern müsse, dass es nutzlos sei, gegen den Faschismus aufzutreten. Dazu musste die Arbeiterklasse zum Gegenangriff gegen das Kapital übergehen und von ihm Hilfe für die Notleidenden erzwingen. Dazu durfte die Arbeiterklasse die Zerschlagung und Entwaffnung des Roten Frontkämpferbundes nicht zulassen, sondern musste seine Vereinigung mit dem Reichsbanner durchsetzen und unter Änderung der Politik des Reichsbanners eine kraftvolle revolutionäre Kampforganisation des Proletariats schaffen. Die Arbeiterklasse durfte nicht ruhig zusehen, wie sich die Faschisten unter der Führung Hitlers bewaffneten, sondern musste die Regierung der Weimarer Republik zwingen, die faschistischen Banden zu entwaffnen, das Vermögen ihrer Organisationen zu beschlagnahmen und ihre Führer ins Gefängnis zu werfen. Die Arbeiterklasse durfte es nicht den Faschisten erlauben, ihre Demagogie gegen

das Versailler Joch zu entfalten, sondern musste die Regierung der Weimarer Republik zwingen, den Versailler Vertrag zu zerreißen.

Aber die deutsche Arbeiterklasse hat dies nicht getan. Sie ist in ihrer Mehrheit noch blindlings der Sozialdemokratie gefolgt und hat den warnenden Stimmen der Kommunisten kein Gehör geschenkt. Darum muss sie jetzt die Schrecken der faschistischen Hölle über sich ergehen lassen. Die Kommunisten Deutschlands waren allein nicht imstande, diese Katastrophe von den Arbeitermassen abzuwenden.

Bereits 1930 waren die Erschütterungen des Weimarer Systems offensichtlich. Es begann ein toller Wettlauf in der Mobilisierung der Massen, zwischen der nahenden Revolution und der gegen sie rüstenden Konterrevolution. Es wurde klar, dass die deutsche Bourgeoisie nicht mehr länger mit den Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen vermag.

Im Frühjahr 1932 war auch schon klar ersichtlich, dass die Faschisten einen bedeutenden Vorsprung in der Mobilisierung der Massen vor den Kommunisten hatten und dass, falls das Kräfteverhältnis der Klassen nicht rasch eine Veränderung zugunsten des Proletariats erfährt, die Aufrichtung der grausamsten und blutigsten faschistischen Diktatur in Deutschland unvermeidlich ist. Die Kommunisten versuchten diese Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Proletariats dadurch herbeizuführen, dass sie mit allen Kräften den Kampf um die Einheitsfront verstärkten. Sie stellten sich die Aufgabe, um jeden Preis ein Übereinkommen mit der Sozialdemokratischen Partei und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herbeizuführen. Diese Einheitsfront hätte die Aufgabe gehabt, den Faschismus abzuwehren und die Reste der Freiheiten der bürgerlichen Demokratie zu verteidigen.

Aber die Sozialdemokratische Partei wies jeden solchen Vorschlag entschieden zurück. Sogar als die Faschisten den Kampf bereits auf die Straße verlegt hatten, in sämtlichen Städten Deutschlands die Arbeiter terrorisierten und die hervorragendsten Vertreter des Proletariats meuchlings ermordeten, fuhr die Sozialdemokratie fort, sich ausschließlich auf lendenlahme Proteste im Parlament zu beschränken. Für jeden einsichtigen Menschen war es klar, dass der Kampf mit den Faschisten nicht mehr im Parlament entschieden, sondern die Austragung der Frage der Zukunft Deutschlands und des Schicksals der deut-

schen Arbeiterbewegung bereits von den Faschisten auf die Straße verlegt worden war.

Selbst noch am 20. Juli, als die Papenregierung die sozialdemokratischen Minister in Preußen davonjagte und die Kommunistische Partei der Sozialdemokratischen Partei und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Proklamierung des Generalstreiks vorschlug, riefen diese beiden Organisationen die Arbeiter auf, Ruhe zu bewahren. Die verjagten Minister wandten sich mit einem "Appell an den Reichsgerichtshof", weil die Verfassung verletzt sei.

Selbst noch am 30. Januar 1933, als bereits das Finanzkapital der Hitlerpartei die Regierungsmacht zur Ausübung der faschistischen Diktatur übertragen hatte, lehnten die Sozialdemokratie und der ADGB von neuem den Vorschlag der Kommunistischen Partei zur Ausrufung des Generalstreiks ab. Sie erklärten die Kommunisten für Provokateure und forderten die Arbeiter auf, keinen Widerstand zu leisten.

Die Kommunisten haben in dieser Zeit alles getan, was in ihrer Macht lag, um die werktätigen Massen zum revolutionären Kampf, zur Verhinderung der faschistischen Diktatur zu mobilisieren. Die Kommunisten haben dabei bedeutende Erfolge erzielt. Aber sie vermochten nicht, das bis dahin zustandegewordene Kräfteverhältnis zu ändern, solange die Sozialdemokratie ihren Einheitsfront- und kampfesfeindlichen Standpunkt nicht aufgab.

Mögen die Arbeiter Deutschlands, möge das Weltproletariat jetzt urteilen, wer die Schuld an der deutschen Niederlage trägt; mögen sie aus den blutigen Lehren der deutschen Ereignisse lernen, dass diese Niederlage nur möglich war, weil die Mehrheit der Arbeiterklasse noch blindlings der Sozialdemokratie folgte, die Warnungen der Kommunisten in den Wind schlug und den Kampf ablehnte.

Es treten solche "linke" Auchrevolutionäre auf, die behaupten, die Kommunisten hätten trotzdem den Kampf aufnehmen sollen, ungeachtet dessen, dass ein solcher Kampf der Minderheit des Proletariats zur Niederlage geführt hätte. Diese Helden pseudorevolutionärer Phrasen wollen nicht begreifen, dass dies eine noch größere Niederlage und die vollständige Zerschmetterung der revolutionären Kader des deutschen Proletariats bedeutet hätte.

5. Zur Einheitsfront

Unter dem Einfluss des endgültigen und unumstößlichen Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion einerseits und der Gräueltaten des Faschismus in Deutschland andererseits begann das ganze System von Ansichten, das ganze weltanschauliche System der breiten Massen der Werktätigen, die noch vor kurzem an die Unerschütterlichkeit des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie und an die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung – ohne Revolutionen und Kriege - zum Sozialismus glaubten, zusammenzuberechnen.

Die ideologische Basis, auf der das Programm, die Taktik der reformistischen Parteien aufgebaut waren, bricht zusammen. Die Arbeiterklasse hat begriffen, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung zum Siege des Faschismus in Deutschland geführt hat und dass die Arbeiterklasse der Einheit bedarf. (...)

Das französische Proletariat ließ sich, als die faschistischen Banden zum ersten Mal in Massen auf den Straßen von Paris aufmarschierten, nicht wie in Deutschland durch die Theorie des kleineren Übels und durch das Geschwätz über die formale Demokratie einschläfern, sondern strömte gleich beim ersten faschistischen Vorstoß ohne Unterschied seiner Parteizugehörigkeit auf die Straßen, um durch die wuchtige politische Demonstration vom 9. Februar und den politischen Generalstreik vom 12. Februar 1934 dem Faschismus entgegenzutreten. Damit hat das französische Proletariat den ersten großen Vorstoß der Faschisten in Frankreich zurückgeschlagen. Das französische Proletariat, das in den Februartagen die KampfEinheitsfront aufrichtete, brachte damit in demonstrativer Weise zum Ausdruck, welche gewaltige Kraft das Proletariat darstellt, wenn es einig ist und dem Kampfe nicht ausweicht, sondern rechtzeitig gegen seine Feinde Front macht.

Mit diesem Auftreten zwang das Proletariat die Sozialistische Partei Frankreichs - wenn auch nach großen Schwankungen - der Herstellung der Einheitsfront mit der Kommunistischen Partei zuzustimmen. Dadurch legte es den Grundstein zu den einheitlichen antifaschistischen Aktionen der gesamten organisierten Arbeiterbewegung, die auf die unorganisierte Mehrheit der Arbeiterklasse und die kleinbürgerlichen Massen in Stadt und Land einen ungeheuren Einfluss ausüben.

Unsere kräftig gewachsene und von großer Initiative erfüllte Kommunistische Partei Frankreichs hat sich aber mit der Herstellung der Einheitsfront mit den

Sozialisten nicht begnügt, sondern ein Programm von Forderungen aufgestellt, die der Bourgeoisie ins Fleisch schneiden. Es sind dies solche Forderungen, wie die der schonungslosen Vermögensbesteuerung, oder Forderungen, die den Faschismus desorganisieren, wie zum Beispiel die Forderung des Verbotes der faschistischen Organisationen und ihrer Presse, der Verhaftung der faschistischen Führer und der Beschlagnahme der materiellen Hilfsmittel der faschistischen Organisationen, oder Forderungen, die die Kriegsgefahr abschwächen sollen, wie z. B. die Forderung des Friedenspaktes mit der Sowjetunion und des wirklichen Kampfes gegen die Kriegsbrandstifter. Das sind alles Forderungen, die die Lage der werktätigen Massen erleichtern und ihre Position befestigen.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat mit ihrem Vorgehen das Fundament zu einer breiten Volksfront zum Kampfe gegen Faschismus und Krieg gelegt, die immer breitere Schichten der Bauernschaft, des städtischen Kleinbürgertums und der Intellektuellen anzieht, der Bewegung die Anhänger der Radikal-Sozialistischen Partei zuführt und das revolutionäre Proletariat immer mehr zum Hegemon, zum Führer des Kampfes aller Werktätigen aufrücken lässt.

Die gewaltige antifaschistische Demonstration am 14. Juli 1935, am französischen Nationalfeiertag, zu der die Kommunisten, die Sozialisten und die Radikalsozialisten gemeinsam aufmarschierten und an der sich in Paris allein über eine halbe Million Werktätige beteiligte, war nicht nur die stärkste aller Demonstrationen, die bisher in den kapitalistischen Ländern stattfanden, sondern war auch der Ausdruck des gewaltigen Einflusses, den die Einheitsfront auf den Kampfgeist der Arbeiter ausübt und durch diesen die übrigen Schichten in die Volksfront einreihet. Hiervon zeugen auch die bedeutenden Wahlerfolge der Kommunistischen Partei Frankreichs bei den letzten Gemeindewahlen in diesem Jahre. Diese Erfolge waren das Resultat des Kampfes der Kommunistischen Partei für die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Volksfront zur Verteidigung der demokratischen Rechte, das Resultat der Aktivität und Initiative der Kommunisten anlässlich der Regierungskrisen und des Kampfes für den Pakt gegenseitiger Hilfeleistung zwischen Frankreich und der Sowjetunion im Falle eines kriegerischen Überfalles.

Dieser Erfolg der KP Frankreichs stärkt das französische Proletariat und erschwert dadurch der Bourgeoisie den Übergang zu faschistischen Herrschaftsmethoden. (...)

Die Einheitsfrontbewegung der Werktätigen bricht sich in sämtlichen kapitalistischen Ländern Bahn, wie immer auch die Führer der Sozialdemokratie sich zur Praxis der Verständigung mit den Kommunisten stellen mögen, wie immer auch diese Führung die revolutionierende Wirkung der Einheitsfront mit den Kommunisten auf die hinter ihnen stehenden Massen scheuen möge. (...) Die große Kraft und den Wert der Einheitsfront hat vor allem die Arbeiterklasse in den faschistischen Ländern begriffen. Ungeachtet einer Reihe von sektiererischen Auffassungen, die vor kurzem noch in der Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands hervortraten, und ungeachtet des Widerstandes der sozialdemokratischen Führer, begreifen die Arbeitermassen Deutschlands immer mehr, dass nur durch die Einheitsfront der Kommunisten und Sozialdemokraten ein wirksamer Kampf gegen den Faschismus geführt und sein Sturz erreicht werden kann. (...)

Die Bewegung für die Einheitsfront der Kommunisten und Sozialisten ist tief fundiert. Sie geht hervor aus dem tiefen Eindruck, den der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion in den breiten Arbeitermassen hervorruft, unter dessen Einfluss der Gedanke des Sturms auf den Kapitalismus im Bewusstsein der Massen heranreift. Sie geht hervor aus den Erfahrungen der gesamten internationalen Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, aus der Erfahrung der deutschen Niederlage, aus der Erfahrung der bewaffneten Kämpfe in Österreich und Spanien, aus der Erfahrung des Generalstreiks der Einheitsfront in Frankreich. Die Arbeiterklasse zieht daraus die Schlussfolgerung, dass der Kampf gegen den Kapitalismus in der Einheitsfront und in engster Verbundenheit mit der Sowjetunion geführt werden muss. (...)

Die Bewegung für die Einheitsfront - das ist bedeutend mehr als die rechnerische Zusammenzählung der Kräfte zweier Arbeiterparteien. Die Mehrheit der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern ist unorganisiert und leistet in vielen Ländern noch den bürgerlichen Parteien Gefolgschaft. Die Einheitsfront der Arbeiterbewegung bedeutet eine solche Steigerung ihrer Kräfte, dass sie zur gewaltigen Anziehungskraft für die bisher nicht klassenbewussten Proletariernmassen wird, diese von den bürgerlichen Parteien losreißt und sie in den Klassenkampf einreihet. (...)

Die Einheitsfront ist der erste Schritt zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung, zur Schaffung einer einheitlichen, starken, revolutionären Partei des Proletariats. (...)

6. Zum Zustand der Kommunistischen Internationale

Unsere Sektionen sind in allen Ländern politisch und auch zahlenmäßig gewachsen. Aber das organisatorische Wachstum entspricht nicht dem Wachsen unseres Einflusses, und das kann dazu führen, dass die kommunistischen Parteien nicht imstande sein werden, sich der gewaltigen Aufgabe, die ihnen die politische Lage in der Frage der Führung der Massen auferlegt, vollaufgewachsen zu erweisen.

Das organisatorische Wachstum der Sektionen der Kommunistischen Internationale in den Ländern mit legaler Bewegung wird heute vor allem durch eine Reihe von Mängeln in der Werbung neuer Mitglieder, in der Schulungsarbeit an ihnen, sowie im Aufbau der Parteiorganisationen behindert.

Das tritt besonders in der sogenannten Fluktuation hervor, die sich darin äußert, dass die neugewonnenen Parteimitglieder entweder den Reihen der Partei faktisch nicht beitreten oder nach einigen Monaten die Partei wieder verlassen. Viele der der Partei neubeitretenden Arbeiter sind politisch noch wenig geschult, noch nicht genügend aktiv und diszipliniert. Die Parteiorganisation muss sich sehr um sie kümmern, um sie zu kampfwilligen Kommunisten und aktiven Funktionären der Partei zu erziehen. Aber gerade daran lassen es die alten Mitglieder der Partei sehr oft fehlen.

Das organisatorische Wachstum der Sektionen der Kommunistischen Internationale in den Ländern mit illegaler Bewegung wird durch die polizeilichen Verfolgungsmaßnahmen und durch die Befürchtung des Eindringens von Provokateuren in die Organisation stark gehemmt. Aber in den illegalen Sektionen sind die neu eingetretenen Mitglieder in der Regel besser geschult, besser diszipliniert und auch aktiver.

Aber auch hier machen sich große Mängel bemerkbar. Sehr häufig sind die Zellen keine politischen Organisationen, die die verschiedenen politischen Fragen beraten, was keineswegs etwa durch die notwendige Konspiration bedingt ist. Die Zellen sind häufig nur Organisationen, die die Mitgliedsbeiträge kassieren oder die Parteifunktionen verteilen.

In vielen Organisationen, sowohl in den legalen wie in den illegalen Sektionen, herrscht eine geradezu sektiererische Scheu vor dem Zustrom ehemaliger sozialdemokratischer Arbeiter. Dieses Sektierertum ging in manchen Organisationen in Deutschland so weit, dass man für ehemalige Sozialdemokraten entweder bestimmte Aufnahmebedingungen festsetzte oder sie in besonderen Zellen zusammenfasste und vielfach auch an sie zu hohe politische Anforderungen stellte. Ein solches Vorgehen gegenüber ehemaligen Sozialdemokraten zeugt von einer völligen Verständnislosigkeit für den in den sozialdemokratischen Massen vor sich gehenden Umschwung. (...)

7. Perspektive

Der Glaube an den Kapitalismus, an die Fähigkeit der Führer der kapitalistischen Wirtschaft und des Staates, einen Ausweg aus der Krise zu einer neuen Prosperität zu finden, ist in den breiten Volksmassen untergraben. Die Autorität der Imperialisten in den Kolonien ist geschwächt, alle wirtschaftlichen, sozialen und politischen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft sind zerrüttet, so dass selbst die herrschenden Klassen gezwungen sind, zu antikapitalistischer Demagogie Zuflucht zu nehmen.

Das ist jene Situation, die den werktätigen Massen den Kontrast zwischen Kapitalismus und Sozialismus am greifbarsten vor Augen führt, unter der der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker sich rasch zuspitzen, die Empörung der Massen gegen das kapitalistische Regime rasch anwachsen, die revolutionäre Krise heranreifen und im Bewusstsein immer breiterer proletarischer Massen die Idee des Sturmes auf den Kapitalismus heranreifen wird.

Es kann jedoch der Fall eintreten, dass in einigen Ländern die kapitalistische Wirtschaft nach Überwindung der ungünstigen Bedingungen ihrer Entwicklung noch einen vorübergehenden Aufschwung und die Lage der Bourgeoisie dieser Länder eine Erleichterung erfahren wird. Aber ein solcher Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft kann angesichts der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus nicht zu einer Stabilisierung und zum Abebben der revolutionären Welle führen. Er wird im Gegenteil den Kampf unter den verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie, die sich beeilen, von der sich verbessernden Konjunktur zu profitieren, verstärken, er wird den Kampf in der Weltarena verschärfen, weil die Märkte durch hohe Zollschraken abge-

sperrt sind, weil schließlich der Aufschwung irgendeines Landes auf Kosten anderer Länder vor sich gehen wird, die dadurch ins Hintertreffen geraten.

Alles dies wird die gesamte politische Situation zuspitzen, die Kriegsgefahr wird wachsen, die Ungewissheit der Massen über ihre nächste Zukunft wird sich nicht vermindern. Das bedeutet, dass - wie sich auch die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Jahre gestalten mag - die Verwesung des Kapitalismus schon so weit vorgeschritten ist, dass eine ernstliche Besserung der Lage des Kapitalismus bereits unmöglich ist. Das bedeutet, dass die ganze Entwicklung des Kapitalismus dem Heranreifen der revolutionären Krise entgegenreibt.

Der Verfall des kapitalistischen Systems einerseits und der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion und das Anwachsen ihres Einflusses auf die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern andererseits, revolutionieren die werktätigen Massen der ganzen Welt und machen die Lage der herrschenden Klassen immer unsicherer und schwankender. Die Bourgeoisie fühlt sich schwach und isoliert. Die Macht der Bourgeoisie gerät immer mehr ins Wanken, ihre reformistische soziale Basis wankt und schwindet immer mehr. Darum kann die Bourgeoisie ihre demokratische Maske, die ihr bei der Verwirklichung ihrer Herrschaft Dienste geleistet hat, nicht mehr aufbewahren, sie ist gezwungen, diese Maske abzulegen. Die Bourgeoisie ist - der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe - in immer stärkerem Maße in einer immer größeren Zahl von Ländern gezwungen, danach zu trachten, sich die Erhaltung ihrer Herrschaft durch den Übergang von der parlamentarischen Methode zur terroristischen, faschistischen Regierungsmethode zu sichern, indem sie den Werktätigen die letzten Reste der demokratischen Rechte und das Recht des Schutzes ihrer Interessen raubt. (...)

Die Entfesselung des Krieges durch die Imperialisten wird den Beginn der revolutionären Krise in der ganzen kapitalistischen Welt bedeuten. Die Aufgabe der Proletarier der ganzen Welt wird sein, um den Sieg der Revolution, um die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Wie auch die weitere Entwicklung verlaufen mag - sie treibt zur Revolution.

Die revolutionäre Krise ist noch nicht reif, aber sie reift in der ganzen Welt heran. Durch ihre rasenden Kriegsvorbereitungen und die Versuche, die fa-

schistische Diktatur in immer neuen Ländern aufzurichten, spitzt die Bourgeoisie die Situation immer mehr zu und beschleunigt das Ausreifen dieser Krise.

Georgi Dimitroff: Arbeiterklasse gegen Faschismus – Auszüge²⁷

Genossen! Bereits der VI. Kongress der Kommunistischen Internationale hat dem internationalen Proletariat das Heranreifen einer neuen faschistischen Offensive signalisiert und zum Kampf gegen sie aufgerufen. Der Kongress wies darauf hin, dass »faschistische Tendenzen und Keime einer faschistischen Bewegung in mehr oder weniger entwickelter Form fast überall zu finden sind«.

Unter den Verhältnissen der hereingebrochenen überaus tiefen Wirtschaftskrise, der heftigen Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der Revolutionierung der werktätigen Massen ist der Faschismus zum breiten Angriff übergegangen. Die herrschende Bourgeoisie sucht immer mehr ihre Rettung im Faschismus, um die schlimmsten Ausplünderungsmaßnahmen gegen die Werktätigen durchzuführen, um einen imperialistischen Raubkrieg, um den Überfall auf die Sowjetunion, die Versklavung und Aufteilung Chinas vorzubereiten und durch alle diese Maßnahmen die Revolution zu verhindern. Die imperialistischen Kreise suchen die ganze Last der Krise auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen. Dazu brauchen sie den Faschismus.

Sie wollen das Problem der Märkte durch Versklavung der schwachen Völker, durch Steigerung der kolonialen Unterdrückung und durch eine Neuaufteilung der Welt auf dem Wege des Krieges lösen. Dazu brauchen sie den Faschismus.

Sie suchen dem Anwachsen der Kräfte der Revolution durch Zerschlagung der revolutionären Bewegung der Arbeiter und Bauern und durch den militärischen Überfall auf die Sowjetunion - das Bollwerk des Weltproletariats - zuvorzukommen. Dazu brauchen sie den Faschismus.

²⁷ Auszüge nach: http://www.mlwerke.de/gd/gd_001.htm

In einer Reihe von Ländern - insbesondere in Deutschland - gelang es diesen imperialistischen Kreisen, vor der entscheidenden Schwenkung der Massen zur Revolution dem Proletariat eine Niederlage zu bereiten und die faschistische Diktatur aufzurichten.

Bezeichnend für den Sieg des Faschismus ist aber gerade der Umstand, dass dieser Sieg einerseits von der Schwäche des Proletariats zeugt, das durch die sozialdemokratische Spaltungspolitik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie desorganisiert und paralyisiert wurde, andererseits aber die Schwäche der Bourgeoisie selbst zum Ausdruck bringt, die vor der Herstellung der Kampfeinheit der Arbeiterklasse Angst hat, vor der Revolution Angst hat und nicht mehr imstande ist, ihre Diktatur über die Massen mit den alten Methoden der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus aufrechtzuerhalten.

„Den Sieg des Faschismus in Deutschland“, sagte Genosse Stalin auf dem XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) „darf man nicht nur als Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse und als Ergebnis des Verrats der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse betrachten, die dem Faschismus den Weg ebnete. Man muss ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten, als ein Zeichen dafür, dass die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen, weshalb sie in der Innenpolitik gezwungen ist, zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen; als ein Zeichen dafür, dass sie nicht mehr imstande ist, einen Ausweg aus der jetzigen Lage auf dem Boden einer friedlichen Außenpolitik zu finden, weshalb sie gezwungen ist, zur Politik des Krieges zu greifen.“

Der Klassencharakter des Faschismus

Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das 13. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.

Die reaktionärste Spielart des Faschismus ist der Faschismus deutschen Schlages. Er hat die Dreistigkeit, sich Nationalsozialismus zu nennen, obwohl er nichts mit Sozialismus gemein hat. Der Hitlerfaschismus ist nicht bloß bürgerlicher Nationalismus, er ist ein tierischer Chauvinismus. Das ist ein Regie-

rungssystem des politischen Banditentums, ein System der Provokationen und Folterungen gegenüber der Arbeiterklasse und den revolutionären Elementen der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und der Intelligenz. Das ist mittelalterliche Barbarei und Grausamkeit, zügellose Aggressivität gegenüber den anderen Völkern und Ländern.

Der deutsche Faschismus spielt die Rolle des Stoßtrupps der internationalen Konterrevolution, des Hauptanstifters des imperialistischen Krieges, des Initiators eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion, das große Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt.

Der Faschismus ist nicht eine Form der Staatsmacht, die angeblich »über beiden Klassen, dem Proletariat und der Bourgeoisie steht«, wie das z.B. Otto Bauer behauptet hat. Das ist nicht das »aufständische Kleinbürgertum, das von der Staatsmaschine Besitz ergriffen hat«, wie der englische Sozialist Brailsford erklärt. Nein, der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht und keine Macht des Kleinbürgertums oder des Lumpenproletariats über das Finanzkapital. Der Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist die Organisierung der terroristischen Abrechnung mit der Arbeiterklasse und dem revolutionären Teil der Bauernschaft und der Intelligenz. Der Faschismus in der Außenpolitik ist der Chauvinismus in seiner brutalsten Form, der einen tierischen Hass gegen die anderen Völker kultiviert.

Dieser wirkliche Charakter des Faschismus muss besonders stark unterstrichen werden, weil der Deckmantel der sozialen Demagogie dem Faschismus die Möglichkeit gegeben hat, in einer Reihe von Ländern die durch die Krise aus ihrem Geleise geworfenen Massen des Kleinbürgertums und sogar manche Teile der rückständigsten Schichten des Proletariats mitzureißen, die niemals dem Faschismus gefolgt wären, wenn sie seinen wirklichen Klassencharakter, seine wirkliche Natur begriffen hätten.

Die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur selbst nehmen in den verschiedenen Ländern verschiedene Formen an, je nach den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, je nach den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes. In den einen Ländern, vor allem dort, wo der Faschismus keine breite Massenbasis besitzt und wo der Kampf zwischen den einzelnen Gruppierungen im Lager der faschistischen Bourgeoisie selbst ziemlich stark ist, entschließt er sich

nicht sofort, das Parlament zu liquidieren, und belässt den andern bürgerlichen Parteien und auch der Sozialdemokratie eine gewisse Legalität. In anderen Ländern, wo die herrschende Bourgeoisie den nahen Ausbruch der Revolution befürchtet, errichtet der Faschismus seine schrankenlose politische Monopolherrschaft entweder sofort oder, indem er den Terror und die Abrechnung mit allen konkurrierenden Parteien und Gruppierungen immer mehr verstärkt. Das schließt nicht aus, dass der Faschismus im Augenblick einer besonderen Verschärfung seiner Lage Versuche macht, seine Basis zu erweitern und, ohne sein Klassenwesen zu ändern, die offene terroristische Diktatur mit einer groben Fälschung des Parlamentarismus zu vereinen.

Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie - der bürgerlichen Demokratie - durch eine andere Form - durch die offene terroristische Diktatur. Die Ignorierung dieses Unterschiedes wäre ein ernster Fehler, der das revolutionäre Proletariat daran hindern würde, die breitesten Schichten der Werktätigen in Stadt und Land zum Kampf gegen die Gefahr einer Ergreifung der Macht durch die Faschisten zu mobilisieren sowie die Gegensätze auszunutzen, die im Lager der Bourgeoisie selbst vorhanden sind.

Doch ein nicht minder ernster und gefährlicher Fehler ist die Unterschätzung der Bedeutung, die die gegenwärtig in den Ländern der bürgerlichen Demokratie sich verschärfenden reaktionären Maßnahmen für die Aufrichtung der faschistischen Diktatur haben, jene Maßnahmen, die die demokratischen Freiheiten der Werktätigen unterdrücken, die Rechte des Parlaments fälschen und beschneiden, die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Bewegung verschärfen.

Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluss fasst, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. In Wirklichkeit gelangt der Faschismus gewöhnlich zur Macht im gegenseitigen, zuweilen scharfen Kampf mit den alten bürgerlichen Parteien oder mit einem bestimmten Teil dieser Parteien, im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, der manchmal bis zu bewaffneten Zusammenstößen führt, wie wir das in Deutschland, Österreich und anderen Ländern gesehen haben.

Alles das verringert indessen nicht die Bedeutung der Tatsache, dass vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsetappen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsetappen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.

Die Führer der Sozialdemokratie vertuschten und verhüllten vor den Massen den wirklichen Klassencharakter des Faschismus und riefen nicht zum Kampf gegen die immer schärferen reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie auf. Sie tragen die große historische Verantwortung dafür, dass im entscheidenden Moment der faschistischen Offensive ein bedeutender Teil der werktätigen Massen in Deutschland und einer Reihe anderer faschistischer Länder im Faschismus nicht das blutdürstige Raubtier des Finanzkapitals, seinen schlimmsten Feind erkannte, und dass diese Massen nicht zur Abwehr bereit waren.

Welches ist die Quelle des Einflusses des Faschismus auf die Massen? Es gelingt dem Faschismus, die Massen zu gewinnen, weil er in demagogischer Weise an ihre brennendsten Nöte und Bedürfnisse appelliert. Der Faschismus entfacht nicht nur die in den Massen tief verwurzelten Vorurteile, sondern er spekuliert auch mit den besten Empfindungen der Massen, ihrem Gerechtigkeitsgefühl und mitunter sogar ihren revolutionären Traditionen.

Warum spielen sich die deutschen Faschisten, diese Lakaien der Großbourgeoisie und Todfeinde des Sozialismus, vor den Massen als »Sozialisten« auf und stellen ihren Machtantritt als »Revolution« hin? Weil sie bestrebt sind, den Glauben an die Revolution, den Drang zum Sozialismus auszunutzen, der in den Herzen der breiten werktätigen Massen Deutschlands lebt.

Der Faschismus handelt im Interesse der extremen Imperialisten, aber vor den Massen tritt er unter der Maske des Beschützers der beleidigten Nation auf und appelliert an das gekränkte Nationalgefühl, wie z.B. der deutsche Faschismus, der die Massen mit der Losung »Gegen Versailles!« mit sich riss. Der Faschismus erstrebt die zügelloseste Ausbeutung der Massen, tritt aber mit einer raffinierten antikapitalistischen Demagogie an sie heran, macht sich den tiefen Hass der Werktätigen gegen die räuberische Bourgeoisie, gegen die

Banken, die Trusts und die Finanzmagnaten zunutze und stellt Losungen auf, die im gegebenen Moment für die politisch unreifen Massen die verlockendsten sind: in Deutschland - »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«; in Italien - »Unser Staat ist kein kapitalistischer, sondern ein Korporativstaat«; in Japan - »Für ein Japan ohne Ausbeutung«; in den Vereinigten Staaten - »Für die Aufteilung der Reichtümer« usw.

Der Faschismus liefert das Volk den korruptesten, käuflichsten Elementen zur Ausplünderung aus, tritt aber vor dem Volk mit der Forderung einer »ehrlichen und unbestechlichen Regierung« auf. Der Faschismus, der mit der tiefen Enttäuschung der Massen über die Regierungen der bürgerlichen Demokratie spekuliert, entrüstet sich scheinheilig über die Korruption (z.B. die Barmat- und Sklarekaffäre in Deutschland, die Stavitskiakffäre in Frankreich und eine Reihe von anderen).

Der Faschismus fängt im Interesse der reaktionärsten Kreise der Bourgeoisie die enttäuschten Massen ein, die sich von den alten bürgerlichen Parteien abkehren. Aber er imponiert diesen Massen durch die Heftigkeit seiner Angriffe gegen die bürgerlichen Regierungen, durch seine Unversöhnlichkeit gegenüber den alten Parteien der Bourgeoisie. Durch seinen Zynismus und seine Verlogenheit alle anderen Spielarten der bürgerlichen Reaktion in den Schatten stellend, passt der Faschismus seine Demagogie den nationalen Besonderheiten jedes Landes an, sogar den Besonderheiten der verschiedenen sozialen Schichten in ein und demselben Lande. Und die Massen des Kleinbürgertums, selbst ein Teil der Arbeiter, durch die Not, die Arbeitslosigkeit und die Unsicherheit ihrer Existenz zur Verzweiflung getrieben, werden zu Opfern der sozialen und chauvinistischen Demagogie des Faschismus.

Der Faschismus kommt zur Macht als Partei des Angriffs gegen die revolutionäre Bewegung des Proletariats, gegen die in Gärung befindlichen Volksmassen, er stellt jedoch seinen Machtantritt hin als eine »revolutionäre« Bewegung gegen die Bourgeoisie im Namen der »ganzen Nation« und zur »Rettung der Nation« (man denke an den »Marsch« Mussolinis nach Rom, an den »Marsch« Pilsudskis nach Warschau, an die nationalsozialistische »Revolution« Hitlers in Deutschland usw.).

Aber welche Maske der Faschismus auch aufsetzen mag, in welchen Formen er auch auftreten mag, auf welchem Wege er immer auch zur Macht gelangen

mag - der Faschismus ist die wütendste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen. Der Faschismus ist zügellosester Chauvinismus und Raubkrieg. Der Faschismus ist wütende Reaktion und Konterrevolution. Der Faschismus ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Was bringt der siegreiche Faschismus den Massen?

Der Faschismus versprach den Arbeitern einen »gerechten Lohn«, in Wirklichkeit brachte er ihnen ein noch niedrigeres, ein bettlerhaftes Lebensniveau. Er versprach den Erwerbslosen Arbeit, in Wirklichkeit brachte er ihnen noch größere Hungerqualen, Sklavenarbeit, Zwangsarbeit. In Wirklichkeit verwandelt er Arbeiter und Arbeitslose in völlig rechtlose Parias der kapitalistischen Gesellschaft, zerstört ihre Gewerkschaften, raubt ihnen das Streikrecht und die Arbeiterpresse, treibt sie mit Gewalt in die faschistischen Organisationen hinein, raubt ihre Sozialversicherungsfonds, verwandelt die Fabriken und Betriebe in Kasernen, in denen die zügellose Willkür der Kapitalisten herrscht.

Der Faschismus versprach der werktätigen Jugend, ihr einen breiten Weg in eine glänzende Zukunft zu öffnen. In Wirklichkeit brachte er der Jugend Massenentlassungen aus den Betrieben, Arbeitsdienstlager und ununterbrochenen militärischen Drill für einen Raubkrieg.

Der Faschismus versprach den Angestellten, den kleinen Beamten, den Intellektuellen, ihre Existenz zu sichern, die Allmacht der Trusts und die Spekulation des Bankkapitals zu beseitigen. In Wirklichkeit stürzte er sie in noch größere Hoffnungslosigkeit und Unsicherheit, unterwirft er sie einer neuen, aus seinen gehorsamsten Anhängern bestehenden Bürokratie, schafft er eine unerträgliche Diktatur der Trusts, verbreitet er in einem nie dagewesenen Maße Korruption und Zersetzung.

Der Faschismus versprach der ruinierten, verelendeten Bauernschaft die Beseitigung der Schuldknechtschaft, die Abschaffung der Pachtzahlungen und sogar die unentgeltliche Enteignung des grundherrlichen Bodens zugunsten der landlosen und dem Ruin verfallenden Bauern. In Wirklichkeit schafft er eine noch nie dagewesene Versklavung der werktätigen Bauernschaft durch die Trusts und den faschistischen Staatsapparat und steigert die Ausbeutung

der Hauptmassen der Bauernschaft durch die Großagrarien, die Banken und die Wucherer aufs äußerste. (...)

Warum und wie konnte der Faschismus siegen?

Der Faschismus ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und der Werktätigen. Der Faschismus ist der Feind von neun Zehnteln des deutschen Volkes, von neun Zehnteln des österreichischen Volkes, von neun Zehnteln der anderen Völker der faschistischen Länder. Wie, auf welche Weise konnte dieser schlimmste Feind siegen?

Der Faschismus konnte vor allem deshalb zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse dank der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie, die von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten war, politisch und organisatorisch gegenüber der angreifenden Bourgeoisie entwaffnet war. Die kommunistischen Parteien aber waren nicht stark genug, um ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen auf die Beine zu bringen und sie in den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu führen.

In der Tat! Mögen die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter, die jetzt zusammen mit ihren kommunistischen Brüdern die Schrecken der faschistischen Barbarei auskosten, ernsthaft über folgendes nachdenken: wenn das österreichische und das deutsche Proletariat im Jahre 1918, als die Revolution in Deutschland und Österreich ausbrach, nicht der sozialdemokratischen Führung der Otto Bauer, Friedrich Adler und Renner in Österreich, der Ebert und Scheidemann in Deutschland Gefolgschaft geleistet hätte, sondern den Weg der russischen Bolschewiki, den Weg Lenins und Stalins gegangen wäre, dann würde es jetzt keinen Faschismus geben, weder in Österreich noch in Deutschland, weder in Italien noch in Ungarn, weder in Polen noch auf dem Balkan. Nicht die Bourgeoisie, sondern die Arbeiterklasse wäre bereits längst der Herr der Lage in Europa. (...)

War der Sieg des Faschismus in Deutschland unvermeidlich? Nein, die deutsche Arbeiterklasse hätte ihn verhindern können. Aber dazu hätte sie die Herstellung der antifaschistischen proletarischen Einheitsfront durchsetzen, die Führer der Sozialdemokratie zwingen müssen, den Feldzug gegen die Kommunisten einzustellen und die wiederholten Angebote der Kommunistischen Partei über die Aktionseinheit gegen den Faschismus anzunehmen.

Sie hätte bei dem Angriff des Faschismus und bei der allmählichen Liquidierung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten durch die Bourgeoisie sich nicht mit den schönen Resolutionen der Sozialdemokratie zufrieden geben dürfen, sondern hätte mit einem wirklichen Massenkampf antworten müssen, der die faschistischen Pläne der deutschen Bourgeoisie erschwerte.

Sie hätte nicht das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch die Regierung Braun-Severing zulassen dürfen, sondern hätte zwischen dem Roten Frontkämpferbund und dem fast eine Million zählenden Reichsbanner einen Kampfkontakt herstellen und Braun und Severing zwingen müssen, sowohl die eine als auch die andere genannte Organisation zur Abwehr und Zerschlagung der faschistischen Banden zu bewaffnen.

Sie hätte die Führer der Sozialdemokratie, die an der Spitze der Regierung in Preußen standen, zwingen müssen, Verteidigungsmaßnahmen gegen den Faschismus zu ergreifen, die faschistischen Führer zu verhaften, ihre Presse zu verbieten, ihre materiellen Mittel sowie die Mittel der Kapitalisten, die die faschistische Bewegung subsidierten, zu konfiszieren, die faschistischen Organisationen aufzulösen, ihnen die Waffen abzunehmen usw.

Weiter hätte sie es durchsetzen müssen, dass alle Arten von Sozialleistungen wiederhergestellt und erweitert werden, dass ein Moratorium und eine Krisenhilfe für die unter dem Einfluss der Krise ruinierten Bauern eingeführt werden, und zwar durch Besteuerung der Banken und der Trusts, um sich auf diese Weise die Unterstützung der werktätigen Bauernschaft zu sichern.

Das wurde nicht getan, und schuld daran war die Sozialdemokratie Deutschlands; deshalb konnte der Faschismus siegen. (...)

Genossen, der Faschismus siegte auch, weil das Proletariat isoliert war von seinen natürlichen Bundesgenossen. Der Faschismus siegte, weil es ihm gelang, die großen Massen der Bauernschaft mit sich zu reißen, dank der Tatsache, dass die Sozialdemokratie im Namen der Arbeiterklasse im Grunde genommen eine bauernfeindliche Politik trieb. Der Bauer sah an der Macht eine Reihe von sozialdemokratischen Regierungen, die in seinen Augen die Macht der Arbeiterklasse verkörperten, aber keine einzige dieser Regierungen bereitete der Notlage der Bauern ein Ende, keine einzige von ihnen gab den Bauern Land. Die Sozialdemokratie in Deutschland hat die Gutsbesitzer nicht ange-tastet. Sie arbeitete den Streiks der Landarbeiter entgegen, und die Folge da-

von war, dass die Landarbeiter in Deutschland noch lange vor dem Machtantritt Hitlers die reformistischen Gewerkschaften verließen und in den meisten Fällen zum »Stahlhelm« und den Nationalsozialisten übergingen.

Der Faschismus siegte auch, weil es ihm gelang, in die Reihen der Jugend einzudringen, während die Sozialdemokratie die Arbeiterjugend vom Klassenkampf ablenkte, das revolutionäre Proletariat aber unter der Jugend nicht die notwendige Erziehungsarbeit entfaltete und dem Kampf für ihre besonderen Interessen und Forderungen nicht die genügende Aufmerksamkeit zuwandte. Der Faschismus packte bei dem unter der Jugend besonders scharf ausgeprägten Drang nach Kampfaktivität an und zog einen großen Teil der Jugend in seine Kampftrupps. Die neue Generation der männlichen und weiblichen Jugend hat nicht die Schrecken des Krieges durchgemacht. Sie kostet am eigenen Leibe die ganze Schwere der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und des Zerfalls der bürgerlichen Demokratie aus. Da bedeutende Teile der Jugend keine Perspektiven für die Zukunft sahen, so waren sie besonders empfänglich für die faschistische Demagogie, die ihnen eine verlockende Zukunft ausmalte, wenn der Faschismus siegte.

In diesem Zusammenhang können wir auch nicht an einer Reihe von Fehlern der kommunistischen Parteien vorbeigehen, von Fehlern, die unseren Kampf gegen den Faschismus hemmten. In unseren Reihen hatten wir eine unzulässige Unterschätzung der faschistischen Gefahr, die auch bis auf den heutigen Tag nicht überall liquidiert ist. Eine solche Einstellung, wie sie früher in unseren Parteien zu finden war, dass »Deutschland nicht Italien« sei, in dem Sinne, dass der Faschismus in Italien siegen konnte, dass aber sein Sieg in Deutschland ausgeschlossen sei, weil wir hier ein industriell hochentwickeltes Land, ein kulturell hochentwickeltes Land haben, das eine 40jährige Tradition der Arbeiterbewegung besitzt, ein Land, in dem der Faschismus unmöglich sei.

Oder jene Einstellung, die jetzt vorhanden ist, dass in den Ländern der »klassischen« bürgerlichen Demokratie kein Boden vorhanden sei für den Faschismus. Eine solche Einstellung konnte und kann die Verringerung der Wachsamkeit gegenüber der faschistischen Gefahr begünstigen und die Mobilisierung des Proletariats im Kampf gegen den Faschismus erschweren. (...)

Unsere Genossen in Deutschland haben lange Zeit das gekränkte Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht genügend in Rechnung gestellt, sie haben sich zu den Schwankungen der Bauernschaft und des Kleinbürgertums geringschätzig verhalten, haben sich mit dem Programm der sozialen und nationalen Befreiung verspätet, und als sie es aufstellten, da verstanden sie nicht, es entsprechend den konkreten Bedürfnissen und dem Niveau der Massen anzuwenden; da verstanden sie es nicht einmal, es unter den Massen großzügig zu popularisieren. (...)

Genossen, wir sprechen von den Ursachen des Sieges des Faschismus, wir weisen auf die historische Verantwortung der Sozialdemokratie für die Niederlage der Arbeiterklasse hin, wir stellen auch unsere eigenen Fehler im Kampf gegen den Faschismus fest, nicht einfach deshalb, weil wir in der Vergangenheit herumwühlen wollen.

Wir sind keine vom Leben losgelöste Historiker, wir sind Kämpfer der Arbeiterklasse, die verpflichtet sind, eine Antwort auf die Frage zu geben, die Millionen Arbeiter quält:

Kann man den Sieg des Faschismus verhindern und wie kann man das tun? Und wir antworten diesen Millionen Arbeitern: Jawohl, Genossen, man kann dem Faschismus den Weg versperren. Das ist durchaus möglich. Das hängt von uns selbst ab, von den Arbeitern, den Bauern, von allen Werktätigen. Die Verhinderung des Sieges des Faschismus hängt vor allem von der Kampfaktivität der Arbeiterklasse selbst ab, vom Zusammenschluss ihrer Kräfte zu einer einheitlichen, gegen die Offensive des Kapitals und des Faschismus kämpfenden Armee. Das Proletariat, das seine Kampfeinheit herstellt, würde den Einfluss des Faschismus auf die Bauernschaft, auf das städtische Kleinbürgertum, auf die Jugend und die Intelligenz paralisieren, würde einen Teil neutralisieren, den anderen Teil auf seine Seite herüberziehen.

Zweitens hängt das vom Vorhandensein einer starken revolutionären Partei ab, die den Kampf der Werktätigen gegen den Faschismus richtig leitet. Eine Partei, die systematisch die Arbeiter zum Rückzug vor dem Faschismus ruft und der faschistischen Bourgeoisie erlaubt, ihre Stellungen zu stärken, - eine solche Partei wird unvermeidlich die Arbeiter der Niederlage entgegenführen.

Drittens hängt das von der richtigen Politik der Arbeiterklasse gegenüber der Bauernschaft und den kleinbürgerlichen Massen in den Städten ab. Diese

Massen muss man so nehmen, wie sie sind, und nicht so, wie wir sie sehen möchten. Nur im Laufe des Kampfes werden sie ihre Zweifel und Schwankungen abwerfen, nur wenn man ihren unvermeidlichen Schwankungen gegenüber Geduld an den Tag legt und wenn das Proletariat sie politisch unterstützt, werden sie sich auf eine höhere Stufe des revolutionären Bewusstseins und der Aktivität emporschwingen.

Viertens hängt das von der Wachsamkeit und den rechtzeitigen Aktionen des revolutionären Proletariats ab. Man darf sich nicht vom Faschismus überrumpeln lassen; man darf ihm nicht die Initiative überlassen; man muss ihm entscheidende Schläge versetzen, wenn er es noch nicht vermocht hat, seine Kräfte zu sammeln; man darf es nicht zulassen, dass er seine Stellung stärkt; man muss ihm auf Schritt und Tritt entgegenreten, wo er sich zeigt; man darf es nicht zulassen, dass er neue Stellungen erobert, so wie das französische Proletariat das mit Erfolg zu tun versucht. (...)

Der Faschismus – eine grausame, aber keine feste Macht

Die faschistische Diktatur der Bourgeoisie ist eine grausame, aber keine feste Macht. Worin bestehen die Hauptursachen dafür, dass die faschistische Diktatur keine feste Diktatur ist? Der Faschismus, der sich anschickte, die Meinungsverschiedenheiten und die Gegensätze im Lager der Bourgeoisie zu überwinden, verschärft diese Gegensätze noch mehr. Der Faschismus versucht, sein politisches Monopol zu errichten, und beseitigt gewaltsam die anderen politischen Parteien. Aber das Vorhandensein des kapitalistischen Systems, das Bestehen der verschiedenen Klassen und die Verschärfung der Klassengegensätze führen unvermeidlich zur Erschütterung und Sprengung des politischen Monopols des Faschismus.

Das ist kein Sowjetland, in dem die Diktatur des Proletariats ebenfalls durch eine Monolpartei verwirklicht wird, wo aber dieses politische Monopol den Interessen der Millionen der Werktätigen entspricht und sich immer mehr auf den Aufbau der klassenlosen Gesellschaft stützt. In einem faschistischen Lande kann die Partei der Faschisten ihr Monopol nicht lange aufrechterhalten, weil sie nicht imstande ist, sich die Aufgabe der Beseitigung der Klassen und der Klassengegensätze zu stellen. Sie hebt die legale Existenz der bürgerlichen Parteien auf, aber eine Reihe von ihnen besteht illegal weiter.

Die Kommunistische Partei aber marschiert auch unter den illegalen Verhältnissen vorwärts, stählt sich und leitet den Kampf des Proletariats gegen die faschistische Diktatur. Auf diese Weise muss das politische Monopol des Faschismus unter den Schlägen der Klassengegensätze zusammenbrechen.

Eine andere Ursache dafür, dass die faschistische Diktatur nicht fest ist, besteht darin, dass der Kontrast zwischen der antikapitalistischen Demagogie des Faschismus und der Politik der räuberischsten Bereicherung der monopolistischen Bourgeoisie die Entlarvung des Klassenwesens des Faschismus erleichtert und zur Erschütterung und zum Zusammenschrumpfen seiner Massenbasis führt.

Ferner ruft der Sieg des Faschismus den tiefen Hass und die Empörung der Massen hervor, begünstigt ihre Revolutionierung und gibt der Einheitsfront des Proletariats gegen den Faschismus einen mächtigen Anstoß.

Durch die Politik des wirtschaftlichen Nationalismus (Autarkie) und durch die Inanspruchnahme des größeren Teils des Volkseinkommens für die Vorbereitung des Krieges untergräbt der Faschismus die ganze Wirtschaft des Landes und verschärft den Wirtschaftskrieg zwischen den kapitalistischen Staaten. Er verleiht den innerhalb der Bourgeoisie entstehenden Konflikten den Charakter scharfer und nicht selten blutiger Zusammenstöße, was die Festigkeit der faschistischen Staatsmacht in den Augen des Volkes untergräbt.

Eine Staatsmacht, die ihre eigenen Anhänger ermordet, wie das am 30. Juni vergangenen Jahres in Deutschland der Fall war, die faschistische Staatsmacht, gegen die mit der Waffe in der Hand der andere Teil der faschistischen Bourgeoisie kämpft (der nationalsozialistische Putsch in Österreich, das scharfe Auftreten einzelner faschistischer Gruppen gegen die faschistische Regierung in Polen, Bulgarien, Finnland und anderen Ländern), - eine solche Staatsmacht kann in den Augen der breiten kleinbürgerlichen Massen ihre Autorität nicht lange aufrechterhalten.

Die Arbeiterklasse muss es verstehen, die Gegensätze und Konflikte im Lager der Bourgeoisie auszunutzen, aber sie darf sich keine Illusionen darüber machen, dass der Faschismus sich von selbst erschöpfen werde. Der Faschismus wird nicht automatisch zusammenbrechen. Nur die revolutionäre Aktivität der Arbeiterklasse wird helfen, die im Lager der Bourgeoisie unvermeidlich ent-

stehenden Konflikte zur Untergrabung der faschistischen Diktatur und zu ihrem Sturz auszunutzen. (...)

Der mächtige Drang nach der Einheitsfront in allen kapitalistischen Ländern zeigt, dass die Lehren der Niederlage nicht umsonst waren. Die Arbeiterklasse beginnt auf neue Weise zu handeln. Die Initiative der Kommunistischen Partei bei der Organisierung der Einheitsfront und die grenzenlose Aufopferung der Kommunisten, der revolutionären Arbeiter im Kampfe gegen den Faschismus führten zu einem unerhörten Anwachsen der Autorität der Kommunistischen Internationale. Gleichzeitig entwickelt sich eine tiefe Krise in der II. Internationale, die nach dem Bankrott der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands besonders krass zutage trat und sich verschärfte.

Die sozialdemokratischen Arbeiter können sich immer anschaulicher davon überzeugen, dass das faschistische Deutschland mit allen seinen Schrecken und seiner Barbarei letzten Endes eine Folge der sozialdemokratischen Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie ist. Diese Massen werden sich immer klarer darüber, dass der Weg, den die Führer der deutschen Sozialdemokratie das Proletariat geführt haben, nicht wieder beschritten werden darf.

Noch nie hat es in den Reihen der II. Internationale eine solche geistige Verwirrung gegeben, wie jetzt. Es geht eine Differenzierung innerhalb aller sozialdemokratischen Parteien vor sich. In ihren Reihen bilden sich zwei Hauptlager heraus: neben dem bestehenden Lager der reaktionären Elemente, die mit allen Mitteln versuchen, den Block der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie zu erhalten, und wütend die Einheitsfront mit den Kommunisten ablehnen, beginnt sich das Lager der revolutionären Elemente herauszubilden, die Zweifel an der Richtigkeit der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie hegen, die für die Schaffung einer Einheitsfront mit den Kommunisten sind und in immer stärkerem Maße auf den Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes überzugehen anfangen.

Der Faschismus, der als Folge des Niederganges des kapitalistischen Systems aufgetaucht ist, wirkt also letzten Endes als Faktor seiner weiteren Zersetzung. So führt der Faschismus, der die Verpflichtung übernahm, dem Marxismus, der revolutionären Arbeiterbewegung den Garaus zu machen, infolge der Dialektik des Lebens und des Klassenkampfes zu einer weiteren Entwicklung

jener Kräfte, die seine Totengräber, die Totengräber des Kapitalismus sein müssen. (...)

Die Einheitsfront und die faschistischen Massenorganisationen

Genossen, der Kampf für die Schaffung der Einheitsfront in den Ländern, wo die Faschisten an der Macht sind, ist wohl das wichtigste Problem, vor dem wir stehen. Dort verläuft dieser Kampf natürlich unter bedeutend schwierigeren Verhältnissen als in den Ländern mit legaler Arbeiterbewegung.

Es bestehen nun aber in den faschistischen Ländern alle Voraussetzungen für die Entfaltung einer wirklichen antifaschistischen Volksfront im Kampfe gegen die faschistische Diktatur; denn die sozialdemokratischen, die christlichen und die anderen Arbeiter können z.B. in Deutschland die Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes zusammen mit den Kommunisten gegen die faschistische Diktatur unmittelbar erkennen. Die breiten Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft, die bereits die bitteren Früchte der faschistischen Herrschaft gekostet haben, empfinden eine immer größere Unzufriedenheit und Enttäuschung, was ihre Einbeziehung in die antifaschistische Volksfront erleichtert.

In den faschistischen Ländern, insbesondere in Deutschland und Italien, wo der Faschismus es verstanden hat, sich eine Massenbasis zu schaffen, und die Arbeiter und anderen Werktätigen gewaltsam in seine Organisationen hineingetrieben hat, besteht die Hauptaufgabe in der geschickten Verknüpfung des Kampfes gegen die faschistische Diktatur von außen mit ihrer Unterwühlung von innen, in den faschistischen Massenorganisationen und Organen. Man muß entsprechend den konkreten Verhältnissen dieser Länder besondere Methoden und Formen prüfen, sich zu eigen machen und anwenden, die die rascheste Zersetzung der Massenbasis des Faschismus begünstigen und den Sturz der faschistischen Diktatur vorbereiten. Das muss man prüfen, sich zu eigen machen und anwenden, und nicht nur schreien: »Nieder mit Hitler!«, »Nieder mit Mussolini!«. Ja, prüfen, sich zu eigen machen und anwenden.

Das ist eine schwierige und komplizierte Aufgabe. Sie ist umso schwieriger, als unsere Erfahrungen der erfolgreichen Bekämpfung der faschistischen Diktatur äußerst begrenzt sind. Unsere italienischen Genossen kämpfen z.B. schon ungefähr 13 Jahre unter den Verhältnissen der faschistischen Diktatur. Aber es ist ihnen noch immer nicht gelungen, einen wirklichen Massenkampf

gegen den Faschismus zu entfalten, und darum konnten sie leider in dieser Beziehung den anderen kommunistischen Parteien der faschistischen Länder wenig mit positiven Erfahrungen helfen.

Die deutschen und italienischen Kommunisten und die Kommunisten anderer faschistischer Länder sowie die Mitglieder der kommunistischen Jugendverbände haben Wunder an Heldentum an den Tag gelegt. Sie brachten und bringen täglich ungeheure Opfer. Vor diesem Heldentum und diesen Opfern neigen wir alle unser Haupt.

Aber Heldentum allein genügt nicht. (Beifall.) Dieses Heldentum muss verknüpft werden mit der tagtäglichen Arbeit unter den Massen, mit einem solchen konkreten Kampf gegen den Faschismus, dass hier die fühlbarsten Resultate erzielt werden. In unserem Kampf gegen die faschistische Diktatur ist es besonders gefährlich, das Erwünschte für Wirklichkeit zu halten. Man muss von den Tatsachen ausgehen, von der wirklichen konkreten Situation.

Wie ist aber die heutige Wirklichkeit, z.B. in Deutschland? Unter den Massen wächst die Unzufriedenheit und die Enttäuschung über die Politik der faschistischen Diktatur, was sogar die Form von Teilstreiks und anderen Aktionen annimmt. Trotz aller Bemühungen ist es dem Faschismus nicht gelungen, die Hauptmassen der Arbeiterschaft politisch für sich zu erobern; er verliert und wird in immer größerem Maße sogar seine früheren Anhänger verlieren. Aber wir müssen uns doch darüber Rechenschaft ablegen, dass diejenigen Arbeiter, die von der Möglichkeit des Sturzes der faschistischen Diktatur überzeugt und heute schon bereit sind, aktiv dafür zu kämpfen, einstweilen noch in der Minderheit sind. Das sind wir Kommunisten und der revolutionäre Teil der sozialdemokratischen Arbeiter. Die Mehrheit der Werktätigen dagegen hat einstweilen noch nicht die realen und konkreten Möglichkeiten und Wege des Sturzes dieser Diktatur erkannt und wartet zunächst noch ab. Das muss man berücksichtigen, wenn wir unsere Aufgaben im Kampf gegen den Faschismus in Deutschland festlegen und wenn wir besondere Methoden zum Sturz und zur Erschütterung der faschistischen Diktatur in Deutschland suchen, studieren und anwenden werden.

Um der faschistischen Diktatur einen empfindlichen Stoß zu versetzen, müssen wir ihre verwundbarste Stelle kennen. Wo befindet sich die Achillesferse der faschistischen Diktatur? In ihrer sozialen Basis. Und die ist außeror-

dentlich buntscheckig. Sie umfasst verschiedene Klassen und verschiedene Schichten der Gesellschaft. Der Faschismus proklamierte sich zum einzigen Repräsentanten aller Klassen und Schichten der Bevölkerung: des Fabrikanten und des Arbeiters, des Millionärs und des Arbeitslosen, des Junkers und des Kleinbauern, des Großkapitalisten und des Handwerkers. Er tut so, als ob er die Interessen aller dieser Schichten, die Interessen der Nation verteidigt. Da aber der Faschismus die Diktatur der Großbourgeoisie ist, so muss er unvermeidlich mit seiner sozialen Massenbasis in Konflikt geraten, umso mehr, als gerade unter der faschistischen Diktatur die Klassengegensätze zwischen der Meute der Finanzmagnaten und der erdrückenden Mehrheit des Volkes am krassesten hervortreten.

Wir können die Massen in den entscheidenden Kampf für den Sturz der faschistischen Diktatur nur dann führen, wenn wir die Arbeiter, die gewaltsam in die faschistischen Organisationen hineingejagt wurden oder aus mangelndem Klassenbewusstsein in sie eingetreten sind, in die elementarsten Bewegungen zum Schutze ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen hineinziehen. Eben darum müssen die Kommunisten als die besten Verteidiger der tagtäglichen Interessen der Mitglieder Masse in diesen Organisationen arbeiten, eingedenk dessen, dass in dem Maße, wie die in diesen Organisationen befindlichen Arbeiter anfangen, immer häufiger Rechte für sich zu fordern und ihre Interessen zu verteidigen, sie unweigerlich mit der faschistischen Diktatur in Konflikt geraten werden.

Auf dem Boden der Verteidigung der dringendsten, in der ersten Zeit der elementarsten Interessen der werktätigen Massen in Stadt und Land, ist es verhältnismäßig leichter, eine gemeinsame Sprache nicht nur mit den aufgeklärten Antifaschisten, sondern auch mit denjenigen Werktätigen zu finden, die noch Anhänger des Faschismus sind, aber über seine Politik enttäuscht und unzufrieden sind, die nörgeln und nach einer Gelegenheit suchen, um ihrer Unzufriedenheit Luft zu machen. Wir müssen uns überhaupt Rechenschaft darüber ablegen, dass unsere ganze Taktik in den Ländern der faschistischen Diktatur einen solchen Charakter tragen muss, dass wir die einfachen Anhänger des Faschismus nicht von uns abstoßen, dass wir sie nicht von neuem in die Arme des Faschismus stoßen, sondern dass wir die Kluft zwischen den faschistischen Spitzen und der Masse der enttäuschten, einfachen Anhänger des Faschismus unter den werktätigen Schichten vertiefen.

Georgi Dimitroff: Die Einheitsfront der Arbeiter gegen den Faschismus²⁸ - Auszüge

Genossen! Millionen von Arbeitern und Werktätigen in den kapitalistischen Ländern fragen: wie kann man verhindern, dass der Faschismus an die Macht gelangt, und wie kann man den Faschismus stürzen, wenn er gesiegt hat? Die Kommunistische Internationale antwortet: das erste, was gemacht werden muss, womit man beginnen muss, ist die Schaffung der Einheitsfront, die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter in jedem Betrieb, in jedem Bezirk, in jedem Gebiet, in jedem Lande, in der ganzen Welt. Die Aktionseinheit des Proletariats im nationalen und internationalen Maßstab ist die mächtige Waffe, die die Arbeiterklasse nicht nur zur erfolgreichen Verteidigung, sondern auch zur erfolgreichen Gegenoffensive gegen den Faschismus, gegen den Klassenfeind fähig macht.

Die Bedeutung der Einheitsfront

Ist es nicht klar, dass gemeinsame Aktionen der Anhänger der Parteien und Organisationen der zwei Internationalen - der Kommunistischen Internationale und der II. Internationale - den Massen die Abwehr des faschistischen Ansturms erleichtern und das politische Gewicht der Arbeiterklasse erhöhen würden?

Gemeinsame Aktionen der Parteien der beiden Internationalen gegen den Faschismus würden jedoch nicht nur einen Einfluss auf ihre gegenwärtigen Anhänger, auf die Kommunisten und die Sozialdemokraten haben, sie würden auch einen mächtigen Einfluss auf die Reihen der christlichen, anarchistischen und unorganisierten Arbeiter ausüben, sogar auf diejenigen, die vorübergehend ein Opfer der faschistischen Demagogie geworden sind.

Ja noch mehr. Die machtvolle Einheitsfront des Proletariats würde einen ungeheuren Einfluss auf alle anderen Schichten des werktätigen Volkes ausüben, auf die Bauernschaft, auf das städtische Kleinbürgertum, auf die Intellektuellen. Die Einheitsfront Würde den schwankenden Schichten den Glauben an die Kräfte der Arbeiterklasse geben.

²⁸ Auszüge nach: http://www.mlwerke.de/gd/gd_001.htm

Aber auch das ist noch nicht alles. Das Proletariat der imperialistischen Länder hat potentielle Verbündete nicht nur in den Werktätigen des eigenen Landes, sondern auch in den unterdrückten Völkern der Kolonien und Halbkolonien. Die Tatsache, dass das Proletariat im nationalen und Internationalen Maßstab gespalten ist, dass einer seiner Teile die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie und namentlich ihr Unterdrückungsregime in den Kolonien und Halbkolonien unterstützt, stößt die unterdrückten Völker der Kolonien und Halbkolonien von der Arbeiterklasse ab und schwächt die internationale antiimperialistische Front. Jeder Schritt auf dem Wege zur Aktionseinheit, der auf die Unterstützung des Befreiungskampfes der Kolonialvölker durch das Proletariat der imperialistischen Mutterländer gerichtet ist, bedeutet die Verwandlung der Kolonien und Halbkolonien in eine der Hauptreserven des Weltproletariats.

Wenn wir schließlich in Betracht ziehen, dass die internationale Aktionseinheit des Proletariats sich auf die ständig wachsende Macht des proletarischen Staates, des Landes des Sozialismus, der Sowjetunion, stützt, so sehen wir, welche breiten Perspektiven die Herstellung der Aktionseinheit des Proletariats im nationalen und internationalen Maßstab eröffnet.

Die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der Arbeiterklasse, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Partei und Organisation, ist notwendig, noch bevor die Mehrheit der Arbeiterklasse sich zum Kampf für den Sturz des Kapitalismus und für den Sieg der proletarischen Revolution vereinigt haben wird.

Ist es möglich, diese Aktionseinheit des Proletariats in den einzelnen Ländern und in der ganzen Welt zu verwirklichen? Jawohl, es ist möglich, und es ist sofort möglich. Die Kommunistische Internationale stellt für die Aktionseinheit keinerlei Bedingungen, mit Ausnahme einer einzigen, elementaren, für alle Arbeiter annehmbaren Bedingung, und zwar, dass die Aktionseinheit sich gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richtet. Das ist unsere Bedingung.“

Inhalt und Formen der Einheitsfront

Was ist und was muss der Hauptinhalt der Einheitsfront in der gegebenen Etappe sein? Die Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse, die Verteidigung der Arbeiterklasse ge-

gen den Faschismus muss der Ausgangspunkt und der Hauptinhalt der Einheitsfront in allen kapitalistischen Ländern sein.

Wir dürfen uns nicht mit bloßen Aufrufen zum Kampf für die proletarische Diktatur begnügen, sondern müssen solche Losungen und Kampfformen ausfindig machen und vorschlagen, die sich aus den Lebensbedürfnissen der Massen, aus dem Grad ihrer Kampffähigkeit in der jeweiligen Entwicklungs- etappe ergeben. Wir müssen den Massen zeigen, was sie heute tun müssen, um sich vor der kapitalistischen Ausplünderung und der faschistischen Barba- rei zu schützen.

Wir müssen uns dafür einsetzen, daß die breiteste Einheitsfront hergestellt wird durch gemeinsame Aktionen der Arbeiterorganisationen der verschiede- nen Richtungen zum Schutz der Lebensinteressen der werktätigen Massen. Das bedeutet erstens den gemeinsamen Kampf für die wirkliche Abwälzung der Folgen der Krise auf die Schultern der herrschenden Klassen, auf die Schultern der Kapitalisten, der Grundherren, mit einem Wort, auf die Schul- tern der Reichen.

Das bedeutet zweitens den gemeinsamen Kampf gegen alle Formen der fa- schistischen Offensive, für die Verteidigung der Errungenschaften und der Rechte der Werktätigen, gegen die Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten.

Das bedeutet drittens den gemeinsamen Kampf gegen die herannahende Ge- fahr eines imperialistischen Krieges, einen Kampf, der die Vorbereitung die- ses Krieges erschweren würde.

Wir müssen unermüdlich die Arbeiterklasse auf den raschen Wechsel der Formen und Methoden des Kampfes bei Veränderung der Verhältnisse vorbe- reiten. In dem Maße, wie die Bewegung wächst und die Einheit der Arbeiter- klasse sich verstärkt, müssen wir weitergehen und den Übergang von der Ver- teidigung zum Angriff gegen das Kapital vorbereiten und auf die Organisie- rung des politischen Massenstreiks hinsteuern. Dabei muss die unbedingte Voraussetzung eines solchen Streiks sein, dass die ausschlaggebenden Ge- werkschaften des gegebenen Landes in diesen Streik hineingezogen werden.

Natürlich können und dürfen die Kommunisten keinen Augenblick auf ihre selbständige Arbeit zur kommunistischen Aufklärung, Organisation und

Mobilisierung der Massen verzichten. Um jedoch den Arbeitern den Weg zur Aktionseinheit zu sichern, muß man gleichzeitig sowohl kurzfristige als auch langfristige Abkommen über gemeinsame Aktionen mit sozialdemokratischen Parteien, reformistischen Gewerkschaften und anderen Organisationen der Werktätigen gegen die Klassenfeinde des Proletariats anstreben. Die Hauptaufmerksamkeit wird man dabei auf die Entfaltung von Massenaktionen in den einzelnen Orten lenken müssen, die von den unteren Organisationen auf Grund von örtlichen Abkommen durchgeführt werden.

Indem wir die Bedingungen aller mit ihnen geschlossenen Abkommen loyal erfüllen, werden wir rücksichtslos jegliche Sabotage der gemeinsamen Aktionen durch Personen und Organisationen, die an der Einheitsfront teilnehmen, entlarven. Alle Versuche, Abkommen zu sprengen, und solche Versuche werden möglicherweise unternommen werden, werden wir dadurch beantworten, dass wir uns an die Massen wenden und den unermüdlichen Kampf für die Wiederherstellung der gestörten Aktionseinheit fortsetzen werden.

Natürlich wird die konkrete Verwirklichung der Einheitsfront in verschiedenen Ländern auf verschiedene Weise vor sich gehen, verschiedene Formen annehmen, je nach dem Zustand und dem Charakter der Arbeiterorganisationen, ihrem politischen Niveau, der konkreten Situation in dem jeweiligen Lande, je nach den Verschiebungen in der internationalen Arbeiterbewegung usw.

Solche Formen können z.B. sein: vereinbarte gemeinsame Aktionen der Arbeiter von Fall zu Fall aus konkreten Anlässen, für einzelne Forderungen oder auch auf Grund einer gemeinsamen Plattform; vereinbarte Aktionen in einzelnen Betrieben oder Industriezweigen; vereinbarte Aktionen im örtlichen, Gebiets-, Landes- oder internationalen Maßstab; vereinbarte Aktionen zur Organisation der Wirtschaftskämpfe der Arbeiter, zur Durchführung politischer Massenaktionen, zur Organisation eines gemeinsamen Selbstschutzes gegen faschistische Überfälle; vereinbarte Aktionen zur Unterstützung der Gefangenen und ihrer Familien, zum Kampf gegen die soziale Reaktion; gemeinsame Aktionen zur Verteidigung der Interessen der Jugend und der Frauen; auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens, der Kultur, des Sports usw. usw.“

Über die antifaschistische Volksfront

Bei der Mobilisierung der werktätigen Massen zum Kampf gegen den Faschismus ist die Schaffung einer breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront eine besonders wichtige Aufgabe. Der Erfolg des gesamten Kampfes des Proletariats ist eng verbunden mit der Herstellung des Kampfbündnisses des Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft und der Hauptmasse des städtischen Kleinbürgertums, das die Mehrheit der Bevölkerung sogar in den industriell entwickelten Ländern bildet.

Der Faschismus, der diese Massen gewinnen will, versucht in seiner Agitation, die arbeitenden Massen in Stadt und Land dem revolutionären Proletariat entgegenzustellen und den Kleinbürger mit dem Gespenst der »roten Gefahr« zu schrecken. Wir müssen den Spieß umdrehen und den werktätigen Bauern, den Handwerkern sowie der werktätigen Intelligenz zeigen, woher ihnen die wirkliche Gefahr droht: wir müssen ihnen konkret zeigen, wer dem Bauern die Last der Steuern und Abgaben aufbürdet, aus ihm Wucherzinsen herauspresst, wer selbst den besten Boden und alle Reichtümer besitzt, aber den Bauern und seine Familie von seiner Scholle vertreibt und ihn der Arbeitslosigkeit und dem Elend preisgibt. Wir müssen konkret aufzeigen, geduldig und beharrlich erklären, wer Handwerker und Gewerbetreibende durch Steuern, Gebühren, hohen Pachtzins und für sie unerträgliche Konkurrenz ruiniert; wer die breiten Massen der werktätigen Intelligenz auf die Straße wirft und arbeitslos macht.

Aber das genügt nicht. Das Grundlegende, das Entscheidendste, für die Herstellung der antifaschistischen Volksfront ist die entschiedene Aktion des revolutionären Proletariats zur Verteidigung der Forderungen dieser Schichten und insbesondere der werktätigen Bauernschaft, der Forderungen, die den Grundinteressen des Proletariats entsprechen, wobei man im Laufe des Kampfes die Forderungen der Arbeiterklasse mit diesen Forderungen verknüpfen muss.

Von großer Bedeutung für die Schaffung der antifaschistischen Volksfront ist das richtige Herangehen an jene Organisationen und Parteien, denen die werktätige Bauernschaft und die Hauptmassen des städtischen Kleinbürgertums in großer Zahl angehören.

In den kapitalistischen Ländern befinden sich die meisten dieser Parteien und Organisationen - sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen – noch unter dem Einfluss der Bourgeoisie und leisten ihr Gefolgschaft. Die soziale Zusammensetzung dieser Parteien und Organisationen ist nicht einheitlich. In ihnen befinden sich reiche Großbauern neben landlosen Bauern, große Geschäftsleute neben kleinen Krämern, aber die Führung in ihnen gehört den ersten, den Agenten des Großkapitals. Das verpflichtet uns, an diese Organisationen in verschiedener Weise heranzutreten, zu berücksichtigen, dass die Mitglieder Masse oft das wahre politische Gesicht ihrer eigenen Leitung nicht kennt.

Unter bestimmten Umständen können und müssen wir unsere Anstrengungen darauf richten, diese Parteien und Organisationen oder einzelne Teile von ihnen trotz ihrer bürgerlichen Leitung für die antifaschistische Volksfront zu gewinnen. [...] Aber unabhängig davon, ob Aussichten auf die Gewinnung solcher Parteien und Organisationen für die Volksfront bestehen, muss unsere Taktik unter allen Umständen darauf gerichtet sein, die ihnen angehörenden Kleinbauern, Handwerker, Gewerbetreibende usw. in die antifaschistische Volksfront hineinzuziehen.

Ihr seht also, dass wir hier auf der ganzen Linie aufräumen müssen mit der in unserer Praxis nicht selten vorkommenden Ignorierung, Geringschätzung der verschiedenen Organisationen und Parteien der Bauernschaft, der Handwerker und der Massen des städtischen Kleinbürgertums.“ (...)

Über die Regierung der Einheitsfront

Genossen! Wir haben einen entschlossenen, kühnen Kurs auf die Einheitsfront der Arbeiterklasse eingeschlagen und sind bereit, ihn mit aller Konsequenz zu verfolgen.

Wenn man uns fragen wird, ob wir Kommunisten nur im Kampf für die Teilforderungen auf dem Boden der Einheitsfront stehen oder ob wir bereit sind, die Verantwortung selbst dann zu teilen, wenn es sich um die Bildung einer Regierung auf dem Boden der Einheitsfront handeln wird, so werden wir im vollen Bewusstsein der Verantwortung sagen: jawohl, wir ziehen in Betracht, dass eine solche Lage eintreten kann, wo die Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront nicht nur möglich, sondern auch im Interesse des Proletariats notwendig sein wird.

Und wir werden in diesem Falle ohne alle Schwankungen für die Schaffung einer solchen Regierung eintreten.

Ich spreche hier nicht von einer Regierung, die nach dem Sieg der proletarischen Revolution gebildet werden kann.

Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass in irgendeinem Lande gleich nach dem revolutionären Sturz der Bourgeoisie eine Sowjetregierung auf der Basis eines Regierungsblocks der Kommunistischen Partei mit einer bestimmten Partei (oder ihrem linken Flügel), die an der Revolution teilnimmt, gebildet werden kann. Die siegreiche Partei der russischen Bolschewiki hat bekanntlich nach der Oktoberrevolution in die Sowjetregierung auch Vertreter der linken Sozialrevolutionäre aufgenommen. Das war eine Besonderheit der ersten Sowjetregierung nach dem Sieg der Oktoberrevolution.

Es handelt sich nicht um einen solchen Fall, sondern um die mögliche Bildung einer Regierung der Einheitsfront am Vorabend und vor dem Sieg der Sowjetrevolution.

Was ist das für eine Regierung? Und in welcher Situation kann von ihr die Rede sein?

Das ist vor allem eine Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion. Das muss eine Regierung sein, die als Ergebnis der Einheitsfrontbewegung entstanden ist und die in keiner Weise die Tätigkeit der Kommunistischen Partei und der Massenorganisationen der Arbeiterklasse einschränkt, sondern im Gegenteil, entschiedene Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Finanzmagnaten und ihre faschistischen Agenten trifft.

Im geeigneten Moment, gestützt auf die ansteigende Einheitsfrontbewegung, wird die Kommunistische Partei des gegebenen Landes für die Schaffung einer solchen Regierung auf der Basis einer bestimmten antifaschistischen Plattform eintreten. (...)

Die erste Reihe von Fehlern zeigt sich dadurch, dass die Frage der Arbeiterregierung nicht klar und fest mit dem Vorhandensein einer politischen Krise verknüpft wurde. Dadurch konnten die Rechtsopportunisten die Sache in dem Sinne auslegen, dass die Bildung einer von der kommunistischen Partei unterstützten Arbeiterregierung in jeder beliebigen, sozusagen »normalen« Situation anzustreben sei. Die Ultralinken dagegen anerkannten lediglich eine solche

Arbeiterregierung, die nur durch den bewaffneten Aufstand, nach dem Sturz der Bourgeoisie geschaffen werden kann. Das eine wie das andere war falsch und deswegen betonen wir jetzt - zur Vermeidung der Wiederholung ähnlicher Fehler - so nachdrücklich die genaue Berücksichtigung der besonderen konkreten Bedingungen der politischen Krise und des Aufschwungs der Massenbewegung, unter denen sich die Schaffung einer Regierung der Einheitsfront möglich und politisch notwendig erweisen kann.

Die zweite Reihe von Fehlern war dadurch bedingt, dass die Frage der Arbeiterregierung nicht mit der Entwicklung der kämpferischen Massenbewegung der Einheitsfront verknüpft wurde. Deshalb hatten die Rechtsopportunisten die Möglichkeit, die Frage zu entstellen und sie zur prinzipienlosen Taktik der Blockbildung mit den sozialdemokratischen Parteien auf der Basis rein parlamentarischer Kombinationen hinauslaufen zu lassen. (...)

Während die sozialdemokratische Regierung ein Werkzeug der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Systems darstellt, ist die Regierung der Einheitsfront ein Organ der Zusammenarbeit der revolutionären Avantgarde des Proletariats mit anderen antifaschistischen Parteien im Interesse des gesamten werktätigen Volkes, eine Regierung des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion. Es ist klar, dass dies zwei grundverschiedene Dinge sind.

Andererseits betonen wir, dass es notwendig ist, den Unterschied zwischen zwei verschiedenen Lagern der Sozialdemokratie zu sehen. Wie ich bereits gesagt habe, existiert ein reaktionäres Lager der Sozialdemokratie, es existiert und wächst aber zugleich das Lager der linken Sozialdemokraten (ohne Gänsefüßchen), der sich revolutionierenden Arbeiter. Der entscheidende Unterschied zwischen ihnen in der Praxis besteht in ihrer Haltung gegenüber der Einheitsfront der Arbeiterklasse. Die reaktionären Sozialdemokraten sind gegen die Einheitsfront; sie verleumdern die Einheitsfrontbewegung, sabotieren und zersetzen sie, denn die Einheitsfront durchkreuzt ihre Politik des Kompromisses mit der reaktionären Bourgeoisie. Die linken Sozialdemokraten sind für die Einheitsfront; sie verteidigen, entwickeln und stärken die Einheitsfrontbewegung. Da diese Einheitsfrontbewegung eine Kampfbewegung gegen Faschismus und Reaktion ist, wird sie ständig die Triebkraft sein, die die Regierung der Einheitsfront zum Kampfe gegen die reaktionäre Bourgeoisie treibt. Je stärker sich diese Massenbewegung entfalten wird, umso größer

wird die Kraft sein, die sie der Regierung zum Kampf gegen die Reaktionäre verleihen kann. Und je besser diese Massenbewegung von unten organisiert sein wird, je umfassender das Netz der überparteilichen Klassenorgane der Einheitsfront in den Betrieben, unter den Erwerbslosen, in den Arbeitervierteln, unter den kleinen Leuten in Stadt und Land sein wird, desto größer werden die Garantien gegen die eventuelle Entartung der Politik der Einheitsfrontregierung sein.

Die dritte Reihe von falschen Ansichten, die in den früheren Debatten zum Ausdruck gekommen waren, betraf gerade die praktische Politik der »Arbeiterregierung«. Die Rechtsopportunisten waren der Ansicht, dass die »Arbeiterregierung« sich an den »Rahmen der bürgerlichen Demokratie« halten müsse und folglich keinerlei Schritte unternehmen dürfe, die über diesen Rahmen hinausgehen. Die Ultralinken verzichteten dagegen faktisch auf jedweden Versuch, eine Einheitsfrontregierung zu schaffen.

Im Jahre 1923 konnte man in Sachsen und Thüringen ein anschauliches Bild der rechtsopportunistischen Praxis einer »Arbeiterregierung« sehen. Der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung zusammen mit den linken Sozialdemokraten (Zeigner-Gruppe) war an und für sich kein Fehler, im Gegenteil, dieser Schritt wurde durch die revolutionäre Situation in Deutschland vollauf gerechtfertigt. Aber als die Kommunisten sich an der Regierung beteiligten, hätten sie ihre Positionen vor allem zur Bewaffnung des Proletariats ausnützen müssen. Sie haben das nicht getan. Sie haben nicht einmal eine einzige Wohnung der Reichen beschlagnahmt, obwohl die Wohnungsnot der Arbeiter so groß war, dass viele von ihnen mit Frau und Kind kein Obdach hatten. Sie unternahmen auch nichts, um die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter zu organisieren. Überhaupt verhielten sie sich wie gewöhnliche parlamentarische Minister »im Rahmen der bürgerlichen Demokratie«. Wie bekannt, war das das Resultat der opportunistischen Politik Brandlers und seiner Gesinnungsgenossen. Das Endergebnis war ein solcher Bankrott, dass wir auch heute noch gezwungen sind, die sächsische Regierung als klassisches Beispiel dafür anzuführen, wie sich Revolutionäre in der Regierung nicht verhalten dürfen.

Genossen! Wir verlangen von jeder Einheitsfrontregierung eine ganz andere Politik. Wir verlangen von ihr, dass sie bestimmte, der Situation entsprechende revolutionäre Grundforderungen verwirklicht, so z.B. Produktionskontrol-

le, Kontrolle über die Banken, Auflösung der Polizei, ihre Ersetzung durch eine bewaffnete Arbeitermiliz usw.

Vor fünfzehn Jahren hat uns Lenin aufgefordert, unsere ganze Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren, »Formen des Übergangs oder des Herankommens an die proletarische Revolution ausfindig zu machen«. Möglicherweise wird die Einheitsfrontregierung in einer Reihe von Ländern sich als eine der wichtigsten Übergangsformen erweisen. Die »linken« Doktrinäre haben sich stets über diesen Hinweis Lenins hinweggesetzt, als beschränkte Propagandisten haben sie immer nur vom »Ziel« gesprochen, ohne sich je um die »Übergangsformen« zu kümmern. Die Rechtsopportunisten aber versuchten, ein besonderes »demokratisches Zwischenstadium« zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats herzustellen, um in der Arbeiterschaft die Illusion eines friedlichen parlamentarischen Spazierganges aus der einen Diktatur in die andere zu erwecken. Dieses fiktive »Zwischenstadium« nannten sie auch »Übergangsform« und beriefen sich sogar auf Lenin! (...)

Genügt aber zur Herstellung der Einheitsfront der kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien ein Abkommen über den Kampf gegen den Faschismus, die Kapitaloffensive und den Krieg, so ist die Schaffung der politischen Einheit nur auf der Grundlage einer Reihe von bestimmten Bedingungen prinzipiellen Charakters möglich.

Diese Vereinigung ist nur möglich:

- erstens, unter der Bedingung der vollständigen Unabhängigkeit von der Bourgeoisie und des vollständigen Aufgebens des Blocks der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie;
- zweitens, unter der Bedingung, dass vorher die Aktionseinheit hergestellt wird;
- drittens, unter der Bedingung, dass die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie und der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in der Form von Sowjets anerkannt wird;
- viertens, unter der Bedingung, dass darauf verzichtet wird, die eigene Bourgeoisie im imperialistischen Krieg zu unterstützen;

° fünftens, unter der Bedingung, dass die Partei auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut wird, der die Einheit des Willens und der Aktion gewährleistet und an Hand der Erfahrung der russischen Bolschewiki erprobt wurde. (...)

Ja, Genossen, wir sind für die einheitliche politische Massenpartei der Arbeiterklasse. Daher aber die Notwendigkeit, wie Genosse Stalin sagt: ‚einer Kampfpartei, einer revolutionären Partei, die kühn genug ist, um das Proletariat in den Kampf um die Macht zu führen, die genügend Erfahrung hat, um sich in den komplizierten Verhältnissen der revolutionären Situation zurechtzufinden und genügend Elastizität besitzt, um allen Klippen auf dem Wege zum Ziele auszuweichen.‘

Daher ist es notwendig, die politische Vereinigung auf Grund der angeführten Bedingungen anzustreben.

Wir sind für die politische Einheit der Arbeiterklasse! Deshalb sind wir bereit, mit allen Sozialdemokraten, die für die Einheitsfront sind und die Vereinigung nach den erwähnten Grundsätzen aufrichtig unterstützen, auf das engste zusammenzuarbeiten. (...)

Wir begrüßen das zunehmende Streben der sozialdemokratischen Arbeiter nach der Einheitsfront mit den Kommunisten. In dieser Tatsache erblicken wir das Erstarken ihres revolutionären Bewusstseins und die beginnende Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse. In der Überzeugung, dass die Aktionseinheit eine dringende Notwendigkeit und der sicherste Weg zur Schaffung auch der politischen Einheit des Proletariats ist, erklären wir, da die Kommunistische Internationale und ihre Sektionen bereit sind, Verhandlungen mit der II. Internationale und ihren Sektionen aufzunehmen über die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die Kapitaloffensive, gegen den Faschismus und gegen die Gefahr eines imperialistischen Krieges.“

Theoretische und historische Reflexionen über die Auswirkungen der Volksfrontpolitik

Frank Flegel: Thesen zu den Auswirkungen der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der KI 1935 auf die kommunistische Bewegung

Im folgenden sollen die langfristigen Folgen und Gefahren, die durch die Volksfronttaktik entstanden sind, thesenhaft angesprochen werden. Das Ganze wirkt wie eine Fundamentalkritik, ist es aber nicht, denn die dargestellten Gefahren sind keine zwangsläufigen Folgen, sondern bedürfen, um wirksam zu werden, der Abweichung vom Marxismus-Leninismus. Eine der folgenschwersten war dabei, dass das, was beim VII. Weltkongress der KI als eine „Taktik“ bezeichnet wurde und was Stalin zu Beginn des II. Weltkrieges Anfang September 1939 eine „Losung“ nannte, unter der Hand zu einer „Strategie“ aufgeblasen und schließlich wie ein Dogma behandelt, d.h. als allgemeingültig, nicht mehr als historisch-konkret angesehen wurde.

Die Genossin Julia Meinke hat das in ihren Ausführungen sehr klar ausgedrückt: *„Die unterschiedlichen Interpretationen der „Einheitsfront“ und „Volksfront“ führen bspw. einerseits häufig dazu, dass der Fokus nicht darauf liegt, proletarische Massen für die Revolution zu gewinnen und die Sozialdemokratie zu entlarven, sondern eine „Sammlungsbewegung“ für diverse reformistische Ziele oder im vermeintlich antifaschistischen (Abwehr)Kampf zu erreichen oder die revolutionären Ziele und Prinzipien zugunsten von reformistischer Regierungsbeteiligung abzulegen.“*

1. Grundsätzlich vorhandene Risiken und Gefahren der Volksfronttaktik:

1.1. ...für das Verständnis des Wirkens des Wertgesetzes und der Mehrwertproduktion. Diese gibt es wegen der Sonderrolle, die einem Teil des Kapitals, nämlich dem monopolistischen, zugeschrieben wurde und wird. Das Monopol- und Finanzkapital wird als „Hauptbösewicht“ gesehen, Mittelstand und Kleinbürgertum als potentielle Bündnispartner des Proletariats. Die deutschen Faschisten hatten schon eine ähnliche Parole: „Das böse raffende und das gute

schaffende Kapital.“ Diese Orientierung birgt die Gefahr in sich, die grundsätzlichen Einsichten in die Dynamik des Wertgesetzes abzuflachen und die Kapitalismus-Analyse auf den parasitären Charakter des Monopolkapitals zu verengen. Die Kritik gilt dann nicht mehr der Herrschaft des Wertgesetzes, sondern nur noch der Raffsucht des Großkapitals.

1.2. ...für die Klassentheorie. Die mit der Volksfront angestrebte partielle Zusammenarbeit des Proletariats mit der kleinen und mittleren Bourgeoisie zur Abwehr des Faschismus führte und führt auch heute noch zur Vernebelung der marxistischen Klassentheorie und damit zur Erosion des Ziels der kommunistischen Bewegung, einer Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, damit der Eliminierung der Klasse dieser Besitzer und der Einführung einer geplanten Ökonomie zum Aufbau der klassenlosen Gesellschaft. Die Losung „Das Übel an der Wurzel packen, die Macht der Monopole knacken“ zeigt diese Verkürzung sehr anschaulich. Die Macht der Monopole ist nur der höchste Auswuchs der Herrschaft des Wertes in der Ökonomie. Und man muss immer die Ursache und nicht nur die Wirkung bekämpfen.

1.3. ...für die Staatstheorie. Es entstand die Vorstellung, die mittlere und kleine Bourgeoisie könnte nicht nur in einer konkreten historischen Situation ein - auch dann schwankender und unzuverlässiger - Bündnispartner der Arbeiterklasse sein, sondern sei dies allgemein, so dass dem entsprechend der Staat als allein vom Monopolkapital beherrscht dargestellt wird und damit nicht mehr als der „ideelle Gesamtkapitalist“ begriffen, sondern als Vertreter vor allem einer bestimmten Kapitalfraktion verstanden werden soll.

1.4. ...wegen der Gefahr des Strebens der kommunistischen Parteien nach Breite statt nach Klarheit und der daraus folgenden Stärkung des Opportunismus und der inneren ideologischen Aufweichung.

1.5. ...wegen des Hinüberwachsens einer zeitlich begrenzten Taktik zu einer allgemeingültigen, kaum noch reflektierbaren, weil fast schon einem Dogma ähnelnden und zeitlich nicht mehr begrenzten Strategie.

2. Konkret-historische Erfahrungen mit der Volksfronttaktik vor, im und nach dem II. Weltkrieg, drei Beispiele:

2.1. Spanien (Spanischer Bürgerkrieg), Schwanken zwischen dem Verständnis der Volksfront als einerseits einem strategischen Bündnis auf unbestimmte Zeit und andererseits der Volksfront als einem Bündnis zur Verhinderung der faschistischen Diktatur mit der Klarheit darüber, dass im Anschluss an den erhofften Sieg über den Franco-Faschismus eine Entscheidung erkämpft werden muss zwischen zwei Alternativen: Spanien als kapitalistischem Land mit bürgerlichem Parlamentarismus oder Spanien als Land einer sozialistischen Umgestaltung. Die Entscheidung blieb aus, weil die Faschisten den Krieg gewonnen haben.

2.2. Italien (Resistenza), Volksfront während des Mussolini-Regimes und der deutschen Besatzungszeit gegen den Faschismus an der Macht. Nach der Niederlage des italienischen Faschismus vollzieht die KPI den Übergang weg vom Kampf um den Sozialismus und hin zu einer Beteiligung am bürgerlichen Parlamentarismus. Schritt eins: Beteiligung an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, Bedingung: Entwaffnung der Resistenza. In der Resistenza waren ca. 250.000 Mann unter Waffen organisiert, die italienische Bourgeoisie hatte keinen Staatsapparat mehr und keine nennenswerten bewaffneten Kräfte.²⁹

2.3. Frankreich (Résistance), Volksfront als Bündnis der KPF mit sozialdemokratischen, kleinbürgerlichen und großbürgerlichen Kräften. Die Gründung der Résistance ging von General de Gaulle aus, war gegen die Besatzung durch das faschistische Deutschland gerichtet und von vornherein ein nationaler, nicht klassengebundener Kampf um die Unabhängigkeit der Nation. Dem entsprechend wurde General de Gaulle nach der durch die West-Alliierten vollzogenen Befreiung Frankreichs vom deutschen Faschismus Regierungschef des imperialistischen, sich damals noch Kolonien haltenden Staates Frankreich. Und das heißt, dass die Kommunisten im Resultat mitgeholfen hatten, eine Regierung des französischen Monopolkapitals wieder herzustellen.

²⁹ Siehe hierzu auch die in diesem Heft abgedruckte Arbeit von Gerhard Feldbauer: „Warum 1945 in Italien die Revolution ausfiel“, Quelle: „Schattenblick“

3. Tatsächliche ideologische und praktische Auswirkungen der Volksfrontpolitik auf die kommunistische Weltbewegung nach dem II. Weltkrieg und vor allem seit Chruschtschow

3.1. Die Einheits- und Volksfrontpolitik wird allgemeingültig.

Es ist ein Unterschied zu machen zwischen den kapitalistischen Ländern Westeuropas und den Ländern, die durch die Rote Armee vom deutschen Faschismus befreit worden waren und in denen es eine sowjetische Übergangsverwaltung gab.

Dort war die Machtfrage geklärt, die Bourgeoisien verfügten über keine militärischen Kräfte mehr. Für uns das leuchtende Beispiel ist die Sowjetische Besatzungszone in Deutschland: Hier war die Gründung der SED als Einheitspartei von KPD und SPD und die Bildung des antifaschistisch-demokratischen Blocks ein sehr erfolgreiches Modell, um den sozialdemokratischen und kleinbürgerlichen Widerstand gegen eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft einzuhegen und unschädlich zu machen. Man darf aber nie vergessen, dass das unter recht einmaligen historischen Bedingungen geschah. Historisch-Konkretes ist nicht unbedingt auch etwas Allgemeingültiges.

In West- und Mitteleuropa hingegen waren die Sieger gegen den deutschen Faschismus Truppen kapitalistischer Staaten. Dem entsprechend bestand dort das Interesse, die Kräfte der dortigen Bourgeoisien wiedereinzusetzen, den bürgerlichen Parlamentarismus zu installieren und erneut die vor dem Krieg herrschenden ökonomischen Verhältnisse herzustellen – jetzt ohne faschistisches Herrschaftssystem, aber immer noch als Bollwerk gegen den Sozialismus.

3.2. Die These vom „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ (Chruschtschow). Wenn jemand behauptet, dass man mittels des bürgerlichen Staates die bürgerliche, also kapitalistische Ökonomie überwinden könne, liegt die völlige Auflösung der marxistischen Staatstheorie vor. Die These vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ gehört ebenfalls hierher, denn sie ist nur eine Variante dieser Chruschtschow-These. Hier wird die Illusion genährt, man könne den bürgerlichen Staat mittels Parlamentswahlen zu einer „Antimonopolistischen Demokratie“ machen. Diese „Antimonopolistische Demokratie“ könne dann den Weg zum Sozialismus öffnen. Wir haben hier

also ebenfalls die Vorstellung der Instrumentalisierung des bürgerlichen Staates für nicht-kapitalistische Ziele, was ein Ding der Unmöglichkeit ist.

3.3. Die Entwicklung des „Eurokommunismus“ in großen europäischen KPs, vor allem in Italien, Spanien, Frankreich, die den Übergang der Kommunistischen Partei in eine im Spektrum des bürgerlichen Politikbetriebes mitwirkenden, reformistische Formation nach sich zog. Beispiel: Die italienische Partei ließ in diesem Zusammenhang verlauten, dass die NATO der Garant für den italienischen Weg zum Sozialismus sein könne. Schließlich löste sich die italienische Partei selbst auf. In diesen Auflösungsprozess fiel die Gründung der „Rifondazione“ durch Genossen/innen, die an der Existenz einer kommunistischen Partei festhalten wollten, aber auch die Rifondazione gibt es heute nicht mehr. Die Französische Partei vollzog eine „Mutation“ weg vom Marxismus-Leninismus, die spanische distanzierte sich vom „sowjetischen Modell“, akzeptierte die parlamentarische Demokratie und die konstitutionelle Monarchie. Immerhin existieren die beiden letztgenannten Parteien noch, aber viel ist von ihnen, die eins großen und stolzen Parteien waren, heute nicht mehr übrig.

3.4. Folgen für die Imperialismustheorie. Kurz zum ökonomischen Zusammenhang: Die Monopolbourgeoisie saugt tatsächlich auch die mittlere und kleine Bourgeoisie aus, indem sie mittels Marktmacht Teile des dort produzierten Mehrwerts abschöpft. Und nun wird dieser Interessenkonflikt um die Profithöhe zwischen unterschiedlichen Fraktionen des Kapitals umgedeutet in einen fortschrittlichen Charakter der Klein- und Mittelbourgeoisie, was eine direkte Folge des Volksfrontverständnisses als Strategie ist. Auf dieser Grundlage kann man von breiten Bündnissen träumen, sie werden aber nie zum Sozialismus führen.

Und das ist nicht alles: man bezieht das Ganze dann auch auf die internationale Ebene, was heißt, dass die Existenz von Staaten behauptet wird, die zwar kapitalistisch, aber trotzdem antiimperialistisch und deshalb fortschrittlich seien, womit die Erosion der Leninschen Imperialismustheorie einhergeht. Das zeigt sich inzwischen seit mehr als zwei Jahren am Beispiel des Ukraine-Kriegs, der die Frage des ökonomischen Charakter Russlands aufwarf und zu schmerzhaften Spaltungen führte wie (im Großen) zur Auflösung der „Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas“, die am 1.10.2013 gegründet am 9.9.2023 aufgelöst wurde und (im Kleinen) neben innerorganisa-

torischen Spannungen in mehreren kommunistischen Organisationen an der Spaltung der ehemaligen KO.

4. Fazit:

Die Volksfronttaktik konnte in einer historisch-konkreten Situation wie in der bereits erwähnten nach dem Zweiten Weltkrieg in den Staaten, in denen die Rote Armee stand und in denen deshalb die Bourgeoisie weder über bewaffnete Kräfte noch über einen Staatsapparat verfügte, zeitlich befristet und unter genauer Beobachtung ihrer Risiken angemessen sein und wäre das unter ähnlichen Bedingungen sicherlich auch nochmals. Nur sind die Bedingungen inzwischen nicht mehr so und werden es in absehbarer näherer Zukunft auch nicht werden.

Als allgemeingültige Strategie aber gehört die Volksfrontpolitik dem Arsenal des Revisionismus an und birgt in sich das Potenzial, die kommunistische Partei zu zerstören. Historische Beispiele dafür gibt es inzwischen genug.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die folgenden Textauszüge aus Dimitroffs Tagebüchern, es geht um das Jahr 1939, 7. September, also sieben Tage nach Beginn des II. Weltkrieges durch den Überfall des deutschen Faschismus auf Polen:

Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933 – 1943³⁰

Sitzung des EKKI

7.9.1939: Im Kreml Stalin, Molotow, Shdanow und Dimitroff.

Stalin:

„Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt – (arme und reiche im Hinblick auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Neuaufteilung der Welt, um die Weltherrschaft! (...)

Die Kommunisten der kapitalistischen Länder müssen entschieden gegen ihre Regierungen, gegen den Krieg auftreten.

³⁰ Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933 –1943, hg. Bernhard Bayerlein, Berlin 2000, Band 1, S. 273ff

Bis zum Krieg war es völlig richtig, dem Faschismus das demokratische Regime entgegenzustellen. Während des Krieges zwischen den imperialistischen Mächten ist das schon nicht mehr richtig.

Die Unterscheidung der kapitalistischen Länder in faschistische und demokratische Länder hat ihren bisherigen Sinn verloren. Der Krieg hat einen grundlegenden Bruch herbeigeführt.

Die Einheitsvolksfrontpolitik von gestern diente dazu, die Lage der Sklaven im kapitalistischen Regime zu erleichtern. Unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges steht die Frage nach der Vernichtung der Sklaverei!

Heute Positionen des gestrigen Tages einzunehmen (Einheitsvolksfont, Einheit der Nation) – bedeutet, auf die Positionen der Bourgeoisie abzuleiten.

Diese Losung wird zurückgenommen. (...)

Man muss der Arbeiterklasse sagen,

-dass der Krieg um die Weltherrschaft geführt wird;

- dass die Herren der kapitalistischen Länder für ihre imperialistischen Interessen kämpfen;

- dass dieser Krieg den Arbeitern, den Werktätigen nicht bringen wird außer Leid und Entbehrung.

- Wir müssen entschieden gegen den Krieg und seine Schuldigen auftreten.

- Entlarven Sie die Neutralität, die bourgeoise Neutralität der Länder, die bei sich für Neutralität eintreten und den Krieg in anderen Ländern mit dem Ziel der Bereicherung unterstützen.

Es ist notwendig, Thesen des Präsidiums des EKKI vorzubereiten und zu veröffentlichen.³¹

³¹ a.a.O., S. 273f

8.9.1939

Haben eine Direktive für die kommunistischen Parteien vorbereitet:

„Der gegenwärtige Krieg ist ein imperialistischer, ungerechter Krieg, an dem die Bourgeoisie aller kriegführender Staaten gleich schuldig ist. In keinem Land darf weder die Arbeiterklasse, umso weniger die kommunistische Partei, den Krieg unterstützen. Die Bourgeoisie führt den Krieg nicht gegen den Faschismus, wie es Chamberlain und die Führer der Sozialdemokratie behaupten. Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen kapitalistischer Länder um die Weltherrschaft geführt. (...)

Der Krieg hat die Lage wesentlich verändert. Die Teilung der kapitalistischen Staaten in faschistische und demokratische hat jetzt die frühere Bedeutung verloren. Dementsprechend muss die Taktik geändert werden. Die Taktik der Kommunistischen Parteien in allen kriegführenden Ländern ist, in dieser Etappe des Krieges gegen den Krieg aufzutreten, seinen imperialistischen Charakter zu entlarven; dort, wo kommunistische Deputierte vorhanden sind, gegen Kriegskredite zu stimmen; den Massen zu erklären, dass der Krieg ihnen nichts anderes als Last und Ruin bringen wird. In den neutralen Ländern muss man die Regierungen entlarven, die für Neutralität ihrer Länder auftreten, aber zwecks Profit den Krieg in anderen Ländern unterstützen – wie es die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in Bezug auf Japan und China macht. Die kommunistischen Parteien müssen überall zu einer entschiedenen Offensive gegen die verräterische Politik der Sozialdemokratie übergehen.

Die kommunistischen Parteien, besonders Frankreichs, Englands, Belgiens und der Vereinigten Staaten von Amerika, welche im Gegensatz zu dieser Einstellung auftraten, müssen sofort ihre politische Linie korrigieren.“³²

9.9.1939

Sitzung des Sekretariats: Diskussion und Annahme der Direktive durch die Parteien.

³² a.a.O., S. 274f.

An die Kommunistische Partei Frankreichs, Maurice Thorez, war bereits am 1.9.1939 folgendes Telegramm geschickt worden:

„Wir meinen, dass Sie keine Erklärung über die widerspruchslose Unterstützung der Regierung Daladier/Bonnet abgeben sollten. Sie sollten unserer Meinung nach etwa folgende Position beziehen:

Durch ihren Verrat an der Tschechoslowakei, Spanien, München, durch die Zerstörung der kollektiven Sicherheit hat die Regierung Daladier-Bonnet das faschistische Deutschland gestärkt; indem diese Regierung der Politik der englischen Provokateure eines Krieges gegen die UdSSR folgte, versetzte sie der UdSSR einen Schlag und brachte das französische Volk an den Rand des Krieges. Einer solchen Regierung darf man die Verteidigung des Landes nicht anvertrauen. Es bedarf einer Regierung, die das Volk um sich scharen würde, anstatt die Kräfte des Volkes durch eine verbrecherische Verfolgung der Partei der Arbeiterklasse zu spalten. Übermitteln Sie Pollitt, dass die Haltung der englischen KP nach unseren Informationen richtig ist und dass sie konsequent gewahrt werden muss. Bestätigen Sie den Empfang und teilen Sie uns Ihre Meinung mit.“³³

Gerhard Feldbauer: Warum 1945 in Italien die Revolution ausfiel³⁴

Nach der Niederlage des Faschismus Ende April 1945 standen die Linken - Kommunisten, Sozialisten und Aktionisten [1] - vor der Entscheidung über die gesellschaftliche Perspektive. Dazu bestand eine klassische revolutionäre Situation, die bis zum Spätherbst anhielt: [2]

Der italienische Imperialismus war militärisch geschlagen, seine ökonomischen und politischen Positionen ernsthaft erschüttert. Er verfügte über keine ihm hörige Regierung mehr. Die großbourgeois Vertreter in der antifaschistischen Einheitsregierung befanden sich in der Minderheit und mussten lavieren.

³³ a.a.O., S. 272

³⁴ Quelle: © 2020 by Gerhard Feldbauer, Schattenblick, 9. Juni 2020

Das von Kommunisten und Sozialisten 1934 geschlossene Aktionseinheitsabkommen war 1937 während des gemeinsamen Kampfes zur Verteidigung der Spanischen Republik mit einem klaren antiimperialistischem Bekenntnis und dem Ziel, Faschismus und Kapitalismus zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, vertieft worden. Eine Demokratische Republik unter Führung der Arbeiterklasse sollte errichtet werden, in der die ökonomischen Grundlagen der Reaktion und des Faschismus durch "Nationalisierung des Monopolkapitals in der Industrie und im Bankwesen" und "die Vernichtung jeder Art von Feudalismus auf dem Lande" beseitigt werden sollten. [3]

Die Kommunalwahlen im März 1946 und die im Juni folgenden Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung zeigten, über welche Massenbasis IKP und ISP verfügten. Sie erreichten zusammen jeweils rund 40 Prozent der Stimmen. Beide Wahlen fanden bereits im restaurativen antikommunistischen Klima der zum Gegenangriff übergegangenen Konterrevolution statt. Unmittelbar nach Kriegsende dürfte ein noch größerer Anteil der Bevölkerung hinter den Arbeiterparteien gestanden haben.

Das Comitato di Liberazione Nazionale (CLN) wurde von IKP und ISP sowie der Aktionspartei dominiert. Auf dieser Grundlage besaßen die Linksparteien auch ein Übergewicht in der nationalen Einheitsregierung. [4] Im Juni 1945 zwangen sie den Ministerpräsidenten Ivanhoe Bonomi von den Liberalen zum Rücktritt. Die Democrazia Cristiana (DC) lehnte den von IKP und ISP vorgeschlagenen Sozialisten Pietro Nenni [5] ab und benannte stattdessen aus ihren Reihen Alcide De Gasperi [6], den ihrerseits die Linken nicht akzeptierten. Diese erreichten die Berufung des Aktionisten Ferruccio Parri. [7] Nach dessen Rücktritt im Dezember 1945 setzte die DC die Ernennung von De Gasperi durch.

In den meisten Städten und Gemeinden Norditaliens, die von den Partisanen befreit worden waren, übten im Frühjahr 1945 die mehrheitlich aus Kommunisten und Sozialisten bestehenden Komitees des CLNAI die Macht aus und leiteten antiimperialistische revolutionär-demokratische Umgestaltungen ein. Im Süden hatten Landarbeiter, Tagelöhner und Halbpächter das Land der durchweg zu den Faschisten gehörenden Latifundistas besetzt. Die IKP hatte in der Einheitsregierung ein Dekret durchgesetzt, das die Inbesitznahmen legalisierte.

Es standen weit über eine halbe Million Mann unter Waffen. In der gut organisierten 256.000 Kämpfer zählenden Partisanenarmee stellte die IKP mit ihren Garibaldi-Brigaden 155.000 Mann und hatte mit 42.000 von insgesamt 70.000 Gefallenen auch die meisten Opfer gebracht. Weitere 206.000 Partisanen, meist Kommunisten, waren in den örtlichen Gruppi di Azione Patriottica (GAP) organisiert. Ihnen hatten sich während des bewaffneten Aufstandes Zehntausende weitere Kämpfer angeschlossen. Alle Partisanenformationen bestanden zu 85 bis 90 Prozent aus Arbeitern und Bauern. [8] Sie bildeten den Kern einer kampffenschlossenen Basis. Es ging um eine antiimperialistische revolutionär-demokratische Umgestaltung.

Der Krieg des Faschismus hatte in der Wirtschaft und im Leben der Menschen unermessliche Schäden angerichtet. Etwa zehn Prozent der Industrieanlagen und fast zwei Drittel der Infrastruktur waren zerstört, davon 40 Prozent des Eisenbahnnetzes und 60 Prozent der Straßen und Brücken sowie fast alle Transportmittel. Neben einem Großteil der Wohnungen lagen 40 Prozent aller öffentlichen Gebäude in Trümmern. Die landwirtschaftliche Produktion war um ein Drittel gesunken. Etwa zwei Millionen Menschen waren arbeitslos: frühere Soldaten, aus der Gefangenschaft oder der Internierung Heimkehrende und aus der Rüstungsindustrie Entlassene. Die Landwirtschaft zählte 600.000 Unterbeschäftigte.

In dem auf der Tagesordnung stehenden revolutionärem Prozess stand die IKP vor der Aufgabe, zusammen mit der ISP und im Bündnis mit bürgerlichen Schichten eine antifaschistische, antiimperialistische revolutionär-demokratische Umgestaltung einzuleiten, um die politischen und sozialökonomischen Grundlagen des Faschismus zu beseitigen. Viele Gesichtspunkte sprachen dafür, dass die IKP über eine solche Umgestaltung als erster, antifaschistisch-demokratischer Etappe Grundlagen für eine spätere sozialistische Entwicklung hätte schaffen können. Dabei war von einem langfristigen Prozess auszugehen, in dessen Verlauf auch mit Stagnation und Rückschlägen gerechnet werden musste. Die angeführten Faktoren boten günstige Bedingungen, diesen Weg einzuschlagen.

Togliatti für den parlamentarischen Weg

Zu der Frage, wie eine antifaschistisch-demokratische Nachkriegsordnung zu gestalten war, gab es in der Führung der IKP keine einheitliche Meinung. Eine von Generalsekretär Palmiro Togliatti [9] angeführte Gruppe wollte das breite antifaschistische Bündnis mit den großbürgerlichen Kräften auch auf Regierungsebene weiterführen und setzte für antifaschistisch-demokratische Veränderungen auf den parlamentarischen Weg. Togliatti, der mit seiner hohen Autorität, die auch aus seiner führenden Rolle in der Komintern resultierte, diese Gruppe dominierte, setzte sich in der Nachkriegsphase in der Führung durch.

Für ein Bündnis mit der Democrazia Cristiana

Togliatti ging davon aus, dass es in der DC Kräfte gab, die antimonopolistischen Forderungen und der Enteignung des Großgrundbesitzes aufgeschlossen gegenüberstanden. In der DC formierte sich eine linke "Iniziativa Democratica", die für eine Erneuerung auf christlich-sozialer Grundlage eintrat. Ihr führender Vertreter wurde der spätere Ministerpräsident linker Zentrumsregierungen Aldo Moro. Zu ihr zählte auch der Chemieunternehmer Enrico Mattei, nach 1945 Präsident der staatlichen Energiegesellschaft ENI. Er hatte eine christdemokratische Partisanenbrigade kommandiert und gehörte zu den führenden katholischen Antifaschisten. [10] Auf diese Kreise und Beziehungen setzte Togliatti und versuchte, von dieser Kräftekonstellation ausgehend, die Zusammenarbeit mit der DC zu vertiefen und zu einer Übereinkunft ähnlich dem Aktionseinheitsabkommen mit den Sozialisten zu kommen. [11] Die Gruppierung um die "Iniziativa Democratica" konnte sich jedoch in der DC nicht durchsetzen. [12] Sie wich vor dem Druck des Vatikans, der ihre Haltung scharf kritisierte, zurück.

Hier sei zunächst an Gramscis Grundsatz erinnert, dass die IKP gegenüber den bürgerlichen Bündnispartnern des "Historischen Blocks" Zugeständnisse machen müsse, dass diese aber nicht "das Wesentliche", nämlich "die entscheidende Rolle" der "führenden Kraft", betreffen dürften, d. h. deren Orientierung auf die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft und die Herstellung einer sozialistischen Ordnung. Eine entsprechende Klarstellung in dieser Deutlichkeit seitens der IKP fehlte bereits in der Resistenza und ebenso in ihrer unmittelbaren Nachkriegsstrategie.

Ihr "Aufruf an das italienische Volk" vom September 1943 konnte zunächst in dieser Hinsicht interpretiert werden. Es hieß darin: "Die Arbeiterklasse wird die Hauptkraft sein, die das italienische Volk zum Kampf führt, um für immer die Macht der imperialistischen Kräfte, die für den räuberischen Krieg und den Ruin der Nation verantwortlich sind, zu brechen. Deshalb darf die Demokratie, die wir meinen, den rechten Kräften nicht noch einmal erlauben, sich in ihr wieder breit zu machen." Es wurde betont, dass diese Demokratie "eine Volksdemokratie" sein müsse, die sich auf die Massen stützt und in der "die Arbeiterklasse ihre Avantgarde und sichere Führung" bildet. [13] Der Begriff der Volksdemokratie tauchte in den späteren Dokumenten der IKP aber nicht mehr auf. Offensichtlich um einen Vergleich mit der Entwicklung in den Ländern Osteuropas, wo die Volksdemokratie als eine Etappe des Übergangs zum Sozialismus gesehen wurde, zu vermeiden. [14]

Togliatti orientierte sich hier zweifelsohne an der Weisung Stalins, der nach dem faschistischen Überfall auf die UdSSR die Parteien der Komintern mit Blick auf die Schaffung einer Antihitlerkoalition angewiesen hatte: "Die Frage der sozialistischen Revolution ist nicht aufzuwerfen." [15]

Longo für eine klare sozialistische Orientierung

Eine zweite Gruppe mit Luigi Longo, in der Partisanenarmee einer der beiden Oberbefehlshaber (der andere war Sandro Pertini [16] von der ISP), und dem nach ihm für Militärfragen zuständigen Pietro Secchia an der Spitze, die vor allem die Partisanen repräsentierte, trat zwar ebenfalls für zunächst antifaschistisch-demokratische Veränderungen ein, forderte jedoch eine darüber hinausweisende klare sozialistische Orientierung, die durch revolutionäre Massenaktionen zu untersetzen sei. Diese Strömung wurde auch als radikaler oder linker Flügel bezeichnet. Sie hatte starke Positionen im Parteivorstand von Mailand, aber auch dem von Turin (Sitz der FIAT-Zentrale) und Genua.

Zu den strittigen Fragen äußerte sich Longo auf einem Kongress der Provinzorganisation von Rom im Oktober 1945. Zur Fortsetzung der "Politik der nationalen Einheit auch im Frieden" verwies er warnend auf "die Spaltungsversuche der konservativen und reaktionären Kräfte innerhalb und außerhalb Italiens", welche die "Errichtung einer fortgeschrittenen Demokratie zu stören und unmöglich zu machen" suchten. Das kam insbesondere in der Weigerung der Liberalen und der Christdemokraten zum Ausdruck, Vertreter der starken

Massenorganisationen der IKP (Frauen, Jugend), aber auch der Einheitsgewerkschaft CGIL in die CLN-Organe aufzunehmen.

"Gegen die Reaktion marschieren"

Im deutlichen Gegensatz zu Togliatti forderte Longo, zur "Fortsetzung und Festigung der nationalen Einheit" genau zu präzisieren, "mit wem und gegen wen". "Wir wollen mit den Arbeitern, den Bauern, den Angestellten, Technikern, Freiberuflern, Intellektuellen, mit den Rentnern, den Heimkehrern, den Jugendlichen, den Frauen marschieren, mit einem Wort, mit allen, die arbeiten, die leiden, mit denen, die ein weniger stiefmütterliches Italien und eine bessere Menschheit erhoffen." Longo forderte, gegen "alle faschistischen Überbleibsel" vorzugehen, gegen "die Magnaten der Industrie, der Finanz und des Großgrundbesitzes". Wir müssen "gegen die Reaktion marschieren, die sich um die Monarchie gesammelt hat". Zu der an der Parteibasis heftig diskutierten Frage, ob die IKP "auf den Sozialismus verzichtet" habe, sagte Longo "nicht im Traum", womit er eindeutig die Notwendigkeit einer klaren sozialistischen Perspektive betonte. In offensichtlicher Berücksichtigung, dass sich die revolutionäre Situation im Oktober 1945 ihrem Ende zuneigte, verwies er nunmehr darauf, dass dafür jetzt die nationalen und internationalen Voraussetzungen "nicht gegeben" seien und man von der eingetretenen "Realität der italienischen Verhältnisse ausgehen" müsse. [17]

Togliatti vermied es zwar generell, eine sozialistische Perspektive zu benennen, trat jedoch für eine antifaschistisch-demokratische Umwälzung ein, die das Eigentum des Großkapitals und der Großagrarien durch Nationalisierungen und eine Agrarreform beschneiden sollte. Der kommunistische Finanzminister Mauro Scoccimarro verlangte eine sofortige Währungsreform, eine progressive Besteuerung der Vermögen und eine außerordentliche Besteuerung der Kriegs- und Spekulationsgewinne. Die Lasten des Wiederaufbaus sollten so primär den besitzenden Klassen, die sich unter dem Faschismus größtenteils bereichert hatten, auferlegt werden. Vermögenszuwachs aus den Kriegsjahren sollte, soweit er nicht aus Erbschaften oder aus Gewinnen vorher bestehender Vermögen stammte, stark progressiv besteuert, Summen über 75 Mio Lire sollten vollständig konfisziert werden; ebenso alle Reichtümer, die auf Funktionen innerhalb des faschistischen Regimes oder im Dienste der Deutschen zurückzuführen waren. [18]

Aus Verbündeten im Befreiungskrieg gegen Hitlerdeutschland wurden Gegner

Unter dem Druck führender Kapitalkreise und des Königshauses lehnten die Rechtskräfte in der DC wie auch die Liberalen die Forderungen der Arbeiterparteien ab. Diese Kreise wie auch Monarchisten, die im nationalen Befreiungskrieg Verbündete gewesen waren, wurden in der neuen Etappe Gegner. Sie suchten von Anfang an die Unterstützung der US-amerikanischen Besatzungsmacht. DC und Liberale verlangten bereits Anfang Mai 1945 von der Besatzungsmacht als wichtigsten Schritt, um IKP und ISP zu bremsen, die Entwaffnung der Partisanenarmee. [19] Damit sollte vor allem den örtlichen und regionalen Befreiungskomitees, die in Norditalien die faktischen Machtorgane waren, ihre wichtigste Stütze genommen werden.

Ein Kongress der regionalen CLN des Nordens hatte gefordert, dass die Regierung sich bis zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung bei der Ausübung gesetzgeberischer Gewalt auf das Befreiungskomitee stützen müsse. Dabei konnten sich die Kommunisten und Sozialisten auf eine Entscheidung des CLN berufen, das festgelegt hatte, dass seine Verwaltungen "eine Vorform der Regierung von morgen" darstellten, unter der es "kein reaktionäres Regime und keine lahme Demokratie geben" dürfe, sondern dass das "politische, soziale und ökonomische System echt, effektiv und demokratisch sein" müsse. [20] Auf einem Kongress der regionalen Organe des CLN des Nordens hatte Pietro Secchia, neben Luigi Longo militärischer Leiter der IKP, die Einhaltung dieses Beschlusses eingefordert und betont, dass die entscheidenden legislativen Machtorgane bis zur Einberufung der Verfassungsgebenden Versammlung das CLN und seine Organe sein müssten. [21] Die Tagung schloss sich dieser Forderung an. Die IKP-Führung unternahm aber nichts, um diesen Grundsatz zu wahren.

Auch wenn vermieden wurde, klar eine sozialistische Perspektive zu benennen, gab es dazwischen Erklärungen bzw. Beschlüsse, die einer solchen Orientierung entsprechen konnten. So beschloss das Zentralkomitee im Juli 1945, "eine Demokratische Republik der Arbeiter zu schaffen, durch eine Agrarreform die feudalen Überbleibsel auf dem Lande zu beseitigen, mit einer Industriereform die politische Vorherrschaft der Industrie- und Bankenmonopole zu eliminieren, den alten reaktionären, bürokratisch bestimmten Staat zu zerstö-

ren und einen neuen Staat des Volkes zu schaffen, in dem der Faschismus nie wieder auferstehen kann und das Volk Herr seines Schicksals sein wird." [22]

Der 5. Parteitag im Januar 1946 bekräftigte, als Voraussetzung einer Industrie- und Agrarreform "jene Gruppen aus der Leitung des Wirtschaftslebens auszuschließen, die uns schon einmal, als sie den Faschismus aus der Wiege hoben, zum Ruin führten und noch heute unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hemmen." [23] In den Dokumenten ist schwer zu analysieren, ob solche Beschlüsse auf das Drängen des linken Flügels zurückgingen oder ob es sich darum handelte, ihn und die Parteibasis zu beschwichtigen. Wahrscheinlich spielte beides eine Rolle.

Vereinigung IKP-ISP scheiterte

Mit der ISP stimmte die IKP in diesen Fragen weitgehend überein. Es gab jedoch auch in der ISP einen radikalen Flügel, der darauf drängte, klare sozialistische Forderungen zu stellen. Am 28. September 1943 hatten beide Arbeiterparteien das Aktionseinheitsabkommen ein weiteres Mal erneuert und ein ständiges Komitee zur Koordinierung des gemeinsamen Kampfes gebildet. [24] Vor Beginn des bewaffneten Aufstandes im April 1945 schlug Togliatti Nenni eine Vereinigung beider Arbeiterparteien vor. Er betonte, der "Aufbau eines demokratischen und fortschrittlichen Italiens" erfordere, dass "die Arbeiterklasse all ihre Kräfte vereint", um den reaktionären und konservativen Kräften "den festen und untrennbaren Block der Arbeiterklasse" entgegenzustellen. [25] Es ist anzunehmen, dass Togliatti sich bei der Vereinigungsinitiative auch davon leiten ließ, seiner Konzeption eines parlamentarischen Weges größeren Rückhalt zu verschaffen. Andererseits war zu sehen, dass es sich bei der ISP um eine sozialdemokratisch-sozialistische Partei handelte, die sich nie mit ihren reformistischen Tendenzen auseinandergesetzt hatte.

Es bleibt jedoch spekulativ, wie sich das auf die IKP ausgewirkt hätte, denn die Vereinigungsaktivitäten kamen nicht voran. Sie beschränkten sich auf die Bestätigung des Aktionseinheitsabkommens im Oktober 1946, in dem der Aufbau eines "antimonopolistischen Italien" und dazu das einheitliche Handeln auf Regierungs-, Parlaments- und kommunaler Ebene sowie die Stärkung der Einheit der Gewerkschaften und der Massenorganisationen vereinbart wurden. [26]

Saragats Sozialdemokratische Spalterpartei

Das Vereinigungsvorhaben scheiterte an der Ablehnung des rechten ISP-Flügels, der sich bereits unmittelbar nach Kriegsende zu formieren begann. Als dieser sich gegenüber den in der Partei vorherrschenden linken Kräften nicht durchsetzen konnte, spaltete er sich unter Giuseppe Saragat im Januar 1947 von der ISP ab und bildete die Italienische Sozialdemokratische Partei (ISDP). [27]

Die Krim-Konferenz der Alliierten

Togliatti berücksichtige in seiner Nachkriegsstrategie die Ziele, die Stalin verfolgte. Der UdSSR ging es, ausgehend von der Erklärung der Krim-Konferenz [28] "Einigkeit im Frieden wie im Krieg", vordergründig um die Erhaltung der Antihitlerkoalition in der Nachkriegsphase. [29] Dieses Ziel sollte/wollte Togliatti durch die Fortsetzung des im Befreiungskrieg gegen Hitlerdeutschland geschlossenen Bündnisses mit den großbürgerlichen Parteien, vor allem mit der Democrazia Cristiana, auch für antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen innenpolitisch flankieren. Die seit April 1944 erreichten Ergebnisse meinte Togliatti durch den Verzicht auf zu revolutionäre Forderungen sichern zu können. Bei der weiteren Verfolgung dieses Regierungsbündnisses war es von Anfang an fraglich, ob mit den großbürgerlichen Parteien antifaschistisch-demokratische Umgestaltungen, die einen antiimperialistischen Inhalt erhalten mussten, möglich sein würden.

Das 1944 gebildete Regierungsbündnis war von der IKP gewissermaßen als jener Bloco histórico gesehen worden, der in Gramscis Bündnispolitik einen zentralen Stellenwert einnahm, allerdings mit dem Einschluss monarchistischer und großbürgerlicher Kreise in weit größeren Dimensionen, als sein theoretischer Begründer seinerzeit konzipiert hatte.

Wenn Togliatti jedoch versuchte, nach dem Sieg über den Faschismus in der Bündnispolitik an 1944 anzuknüpfen, wurden entscheidende Aspekte der konkreten historischen Situation übersehen. In Salerno war eine Allianz entstanden, die sich in erster Linie gegen die deutschen Okkupanten richtete, für welche die Faschisten der Salò-Republik Mussolinis nur noch Erfüllungsgelhilfen waren. Es war die Stoßrichtung gegen Hitlerdeutschland, welche die "Wende von Salerno" ermöglichte. Die IKP hatte den Charakter des Kabinetts zunächst auch ganz gezielt als "Governo Nazionale democratico di Guerra"

(National-demokratische Kriegsregierung") hervorgehoben. [30] Diese Einheitsregierung, die mit dem Eintritt der antifaschistischen Oppositionsparteien begründet wurde, war eine konkrete Widerspiegelung der Antihitlerkoalition. Als das Ziel des Kampfes gegen Hitlerdeutschland mit dem Sieg über den Faschismus wegfiel, verlor das Bündnis seinen wesentlichen Inhalt und zerfiel. Nicht zuletzt auch, weil die Antihitlerkoalition im Frühjahr 1946 ebenfalls auseinanderbrach. [31]

Die Ergebnisse von Jalta waren auch unter dem Gesichtspunkt zustande gekommen, dass die Antihitlerkoalition mit der Hilfe, die die UdSSR den USA und Großbritannien bei der Abwehr der Ardennenoffensive der Wehrmacht gegeben hatte, noch einmal eine Hochzeit erlebte. Diese Ende Dezember 1944/Anfang Januar 1945 von der Wehrmacht begonnene Offensive brachte die amerikanisch-britischen Truppen im Westen in eine kritische Lage. [32] Churchill räumte ein, "wie bedenklich die Lage ist" und dass "man die Initiative verloren hat". Am 6. Januar 1945 wandte er sich an Stalin persönlich und bat um eine Entlastungsoffensive im Osten. Dieser sagte am 9. Januar zu, die geplanten Angriffshandlungen der Roten Armee vorzuziehen und antwortete: "Zweifeln Sie nicht daran, dass wir alles nur Mögliche tun werden, um die ruhmreichen Truppen unserer Verbündeten zu unterstützen". Bereits am 12. Januar begannen 150 sowjetische Divisionen auf einer Frontbreite von der Ostsee bis zu den Karpaten ihre Offensive. Das Oberkommando der Wehrmacht musste zwei Panzerarmeen von der Westfront abziehen. Die Ardennenoffensive brach zusammen. Churchill telegrafierte an Stalin: "Im Namen der Regierung Ihrer Majestät und persönlich von ganzem Herzen sage ich Ihnen für den gewaltigen Angriff, den Sie an der Ostfront begonnen haben, unseren Dank und Glückwunsch." [33]

Ein weiterer Faktor, der für den Zusammenhalt der Antihitlerkoalition sprach, war, dass der Krieg gegen Japan noch nicht beendet war. Den westlichen Alliierten fehlten Landstreitkräfte in genügender Zahl, um Japan definitiv niederzuwerfen. Nachdrücklich forderten Roosevelt und Churchill deshalb den Kriegseintritt der UdSSR gegen Japan. Zum Sieg über Japan leistete die am 9. August eröffnete sowjetische Fernostoffensive, in deren Verlauf die rund eine Million starke Kwantung-Armee zerschlagen wurde, einen beträchtlichen Beitrag.

Der Atombombenabwurf auf Hiroshima bzw. Nagasaki

Der Abwurf der zwei Atombomben am 6. und 9. August 1945 auf Hiroshima bzw. Nagasaki durch die USA wirkte sich grundlegend auf die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses, so auch in Italien und die dort von den unterschiedlichen Kräften in der IKP verfolgte Politik aus.

Er war das Vorspiel zur Eröffnung des Kalten Krieges gegen die UdSSR, den in einen "heißen" Krieg umzuwandeln, Washington und London jederzeit bereit waren. Für Churchill und die reaktionär eingestellte Umgebung Roosevelts war "Sowjetrußland zu einer tödlichen Gefahr" geworden. Seit Anfang 1945 führten diese Gruppen "nicht mehr den Kampf um einen dauerhaften Frieden, den man den Völkern versprochen hatte, sondern in erster Linie um die günstigen Ausgangspositionen für eine künftige Einkreisung der UdSSR". [34] In Italien verfolgten die angloamerikanischen Alliierten dieses Ziel mit rigorosen Maßnahmen zur Verhinderung einer durch Kommunisten, Sozialisten und Aktionisten initiierten antifaschistisch-demokratischen Umwälzung.

Die UdSSR war durch vier Jahre Krieg und ihre ungeheuren Verluste ausgeblutet und musste sich auf die Herstellung des militärischen Gleichgewichts (atomares Patt) konzentrieren. Sie wäre in dieser Situation nicht in der Lage gewesen, einer militärischen Auseinandersetzung der revolutionären Linken mit der Besatzungsmacht die Unterstützung zu geben, ohne die sie keinen erfolgversprechenden Kampf hätte führen können. Bereits im Mai griff die alliierte Militärregierung mit der Entwaffnung der Partisanen rigoros in die Gestaltung der Nachkriegsordnung ein.

Togliattis Hoffnung auf De Gasperi

Gegen die von Togliatti gewählte Priorität eines parlamentarischen Weges, kombiniert mit Massenmobilisierungen zur Durchsetzung revolutionär-demokratischer, wohlgermerkt noch nicht sozialistischer, Veränderungen wäre nichts einzuwenden gewesen. Um die Zusammenarbeit in der Regierung zu sichern, machte Togliatti jedoch Schritt um Schritt Zugeständnisse, von denen er hoffte, sie würden von den Partnern honoriert.

Hier hatte Togliatti große Hoffnungen auf De Gasperi gesetzt. Wie Domenico Losurdo [35] schrieb, hob dieser in seiner Haltung zur UdSSR zwar die Opfer an Menschenleben unter der Herrschaft Stalins hervor, äußerte sich aber den-

noch grundsätzlich positiv über das "große ökonomische Unternehmen" der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Industrialisierung, die sich angesichts der in "Mein Kampf" aufgezeigten Bedrohung" als notwendig erwiesen habe. Zu den Moskauer Prozessen unterstrich De Gasperi unter Berufung auf "objektive amerikanische Informationen" die Glaubwürdigkeit der Anklage. Im Juli 1944 würdigte er die heroischen Taten der Roten Armee im Kampf gegen die Hitlerwehrmacht als "das unvergessliche historische, jahrhundertelange Verdienst der von Josef Stalin organisierten Heere". [36] Der italienische Schriftsteller und Journalist Giorgio Bocca schrieb, das Verhältnis zwischen Togliatti und De Gasperi während der Resistenza sei "besonders gut gewesen" und habe "auf gegenseitiger Wertschätzung beruht". [37]

Dafür sprach auch die Rede, die De Gasperi zum Ausschluss der Kommunisten und Sozialisten im Mai 1947 aus der Regierung hielt, in der er sich nachgerade bei ihnen dafür entschuldigte und zu verstehen gab, dass dieser Schritt unter dem Druck der USA als "vierter Partei" geschah. Er stellte fest: "Außer unseren Parteien gibt es in Italien eine vierte Partei, die ohne viele Wähler auskommt, jedoch in der Lage ist, jede Anstrengung, die wir unternehmen, zu lähmen und vergeblich zu machen, indem sie die Kreditsabotage und die Kapitalflucht organisiert, die Preissteigerungen und die Skandalkampagnen. Die Erfahrung hat mich davon überzeugt, dass man Italien heute nicht regieren kann, ohne in der einen oder anderen Form die Repräsentanten dieser vierten Partei, die über das Geld und die ökonomische Macht verfügt, in die Regierung einzubeziehen." [38]

Bereits vor dieser Rede, die er am 31. Mai 1947 vor der Abgeordnetenkammer hielt, hatte er am 5. Mai Nenni und Togliatti empfangen und ihnen die Lage erläutert. [39] In der "Unità" veröffentlichte Togliatti am 20. Juli einen Beitrag, in dem er sich zu dem aus Washington ausgeübten Druck auf die italienische Politik äußerte und die antikommunistischen Angriffe des früheren US-amerikanischen Außenministers Sumner Welles scharf verurteilte.

So stimmte Togliatti auch der Entwaffnung und Auflösung aller Partisanenverbände zu, ebenso der Amtsenthebung der örtlichen Befreiungskomitees als Regierungsorgane. Das bedeutete, dass die eingeleiteten revolutionär-demokratischen Prozesse gestoppt und generell rückgängig gemacht wurden. Es fehlte eine Mobilisierung der Basis der Partei und der Linken überhaupt, um den parlamentarischen Weg mit revolutionären Massenaktionen zu beglei-

ten und der äußeren und inneren Reaktion zu begegnen. Die gemachten Zugeständnisse wurden im Gegenteil in ihrer vollen Tragweite verschwiegen oder verharmlost. Bereits im Mai/Juni 1945 wurde diese Haltung von der Basis als Zurückweichen kritisiert, was Finanzminister Mauro Scoccimarro in der "Rinascita", der theoretischen Zeitschrift der IKP, Nr. 5/6-1945 zurückwies.

Schwerwiegende Zugeständnisse

Die Zugeständnisse gingen so weit, dass Togliatti im Juni 1945 als Justizminister der Forderung nach Auflösung des "Hohen Kommissariats zur Verfolgung der Regimeverbrecher" und einer folgenden sogenannten Amnestie der "nationalen Versöhnung" hinnahm. Mit dem Amnestiegesetz fanden die wenn auch begrenzten Säuberungen im öffentlichen Dienst ein überstürztes Ende. Von etwa 20.000 bis 30.000 von ordentlichen Gerichten durchgeführten oder eingeleiteten Verfahren wurden die meisten eingestellt, über 11.000 bereits ergangene Urteile aufgehoben oder Begnadigungen gewährt. Zu den Freigelassenen gehörte beispielsweise der Chef der berüchtigten 10. Torpedoboot-Flottille, Fürst Valerio Borghese, der wegen wenigstens 800fachen Mordes als Kriegsverbrecher verurteilt worden war. Gegenüber kleinen Parteigängern des Mussoliniregimes mochte eine "nationale Versöhnung" gerechtfertigt sein, sofern sie sich keiner Verbrechen schuldig gemacht hatten. Wenn aber an den von der IKP in Rom und anderen Städten dazu veranstalteten Kundgebungen höchste Amtsträger des Faschismus wie der ehemalige Minister der Salò-Republik Ezio Maria Gray teilnahmen, verunsicherte das nicht nur die Basis der IKP, sondern die zur Resistenza stehenden Kräfte insgesamt. Denn Gray blieb wie viele Faschisten der ersten Garnitur unbelehrbar und trat sofort nach deren Gründung der faschistischen Sozialbewegung MSI im Dezember 1946 bei.

Dabei hatte der diesbezügliche Erlass festgelegt, dass Faschisten, die "wichtige öffentliche, politische oder militärische Führungsfunktionen" innegehabt hatten, von der Amnestie auszuschließen waren. Nach den Prozessakten jener Jahre, schrieb der kommunistische Jurist und Verfolgte des Faschismus Alberto Malagugini, "hat jedoch kein Faschist je wichtige politische oder öffentliche Funktionen ausgeübt, selbst die Minister der Sozialen Republik nicht."
[40]

Wiedererstehen des Faschismus unterschätzt

Togliattis Zustimmung zur Auflösung des Hohen Kommissariats und zur Veröhnungsamnestie begünstigte im August 1945 die Bildung der faschistischen Sammlungs-Bewegung Uomo Qualunque (Jedermann) und die aus ihr im Dezember 1946 hervorgehende Wiedergründung der Mussolinipartei in Gestalt der Sozialbewegung MSI (Movimento Sociale Italiano).

Beschämend war Togliattis Haltung in Mailand, wo er am 17. Mai 1945 eintraf und "von einer Stadt in roten Farben empfangen (wurde), in der bewaffnete Partisanen noch immer die Fabriken und Kasernen besetzt" hielten. Am nächsten Tag wollte Togliatti vor den Einwohnern sprechen, wozu er beim US-Kommando um eine Redeerlaubnis ersuchte, die ihm verweigert wurde. Er zeigte sich nur am Fenster des Parteisitzes und winkte der riesigen Menge zu, die sich auf dem Platz versammelt hatte. Er sagte nur einen Satz: "Wir verstehen uns ohnehin, auch ohne zu sprechen." [41] Im Gegensatz zu Togliatti hielt Pietro Nenni sich nicht an dieses Verbot und hielt vor Arbeitern in Vercelli eine Rede. Er wurde kurzzeitig verhaftet, nach energischen Protesten jedoch wieder freigelassen. [42]

IKP ohne Programm

Am 19. Mai sprach Togliatti dann in einer geschlossenen Versammlung des Mailänder Partei-Sekretariats. Er erklärte, dass die Aufgabe der nationalen Befreiung im Wesentlichen, aber noch nicht vollständig erfüllt sei, weil das Land noch nicht seine volle Unabhängigkeit erlangt habe. Es sei eine neue Etappe des Kampfes angebrochen, deren Aufgaben ein Kongress der Partei festlegen werde.

Folgt man diesen Ausführungen, dann muss man davon ausgehen, dass die Partei kein Programm über die nach dem Sieg über den Faschismus in Angriff zu nehmenden revolutionär-demokratischen Aufgaben besaß. Der angesprochene 5. Parteitag fand erst vom 29. Dezember 1945 bis zum 5. Januar 1946 statt, als die Würfel zu den anstehenden brennenden Fragen längst gefallen waren. Er forderte, "jene Gruppen aus der Leitung des Wirtschaftslebens auszuschließen, die uns schon einmal, als sie den Faschismus aus der Wiege hoben, zum Ruin führten und noch heute unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung hemmen." [43] Die sozialistische Perspektive wurde lediglich in Diskussionsbeiträgen benannt.

Fehler eingeräumt

Togliatti räumte im Oktober 1946 auf einer Organisationskonferenz in Florenz Versäumnisse ein. Es habe "keine Mobilisierung der Partei gegeben" und es hätte bei der schwierigen Arbeit in der Regierung sicher weniger Kompromisse gegeben, wenn "von der Basis" her Druck ausgeübt worden wäre. Die nach dem Sieg der Resistenza vorhandene günstige Ausgangssituation sei "im Grunde genommen nicht genutzt" worden.

Dabei verschwieg Togliatti, dass von Longo und der Basis mehrfach die Mobilisierung der Massen angemahnt worden war. Der Bericht wurde nur parteiintern behandelt und nicht publik gemacht. Erst 1972 wurde er in der theoretischen Zeitschrift der Partei "Rinascita" veröffentlicht. Pietro Secchia und Filippo Frassati sprachen in ihrer "Geschichte der Resistenza" von einer "fehlenden Revolution" und dem "Kontrast zwischen den Idealen der Resistenza und den verfolgten demokratischen Zielen".

Anmerkungen:

[1] Partito d'Azione, kleinbürgerliche radikal-demokratische Partei.

[2] Das Thema ist, wie im Weiteren angeführte Quellen ausweisen, bis heute unter Historikern umstritten.

[3] Palmiro Togliatti: Il Partito Comunista Italiano, Rom 1961, S. 81.

[4] Im April 1944 mit dem Eintritt der CLN-Parteien in die nach dem Sturz Mussolinis vom König Vittorio Emanuele III. unter Marschall Pietro Badoglio gebildete Regierung, die mit der Kriegserklärung an Hitlerdeutschland der Antihitlerkoalition beigetreten war. Ausgenommen waren die Republikaner, die das als unvereinbar mit ihrer antimonarchistischen Position erklärten, aber im CLN verblieben.

[5] Pietro Nenni, 1891-1980. Unterzeichnete als Generalsekretär 1934 gegen die Linie der Sozialistischen Internationale mit Luigi Longo das Aktionseinheitsabkommen. In Spanien Politkommissar der XII. Internationalen Garibaldi-Brigade. Von 1945 bis zum Ausschluss von ISP und IKP aus der Regierung Vizepremier. 1963 bis 1968 unter Aldo Moro Vizepremier der Mitte-Links-Regierung. Ab 1970 Senator auf Lebenszeit.

[6] Alcide De Gasperi, 1891-1954. Nahm als Christdemokrat aktiv am antifaschistischen Widerstand teil, wurde zu mehrjähriger Kerkerhaft verurteilt,

nach deren Verbüßung weiter aktiv im Widerstand. An der Spitze oppositioneller Katholiken der 1926 aufgelösten Volkspartei leitete er nach dem Sturz Mussolinis 1943 deren Wiedergründung in Gestalt der Democrazia Cristiana. Auf Geheiß der USA verjagte er 1947 Kommunisten und Sozialisten aus der Regierung, setzte die kapitalistische Restauration und den Beitritt zur NATO durch. Nach Wahlniederlage der DC 1953 Rücktritt.

[7] Ferruccio Parri, 1890-1981. Mitbegründer und Führer der Aktionspartei, Teilnehmer der Resistenza, Vorsitzender des Nationalen Befreiungskomitees von Oberitalien (CLNAI). Ministerpräsident der antifaschistischen Einheitsregierung von Juni bis Dezember 1945. Er war ein mit Kommunisten und Sozialisten eng verbundener kleinbürgerlicher radikaler Demokrat.

[8] Luigi Longo: Viva L'Italia libera, Berlin/DDR 1963, S. 285.

[9] Palmiro Togliatti, 1893-1964. Mitbegründer der IKP, seit Gramscis Verhaftung 1926 Generalsekretär, nach Gramscis Tod 1937 im Amt bestätigt. An der Seite Georgi Dimitroffs seit 1934 zweiter Mann an der Spitze der Kommunistischen Internationale (Komintern). Erarbeitete auf der Grundlage der von Gramsci ausgearbeiteten nationalen Strategie die Konzeption des Eintritts der IKP zusammen mit den antifaschistischen Oppositionsparteien in die Regierung von Marschall Badoglio ("Wende von Salerno" im April 1944). Von 1944 bis 1947 Justizminister. Bei einem faschistischen Attentat im Juli 1948 schwer verletzt. Trat nach dem XX. Parteitag der KPdSU unter Chruschtschow für eine kritische Auseinandersetzung mit der "bürokratischen Degeneration der sowjetischen Gesellschaft" und gegen den Führungsanspruch der KPdSU aus. In einem für Chruschtschow bestimmten Memorandum legte er unmittelbar vor seinem Tod Gedanken zur "Einheit der kommunistischen Bewegung (...) in der Vielfalt" dar.

[10] Mattei und Moro fielen als Exponenten einer Regierungszusammenarbeit mit den Kommunisten 1962 bzw. 1978 von der CIA inszenierten Mordanschlägen zum Opfer.

[11] Leo Valiani: u. a.: Azionisti, Cattolici e Comunisti nella Resistenza, Mailand 1974, S. 428 ff.

[12] In seiner Schrift "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" hatte Lenin in bezug auf die Nutzung des bürgerlichen Parlamentarismus für die Verteidigung der Interessen der Werktätigen gewarnt, dessen "historische Beschränktheit und Bedingtheit" nicht zu vergessen. Werke, Bd. 28, Berlin/DDR 1959, S. 244.

- [13] Per la Libertà e L'Indipendenza d'Italia, Rom 1945, S. 193.
- [14] Luigi Longo: Sulla Via dell'Insurrezioine nazionale, Rom 1971, S. 262.
- [15] Georgi Dimitroff: Tagebücher 1933-1943, Berlin 2000, S. 393.
- [16] Alessandro (Sandro) Pertini, 1896-1988. Führender Sozialist, aktiver Antifaschist, 1929 verhaftet, zu Kerker und Verbannung verurteilt, nach Sturz Mussolinis 19434 befreit. Danach führender Vertreter des CLN, mit Longo einer der beiden Stellvertretenden Befehlshaber der Partisanenarmee, 1968-1976 Staatspräsident.
- [17] Luigi Longo: Per la Democrazia e la Costituente. Ohne Jahresangabe, Gramsci-Institut Rom.
- [18] Ricostruire, Resoconto del Congresso economico del PCI, Rom 1948, S. 94 ff.
- [19] Marcella e Maurizio Ferrera: Cronache di Vita italiana 1944-1958, Rom 1960, S. 71.
- [20] La Politica dei Comunisti dal V. al VI. Congresso, S. 91.
- [21] Pietro Secchia: Gli Organi del Potere popolare, in: Longo: Sulla Via dell'Insurrezione nazionale, S. 225.
- [22] Il Comunismo italiano nella seconda Guerra mondiale, Rom 1963, S. 340.
- [23] Palmiro Togliatti: La Via italiana al Socialismo, Rom 1972, S. 252.
- [24] "La nostra Lotta" (Zeitschrift der IKP), Nr. 5, Dez. 1943.
- [25] Hier fand wahrscheinlich auch die von der KPdSU ausgehende Orientierung für die Kommunistischen und Arbeiterparteien in den Ländern des späteren Ostblocks einen Niederschlag, wo sich, so beispielsweise in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im April 1946, KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vereinigten.
- [26] La Politica dei Comunisti, dal V. al VI. Cngresso, ohne Jahresangabe, Gramsci-Institut, Rom, S. 135 ff.
- [27] Italienische Sozialdemokratische Partei (Partito Socialista Democratico Italiano). Nannte sich bis 1952 Partito Socialista dei Lavoratori Italiani.
- [28] Auch Konferenz von Jalta, Treffen der Regierungschefs der UdSSR, der USA und Großbritanniens vom 4. bis 11. Februar 1945 über die Grundsätze der Nachkriegsordnung, darunter Deutschlands, sowie die Bildung der "Ver-einten Nationen". Zu Europa legte sie fest, "die letzten Spuren des Nationalsozialismus und Faschismus zu beseitigen und demokratische Einrichtungen

nach freier Wahl zu schaffen". Siehe A. A. Gromyko: Geschichte der sowjetischen Außenpolitik 1917-1945. Berlin/DDR 1969, S. 519 ff.

[29] Stalin ging es, wie generell von westlicher Seite unterstellt, nicht um weltweite revolutionäre Ziele, sondern um die Sicherung des erreichten Einflussbereiches auf der Grundlage der Fortsetzung einer einvernehmlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Alliierten. Siehe Falin, bes. S. 261 ff.

[30] "La nostra Lotta", Nr. 10, Juni 1944.

[31] Falin, passim.

[32] Nach Angaben der britischen und US-amerikanischen Aufklärung wollte die Wehrmacht die erste amerikanische Armee vernichten, auf Antwerpen vorrücken, drei alliierte Armeen abschneiden und den Anglo-Amerikanern eine Niederlage ähnlich wie 1940 bei Dünkirchen bereiten. Politisch-strategisches Ziel war, die westlichen Alliierten separaten Kapitulationsverhandlungen gefügig zu machen, während der Krieg gegen die UdSSR weitergehen sollte.

[33] Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945. Berlin/DDR 1961, S. 369.

[34] Falin, S. 460.

[35] Bedeutender kommunistischer Philosoph. Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität von Urbino, Präsident der Internationalen Gesellschaft Hegel-Marx für dialektisches Denken, Mitglied der Leibitz-Sozietät. Zusammen mit dem 2011 verstorbenen Hans Heinz Holz Herausgeber der philosophischen Halbjahresschrift "Topos". 2018 verstorben.

[36] "Scheitern", "Verrat", "Lernprozess", in: Zur Hypothek des kommunistischen Erbes. Pankower Vorträge, Heft 47, Berlin 2003, S. 41 f. Zu De Gasperi siehe auch Ennio Di Nolfo: "Von Mussolini zu De Gasperi", bes. S. 193 ff.

[37] Giorgio Bocca, Palmiro Togliatti. Rom/Bari 1973, S. 445 ff.

[38] Sophie G. Alf: Leitfaden Italien. Vom antifaschistischem Kampf zum Historischen Kompromiß. Berlin 1977, S. 84 f.

[39] I Giorni della toria d'Italia. Dal Risorgimento a oggi Novara 1997, S. 528f.

[40] Italia. 1945-1975. Fascismo. Antifascismo. Resistenza. Rinovamento. Mailand 1975, S. 427.

[41] Giorgio Bocca: Palmiro Togliatti, Rom/Bari 1973, S. 384 f.

[42] Enzo Piscitelli: Da Parri a De Gasperi. Storia del Dopoguerara 1945-1948, Mailand 1975, S. 47.

[43] Togliatti, Ausgewählte Reden und Aufsätze, S. 252.

[44] Togliatti: Rede auf der Organisationskonferenz in Florenz, 5. bis 6. Oktober 1946, "Rinascita", Nr. 33/1972.

[45] Frassati war Kommandant einer Garibaldi-Brigade, später leitender Mitarbeiter des Gramsci-Instituts und Professor für Militärgeschichte der Resistenza an der Universität von Pisa.

[46] Pietro Secchia/Filippo Frassati: Storia della Resistenza, Rom 1965, Bd. I, S. XIV.

Ideologische Kommission der KPD: Zur Kritik der kleinbürgerlichen Volksfront-Orientierung der KP³⁵

Die Internationale Kommission der KPD berichtet über die diesjährige Konferenz der Europäischen Kommunistischen Aktion, die unter das Motto: „*Historische Schlussfolgerungen aus der Taktik der antifaschistischen Fronten. Der zeitgenössische Kampf der Kommunisten gegen den Faschismus*“ gestellt wurde.³⁶ In diesem Zusammenhang distanzierte sich die KPD auf ihren Jugendcamp 2023 von falschen Vorstellungen zur Volksfront, die behaupten, dass ein Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie im Rahmen einer revolutionären Strategie notwendig sei.

Ein wichtiger Baustein für die Thesen der Notwendigkeit einer „breiten Volksfront“, oder eines „breiten Bündnisses“ im Kampf gegen Faschismus und für den Sozialismus ist die falsche Charakterisierung von Teilen der Bourgeoisie, wie zum Beispiel des Kleinbürgertums. Das Kleinbürgertum wird von interessierter Seite als eine „eigenständige Klasse“ zwischen Bourgeoisie und Proletariat dargestellt, die gegenteilige Interessen als die Bourgeoisie, ja sogar „antimonopolistische“, bzw. „antiimperialistische“ Interessen vertreten könne. Die Behauptung eines Wesensunterschiedes des Kleinbürgertums von der Bourgeoisie soll die Notwendigkeit eines „breiten Bündnisses“

³⁵ Es handelt sich hierbei um die KP, die aus der KO-Göttingen hervorgegangen ist.

³⁶ Vgl. Internationale Kommission. Europäische Kommunistische Aktion: Schlussfolgerungen aus den Taktiken der antifaschistischen Fronten.

URL: <http://k-p-d.org/index.php/aktuell/1424-europaeische-kommunistische-aktion-schlussfolgerungen-aus-den-taktiken-der-antifaschistischen-fronten>

der Arbeiterklasse mit Teilen des Kleinbürgertums im Kampf um den Sozialismus beweisen.

1. Die Trennung des Kleinbürgertums von der Bourgeoisie

Zur Charakterisierung des Kleinbürgertums schreibt die Grundlagenschulung der Kommunistischen Partei (KP) folgendes:

„Zwischen dem Kapital und der Arbeiterklasse steht das Kleinbürgertum. Im engeren Sinne gehören zum Kleinbürgertum kleine Eigentümer, die ein eigenes Geschäft auf Grundlage des Eigentums an Produktionsmitteln besitzen, aber keine oder nur sehr wenige Arbeiter ausbeuten. Selbst wenn sie wenige Arbeitskräfte einstellen, können sie nicht vom Profit ihres Unternehmens leben und müssen selbst darin arbeiten. Sie gehören also weder zur Kapitalistenklasse, noch zur Arbeiterklasse, sondern bilden eine eigene Gruppe. Das Kleinbürgertum in den Städten besteht z.B. aus kleinen Händlern, Handwerkern, Restaurantbesitzern oder niedergelassenen Ärzten mit eigener Praxis. Das ländliche Kleinbürgertum sind die Bauern, die einen eigenen kleinen Hof haben, auf dem sie selbst arbeiten.“³⁷

Zum Kleinbürgertum zählt die KP also *„kleine Eigentümer, die ein eigenes Geschäft auf Grundlage des Eigentums an Produktionsmitteln besitzen, aber keine oder nur sehr wenige Arbeiter ausbeuten.“* Es handelt sich um eine Gruppe, die Privateigentum an Produktionsmitteln besitzt. Diese Gruppe, zählt die KP *„weder zur Kapitalistenklasse, noch zur Arbeiterklasse“*. Die Trennung jener Gruppe von der Kapitalistenklasse wird wie folgt begründet: Kleinbürger würden *„nur sehr wenige Arbeiter ausbeuten“*, könnten *„nicht vom Profit ihres Unternehmens leben“*, hätten nur wenige Produktionsmittel, wie z.B. nur *„einen eigenen kleinen Hof“* und müssten *„selbst arbeiten“*.

Natürlich ist daran richtig, dass das Kleinbürgertum in der kapitalistischen Konkurrenz eine eher untergeordnete Rolle spielt. Es hat nur wenig Eigentum an Produktionsmitteln, beutet nur wenige bis gar keine Arbeiter aus und ist folglich zu keiner nennenswerten Kapitalakkumulation fähig. Auch die Vor-

³⁷ Kommunistische Partei. Marxismus-Leninismus, Entwurf einer Grundlagenschulung der Kommunistischen Organisation, S. 141.

URL: https://kommunistischepartei.de/wp-content/uploads/2023/04/GLS_digital_1-2023-1.pdf

machtstellung der Monopole auf dem Markt erschwert den Konkurrenzkampf für das Kleinbürgertum.

Interessant ist hierbei der von der KP aufgeführte Begründungszusammenhang: Die Tatsache, dass das Kleinbürgertum eine schwächere Position in der kapitalistischen Konkurrenz einnimmt, in dem es beispielsweise zu wenig Profit macht, dient der KP als Begründung, dem Kleinbürgertum seine Zugehörigkeit zur Kapitalistenklasse abzusprechen.

Die Begründung für diese willkürliche Trennung des Kleinbürgertums von der Bourgeoisie zwecks schwächerer Position in der kapitalistischen Konkurrenz hält sich im Überbau auf und hat mit der Stellung zu den Produktionsmitteln, aus der wir eine Klasse begreifen, nichts zu tun.

Überall dort, wo das Privateigentum an Produktionsmitteln existiert, besteht die Grundlage für die Warenproduktion. Die Ware führt, durch das Wertgesetz, aus sich selbst heraus zu allen weiteren Bestandteilen des Kapitalismus/Imperialismus. So gelten die Triebkräfte des Kapitalismus nicht nur für die Monopolbourgeoisie, sondern überall, wo das Privateigentum an Produktionsmitteln herrscht.

Damit gehört auch das Kleinbürgertum aufgrund seines Privateigentums an Produktionsmitteln zur Klasse der Kapitalisten. Das Kleinbürgertum ist denselben Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Konkurrenz unterworfen wie andere Teile der Bourgeoisie und hat somit kein objektiv gegensätzliches, den Kapitalismus aufhebendes Interesse. Prekäre Situationen sowie schlechte Lebensbedingungen bringen das Kleinbürgertum nicht von seinem bürgerlichen Klasseninteresse ab – im Gegenteil: diese klammern das Kleinbürgertum nur noch enger an sein Eigentum fest.

Die These der Trennung des Kleinbürgertums von der Bourgeoisie leugnet die Gültigkeit der marxistischen Kapitalanalyse, leugnet das aus dem Privateigentum an Produktionsmitteln folgende Wertgesetz, dessen Wirkung einen Wesensunterschied zwischen den verschiedenen Teilen der Bourgeoisie ausschließt.

Im heutigen monopolkapitalistischen Entwicklungsstadium des Wertgesetzes, rächt sich eine solche These besonders: Das oft gebrachte idealisierende Beispiel des „Bäckers an der Ecke“ mit seinen drei Angestellten ist gleichzeitig

ein Beispiel für eine einfache Form der Monopolisierung. Auf Grund ihrer prekären Situation, sind Kleinbäcker in der Regel auch Mitglied einer Interessensvertretung, wie z.B. einer Handwerkskammer, in der mehrere kleinere Unternehmen ihre gemeinsamen Interessen wahren. Mit einer solchen Interessensvertretung verteidigt das Kleinbürgertum seine ökonomische Stellung mittels Absprachen über Produktion und Verkauf der Waren.

Dieses Beispiel zeigt auf, dass eine rasiermesserscharfe Unterscheidung des Kleinbürgertums von der mittleren- oder monopolistischen Bourgeoisie nicht möglich ist. Der Monopolkapitalismus umfasst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Egal wie „gut“, oder „schlecht“³⁸ die Lebensbedingungen der einzelnen Privateigentümer sind: Sie produzieren alle nach derselben Logik und haben das gleiche Interesse an der Aufrechterhaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln und damit des Kapitalismus.

2. Das Kleinbürgertum als möglicher Bündnispartner für den Sozialismus

Die qualitative Unterscheidung des Kleinbürgertums von der Bourgeoisie führt die KP zu gravierenden Fehleinschätzungen in der Bündnisfrage. Im Kampf um den Sozialismus soll die Arbeiterklasse nun ein Bündnis mit dem Kleinbürgertum eingehen.

Auf dem Kongress ihrer Vorgängerorganisation Kommunistische Organisation (KO) vertrat sie folgende Thesen zur „strategischen Bündnispolitik“:

„Unsere strategische Bündnispolitik, also unsere Bündnispolitik für den Sturz der Kapitalherrschaft in Deutschland, bezieht sich auf das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und anderen Klassen und Schichten. Es geht darum, eine gemeinsame Front all jener zu schaffen [...] die kein Interesse an der Aufrechterhaltung des Kapitalismus haben: Die Arbeiterklasse und Teile des Kleinbürgertums – vor allem kleine Ladenbesitzer, Selbstständige und Kleinbauern. Dabei muss die Arbeiterklasse die führende Rolle einnehmen, denn nur sie hat objektiv ein konsequentes Interesse an der Überwindung des Kapitalismus, während das Kleinbürgertum objektiv eine zwischen Sozialismus und Kapitalismus schwankende Rolle einnimmt. Die Vorstellung einer gemeinsamen Front ist nicht zu verwechseln mit der historischen sogenannten

³⁸ Hier sollte man aufpassen, dass man sich nicht in einer Moraldebatte verliert.

Volksfrontpolitik der kommunistischen Bewegung, die auch explizit Teile der Bourgeoisie – und zwar der nichtmonopolistischen Bourgeoisie – miteinbezog. Unserer Ansicht nach kann es kein Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie im Rahmen einer revolutionären Strategie geben.“³⁹

Der Ausgangsthese folgend meint die KP, dass „Teile des Kleinbürgertums“, „kein Interesse an der Aufrechterhaltung des Kapitalismus“ hätten. Das Kleinbürgertum nehme „objektiv eine zwischen Sozialismus und Kapitalismus schwankende Rolle“ ein. So müsse mit dem Kleinbürgertum „eine gemeinsame Front“ geschaffen werden, wobei in dieser Front „die Arbeiterklasse die führende Rolle einnehmen“ könne. Dieses Bündnis mit dem Kleinbürgertum hätte aber nichts mit der „historischen sogenannten Volksfrontpolitik“ zutun, welche aufgrund des Bündnisses mit Teilen der Bourgeoisie abgelehnt werde.

So schön die tarnenden und nebulös anmutenden Worte einer „gemeinsamen Front unter Führung der Arbeiterklasse“ auch klingen mögen: Die von der KP geforderte Front entspricht einem Bündnis mit der Bourgeoisie und steht daher der historischen Volksfrontpolitik in nichts nach. Das Kleinbürgertum wird sich aufgrund seiner Stellung zu den Produktionsmitteln immer gegen die proletarische Revolution richten oder versuchen, die Front in für die Bourgeoisie annehmbare Bahnen zu lenken. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Front von der KP nicht bloß als Taktik, sondern als Teil einer „strategischen Bündnispolitik“ gefordert wird. So wird die Volksfront für allgemeingültig im Kampf um den Sozialismus erklärt, was die Realisierung desselben unmöglich macht.

3. Schlussbetrachtung

Wir haben gesehen, wie eine selbst vermeintlich minimale Aufweichung in der marxistischen Kapitalanalyse und in der marxistischen Klassentheorie letztlich zur Aufgabe des sozialistischen Ziels führt.

Den qualitativen Begriff der Klasse, der sich auf die Stellung zu den Produktionsmitteln bezieht, löst die KP zu Gunsten von quantitativen Überlegungen (Großkapital versus „Kleiner Bäcker“, viel Kapital gegen wenig Kapital, viele

³⁹ Podium „Revolutionäre Strategie gegen den deutschen Imperialismus“ (KO, KA, KJ, Kommunismus Kongress 2023,
URL: <https://youtu.be/IVM5nEBIGA4?si=RGVkuU7vyAVhmofHS&t=1684>,

Produktionsmittel gegen wenig Produktionsmittel) auf, um einen Wesensunterschied zwischen dem Kleinbürgertum und der Bourgeoisie festzumachen. Dieser Wesensunterschied dient der KP schließlich als Legitimation ihrer kleinbürgerlichen Volksfront-Orientierung im Kampf um den Sozialismus.

Das Kleinbürgertum ist Eigentümer an Produktionsmitteln, produziert nach dem Wertgesetz und ist daher nicht Gegensatz, sondern Bestandteil der Bourgeoisie. Ein Bündnis mit der Bourgeoisie im Kampf um den Sozialismus ist nicht möglich.

Dass die KP so etwas vertritt ist dramatisch, denn das ist historisch mehrfach der Türöffner dazu gewesen, Parteien komplett in den revisionistischen Sumpf zu führen: die kommunistischen Parteien Italiens, Spaniens, Frankreichs, Österreichs, der USA und schließlich - etwas anders gelagert aber im Wesen trotzdem ähnlich - die KPdSU und aktuell die KP Cubas („Sind sie keine Kubaner?“ fragte der Staatschef bezogen auf die Privatunternehmer). Und das war jetzt nur eine kleine Auswahl.

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt